

#### III. Sachkommission.

An Stelle des Abgeordneten Janßen-Köln tritt der Abgeordnete Hebborn.

An Stelle des Abgeordneten Bottler tritt der Abgeordnete Dr. Krebs.

An Stelle des Abgeordneten Sanders tritt der Abgeordnete Esser-Euskirchen.

#### IV. Sachkommission.

An Stelle des Abgeordneten Vollig tritt der Abgeordnete Heuser.

Ich bin gebeten worden, noch einmal darauf hinzuweisen, daß heute abend 7 Uhr die mit der Freilichtbühne verbundene Gartenarbeitschule gezeigt wird. Im Anschluß daran ist um 8 Uhr Vorstellung in der Freilichtbühne. Die Abfahrt mit der Straßenbahn erfolgt zwischen 6 und 6½ Uhr mit Linie 8 vom Graf Adolphplatz nach Station Freilichtbühne am Südfriedhof. Die Karten sind noch bis 1 Uhr in Zimmer 22 zu haben.

Als Tagesordnung für die morgige Plenarsitzung, die ich bitte um 9½ Uhr beginnen zu lassen, ist lediglich die Aussprache über den Haushaltsplan vorgesehen. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich Ihr Einverständnis an und schließe die heutige Sitzung.

(Schluß 12 Uhr 15 Minuten.)

## Dritte Sitzung

im Ständehaus zu Düsseldorf, Dienstag, den 12. Juli 1921.

(Beginn: 9 Uhr 40 Minuten.)

#### 1. Eingänge.

#### 2. Haushaltsplan der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr 1921.

Vorsitzender Sielen: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung. Die Niederschrift über die letzte Vollsitzung vom 11. d. Mts. liegt auf dem Tische des Hauses offen. Schriftführer für die heutige Sitzung sind die Herren Abgeordneten Elfes und Hauck.

Eingegangen ist ein Antrag vom Herrn Abgeordneten Dr. Saassen und fünf Anträge der Sozialdemokratischen Partei. Ich bitte Herrn Schriftführer Elfes, die Anträge zu verlesen.

Schriftführer Elfes: Antrag:

Provinziallandtag wolle beschließen:

Die Provinzialverwaltung ist verpflichtet, auf Antrag derjenigen Kreise und Gemeinden, die auf Grund des § 18 Absatz 3 des Gesetzes vom 30. April 1873 die Verwaltung und Unterhaltung der in ihrem Gebiet belegenen Staats-Chausséen übernommen haben, entweder 1. die Verwaltung und Unterhaltung dieser Straßen gegen Rückübertragung des auf sie entfallenden Teiles der Dotationsrenten wieder abzunehmen, oder 2. den betreffenden Kreisen und Gemeinden einen laufenden Zuschuß in Höhe der auf die übernommene Kilometerzahl unter Zugrundelegung der der Provinz bei den in ihrer Verwaltung verbliebenen Straßen pro Kilometer entstandenen durchschnittlichen Kosten zu gewähren. Zur Deckung der hierdurch entstehenden Kosten wird die Provinzialumlage um 7% erhöht.

gez. Dr. Saassen.

## Anträge der sozialdemokratischen Fraktion (S. P. D.):

## I.

Der 61. Provinziallandtag beauftragt den Provinzialausschuß, bei der Reichsregierung dringende Vorstellungen dahin zu erheben, daß zur Förderung des Wirtschaftslebens und zur Steuer der Arbeitslosigkeit in den davon betroffenen Gebieten die bereits bewilligten und begonnenen, aber in der letzten Zeit eingestellten Eisenbahnbauten Osberghausen-Marienheide (Legung eines 2. Gleises) und Kettwig-Velbert (Neubaustrecke) mit möglichster Beschleunigung zur Vollendung gelangen.

## II.

Nachdem der Provinzialausschuß in seiner Sitzung vom 9. Juli eine Kommission zur Neuaufstellung der Hausordnungen sämtlicher Provinzialanstalten eingesetzt hat, beschließt der Provinziallandtag, zu den Beratungen der betreffenden Hausordnungen ein Mitglied von jeder Fraktion der zuständigen Provinzialkommission hinzuzuziehen.

## III.

Der 61. Provinziallandtag beauftragt den Provinzialausschuß, mit größter Beschleunigung zu veranlassen, daß angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit in den in Betracht kommenden Gebieten die dort industriell beschäftigten Fürsorgezöglinge aus der Industrie herausgezogen und anderweitig beschäftigt werden.

Der Provinzialausschuß wird beauftragt, bei allen in privater Fürsorge (Anstalten und Familien) untergebrachten Zöglingen eingehende Untersuchungen darüber zu veranstalten, ob eine genügende handwerkliche bzw. hauswirtschaftliche Ausbildung gewährleistet ist.

## IV.

Der Provinziallandtag wolle beschließen:

Die Provinzialverwaltung veranlaßt umgehend die Bildung einer Provinzial-Lehrerkammer für alle Lehrkräfte, die ihrer Verwaltung unterstehen.

Die Kammer ist zu bilden und auszugestalten ähnlich den Bezirkslehrerkammern für Volksschullehrpersonen gemäß den entsprechenden Erlassen des Ministers f. W. K. u. V. vom 5. und 10. April 1919 ff. Die Bildung der Kammer geht vor sich nach den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit. Im übrigen ist die Feststellung einer Wahlordnung und Ausgestaltung der Kammer Sache der Beteiligten.

## V.

Die Provinzialverwaltung erläßt für die Lehrkörper aller Provinzial-Lehranstalten eine zeitgemäße Dienstsanweisung, welche etwa den Grundsätzen des Erlasses des Ministers f. W. K. u. V. vom 20. September 1919 U III B 2271 ff. entspricht. Die Dienstsanweisung ist zu erlassen unter Mitwirkung der Lehrerkammer.

Vorsitzender Gielen: Die Anträge werden den einzelnen Kommissionen zu überweisen sein.

Die Mitglieder der Kommission zur Vorbereitung der Wahl des neuen Landeshauptmanns sind bis jetzt dem Landtagsbüro noch von keiner Fraktion mitgeteilt. Ich bitte, das noch im Laufe des Vormittags zu erledigen.

Abgeordneter Dr. Jarres: Soll das eine Fünfzehnerkommission sein?

Vorsitzender Gielen: Ja, eine Fünfzehnerkommission.

Wir können dann in die Erledigung der Tagesordnung eintreten. Zu Punkt 2 erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Heß.

Abgeordneter Heß: Geehrte Damen und Herren! Seitdem wir uns in diesem Saal zum letzten Male unterhalten haben, ist die Lage der Rheinprovinz leider nicht besser, sondern noch erheblich schlechter geworden. Zu der heiß brennenden Wunde, die durch die zeitweilige Loslösung des Saargebiets von der Rheinprovinz am Organismus unseres schönen rheinischen Heimatlandes gerissen worden ist, und zu den seelischen und sachlichen Leiden, die eine Besatzung durch fremde Mächte sowieso schon mit sich bringen muß, sind inzwischen noch die bitteren Prüfungen der sogenannten Sanktionen hinzugekommen. Meine Damen und Herren, wenn ich zu diesem Kapitel zunächst einige Worte zu sagen mich gedrungen fühle, so muß ich das mit all der Reserve tun, die auch der Vertreter der Staatsregierung in dieser Beziehung vorgestern für sich hat geltend machen müssen. Ganz daran vorüberzugehen, bin ich nicht in der Lage. Es würde das weder von der rheinischen Bevölkerung noch von den Besatzungsmächten selbst verstanden werden, die zum mindesten aus einem schweigenden Vorübergehen an diesen Dingen, die uns in der Rheinprovinz am meisten interessieren, falsche Rückschlüsse ziehen könnten. Aber, wie gesagt, wenn ich zu diesen Dingen Stellung nehme, muß ich es mit der Reserve tun, die uns nun einmal in der gegenwärtigen Lage geboten ist.

Meine Damen und Herren! Als seinerzeit das Rheinland erstmalig besetzt wurde, hat man uns seitens der Besatzungsmächte wiederholt und ausdrücklich erklärt, man lege den größten Wert auf ein einträchtiges Zusammenleben und möglichstes Einvernehmen mit der Bevölkerung des besetzten Gebiets. Nun, ich glaube, von uns Rheinländern sagen zu dürfen, daß wir es an all der Ruhe und Besonnenheit nicht haben fehlen lassen, die uns durch die Lage aufgezwungen worden ist, trotz des Temperaments, welches man ja an uns Rheinländern kennt. Ich bin nun allerdings der Ueberzeugung, daß die Besatzungsmächte politisch viel zu sehr geschult sind, als daß sie aus dieser äußeren Selbstbeherrschung und Gelassenheit, mit der wir die Zustände hinnehmen, den falschen Schluß ziehen würden, daß wir Rheinländer uns nun mit unserem Schicksal auch grundsätzlich und innerlich abgefunden hätten. Die Ententemächte haben vielmehr in der Zwischenzeit Gelegenheit genug gehabt, die Mentalität der rheinischen Bevölkerung soweit kennen zu lernen, daß sie ganz genau wissen, daß uns eine tiefe Sehnsucht beherrscht, mit der wir ausschauen nach einer ungestörten und restlosen Wiedervereinigung mit unserem deutschen Vaterlande. (Lauter Beifall.) Sie haben sich oft genug selbst davon überzeugen können, und ich bin überzeugt, daß sie ihrerseits auch von der Anschauung tiefinnerlich durchdrungen sind, daß unsere Anhänglichkeit an Deutschland niemals und zu keiner Zeit und durch keinen auch noch so gearteten Umstand in irgendeiner Weise erschüttert werden könnte. (Erneuter Beifall.) Aber, meine Damen und Herren, wenn es ihnen mit dem Wunsche nach einem guten Einvernehmen zwischen den Besatzungsmächten einerseits und der rheinischen Bevölkerung andererseits ernst gemeint ist — und ein Zweifel daran ist mir nicht erlaubt —, so gibt es nichts, wodurch diese Veröhnlichkeit mehr und besser gefördert werden könnte, als ein möglichst veröhnliches Entgegenkommen gegen die rheinische Bevölkerung selbst. Von uns Rheinländern darf ich sagen, daß wir von veröhnlichem Geiste getragen sind. Ich darf auch aus meiner größeren Kenntnis der preussischen und deutschen Dinge sagen, daß diese Veröhnlichkeit überhaupt beim deutschen Volke durchaus vorkommt. Was uns hier am Rhein angeht, so sind wir als die Kinder der wirtschaftlich blühendsten Provinz des Deutschen Reiches von der klaren, übrigens ganz realpolitischen Ueberzeugung getragen und durchdrungen, daß ein Wiederaufbau des in seinen Fundamenten erschütterten europäischen Kontinents — es handelt sich ja bekanntlich nicht nur um eine Erschütterung des Deutschen Reichs, sondern die Erschütterung greift um sich auf alle Mächte, die sich an diesem Krieg beteiligt hatten — nur

denkbar ist, wenn so schnell wie möglich ein Einvernehmen über die Wiederaufbauarbeit unter allen, die es angeht, herbeigeführt wird. (Abgeordneter Dr. Sarres: Sehr richtig!) Ich sollte meinen, meine Damen und Herren, daß das ja wohl auch der tiefere Sinn der wiederholten Unterhaltungen zwischen Herrn Vouchent einerseits und Herrn Rathenau andererseits gewesen ist. Wenn das nicht als der tiefere Untergrund hinter diesen Unterhaltungen gestanden hätte, wären sie zwecklos gewesen. Wir sind überzeugt, daß die iredische Tendenz, die uns wiederholt als der Hintergrund dieser Unterhaltungen dargestellt worden ist, um so schneller zur Verwirklichung gelangen kann, je eher man dem Rheinlande ein wirklich großzügiges Entgegenkommen beweist, dem Rheinlande, von dem sich Foch sagen sollte, daß es die gegebene politische Verbindungsbrücke zwischen dem Deutschen Reich und Westeuropa darstellt. Ich gebe mich deshalb der Hoffnung hin, daß die Diplomatie der Entente sich der Richtigkeit dieser Gedanken nicht lange mehr verschließen möge, Gedanken, die gewiß nicht den Reiz der Neuheit für sich haben, die ich aber hier vorzutragen die Ehre habe in dem Bewußtsein, daß ich hier vor Ihnen stehe als der Sprecher der weitaus größten politischen Partei der Rheinprovinz und damit auch des besetzten Gebiets. Ich gebe mich, wie gesagt, der Hoffnung hin, daß sich die Diplomatie der Entente diesen Gedankengängen nicht verschließen wird, daß sie vielmehr in kluger Weitsicht einem Zustande möglichst bald ein Ende machen wird, von dem ich nur sagen kann, daß er die Seelen der Rheinländer mit bittersten Empfindungen erfüllt hat und noch täglich erfüllt. (Lebhafte Zustimmung.)

Das, meine Damen und Herren, ist die eine Seite der Besatzungsfrage; sie hat auch noch eine andere, und die bezieht sich durchaus auf den Etat, über den wir uns hier zu unterhalten haben. Nicht nur der Etat der rheinischen Provinzialverwaltung, sondern der Etat unserer sämtlichen öffentlich-rechtlichen Verwaltungskörperschaften ist bekanntlich ganz empfindlich belastet durch Ausgaben, zu denen wir gezwungen sind in direkter Folgerung aus der Tatsache der Besatzung heraus. Ich greife hier ein Kapitel heraus, weil wir uns im Kreise unserer Freunde darüber klar geworden sind, daß es von ganz besonderer Bedeutung ist: das ist der Straßenbau und all das, was mit diesem Kapitel des Straßenbaues, also mit einem Kapitel, welches in der Provinzialverwaltung und in den Kommunalverwaltungen überhaupt eine ganz besondere Rolle spielt, zusammenhängt. Geehrte Damen und Herren, die Vorstellungen, die wir bezüglich der gesamten Besatzungslasten in Berlin beim preussischen Staat sowohl wie auch bei der Zentralsstelle des Deutschen Reichs erhoben haben, sind inzwischen ins Ungemessene angewachsen. Sie gingen aus teils von der Städtevertretung, teils von der Vertretung der Landgemeinden, teils von den Berliner parlamentarischen Vertretern des besetzten Gebiets und des ganzen Rheinlandes überhaupt. Da möchte ich mir erlauben, heute einmal folgendes zu sagen:

Es ist schon für jeden aufrechten Menschen etwas außerordentlich Peinliches, wenn er in derselben Angelegenheit fortwährend wieder als Bittsteller auf der Bildfläche erscheinen muß. Uns Rheinländern liegt eine derartige Rolle schon gar nicht. Wenn wir uns trotzdem immer wieder dazu verstehen, so geschieht es aus dem Bewußtsein heraus, daß wir uns keineswegs als Bittsteller betrachten, sondern auf dem Standpunkt stehen: Wir reklamieren hier nichts anders als ein gutes Recht, ein eventuell sogar gerichtlich einlagbares Recht. Ob wir bei einer derartigen gerichtlichen Einklagung den kürzeren ziehen, spielt keine Rolle. Ich halte es gar nicht für ausgeschlossen, daß dabei Urteile zustande kommen, die nicht getrübt sind von rheinischer Besatzungssachkenntnis. Ja, meine Damen und Herren, wir sind in unserer Fraktion der Ansicht, daß die Dinge so nicht weitergehen können. Man ist, scheint's, in der Berlin von der Meinung getragen, man könne auch in dieser Beziehung dem Rheinlande und den Rheinländern schon allerlei bieten, weil sie ja

auch bei weniger guter Behandlung in ihrer Reichstreue niemals wankend werden würden. Das stimmt allerdings, bis dahin ist die Rechnung richtig, aber dann fängt sie an, falsch zu werden. Wir haben es nach unserem Gefühl da seitens der Berliner Zentralstellen in Preußen so gut wie im Reich mit einer Art rechnerischer Schlaumeierei und Schlaubergerei zu tun, die wir gründlich satthaben. Ein neues Beispiel dafür haben wir vor einigen Wochen wieder erfahren, als es sich um die „Kluge“ Art und Weise handelte, mit der Preußen beispielsweise die 20 Restprozent aus der Wirtschaftsbeihilfe nun auf das Rheinland wieder abzuschieben suchte. Wenn wir diese sonderbare Kluge Art und Weise richtig bezeichnen wollen, so haben wir hier am Rhein dafür einen ganz bestimmten Ausdruck; wir pflegen das hier als „Anüwerei“ zu bezeichnen. (Heiterkeit.) Ich nehme an, daß der Herr Oberpräsident der Rheinprovinz als Vertreter der Staatsverwaltung mit diesem Ausdruck sowohl als auch mit dem Begriff, den man damit zu verbinden hat, nicht ganz unbekannt ist. Infolgedessen darf ich mich der angenehmen Hoffnung hingeben, daß demnächst dieser Ausdruck „Anüwerei“ in Berlin auch einmal ins Berlinische überetzt wird, eventuell mit einer ganz genauen Deklaration, was man darunter zu verstehen hat. Unter „Anüwern“ versteht man vor allen Dingen Leute, denen es an Großzügigkeit in ganz bedeutendem Maße zu mangeln pflegt. Das ist auch hier der Fall. Ueber die üble Finanzlage, in der sich Preußen und das Reich befinden, braucht uns keiner etwas zu sagen; das wissen wir schon allein. Aber wenn schon gespart werden muß, dann muß man es nicht ausgerechnet an dem Ende anfangen, wo es ganz falsch ist. (Sehr richtig!) Man muß nicht uns im besetzten Gebiet zu den anderen Lasten, die wir schon zu tragen haben — und dazu rechne ich ganz besonders seelische Bedrückungen —, auch noch die Kostentragung aufbürden wollen. Ich habe oft genug in vielen Unterhaltungen mit Berliner Geheimräten die Beobachtung gemacht, daß man sich über die Verhältnisse im besetzten Gebiet, namentlich über die seelischen Verhältnisse, entweder falsche Vorstellungen macht oder überhaupt keine. Aus dieser Unkenntnis unserer ganzen Verhältnisse heraus erkläre ich mir die Art, wie man Dinge bei uns und mit uns zu behandeln pflegt.

Ich habe eben vom Straßenbau gesprochen. Das ist so ein praktisches Beispiel. Ja, geehrte Versammlung, wir wissen es doch alle, daß die Straßenbaukosten im besetzten Gebiet nicht zuletzt so kolossal in die Höhe gegangen sind, weil uns die Straßen zum guten Teil auf Grund der Tatsache der Besatzung zertrümmert worden sind. Das weiß bei uns jeder. In Berlin scheint man das nicht restlos einsehen zu können. Da muß einmal nachgeholfen werden. Das ist so nicht weiter tragbar. Wir haben im vorigen Jahre gerade aus unserer Mitte heraus auf diese Zustände, — ich wollte sagen — auf diese Mißstände, aufmerksam gemacht. Wir geben uns auch in diesem Jahre wieder, genau so wie im vorigen Jahr, der Hoffnung hin, daß diese Vorstellungen in Berlin Eindruck machen werden.

Ministerbesuche sind schön und gut, und wir haben oft eine herzliche Freude darüber gehabt, mit welcher Begeisterung preussische und deutsche Minister über unsere Angelegenheiten hier bei uns gesprochen haben. Aber für Ministerbesuche kann man sich leider nichts kaufen, und mit keinem Minister, und wäre es der dickste, können Sie auch nur ein Viertelmeter Landstraße beschottern.

Ich möchte übrigens bei dieser Gelegenheit auf einen Punkt aufmerksam machen, der uns hier am Rhein lebhaft interessiert: Seit einiger Zeit haben wir in Berlin ein besonderes Staatssekretariat für die besetzten Gebiete. Das ist eine Angelegenheit, die alle politischen Parteien von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken in gleichem Maße interessiert. Wir werden sehr genau zu beobachten haben, ob man nun diesem neuen Institut des Staatssekretärs für die besetzten Gebiete nun auch die Bewegungsfreiheit lassen oder geben wird, die es nötig hat, wenn es wirklich

so wirken soll, wie es im Interesse unserer rheinischen Verhältnisse wirken muß. Wir werden darauf achten, daß das Staatssekretariat für die besetzten Gebiete nun auch das wird, was wir uns darunter vorgestellt haben. Es ist ja nicht für Berlin gegründet worden, sondern für uns hier am Rhein.

Ich habe da eben von Straßenbaufragen und all den Sorgen, die damit zusammenhängen, gesprochen. Daß mit dem, was ich vorgetragen habe, diese Frage nicht restlos geklärt wird, versteht sich von selbst, sie hat auch noch andere Seiten. Da ich gerade über dieses Kapitel spreche, möchte ich mir dazu noch einige Worte erlauben.

Wir müssen auch endlich dazu kommen, daß zur Aufbringung der Straßenbaulast nicht zuletzt diejenigen Kreise herangezogen werden, die in allererster Linie die Straße mit schweren Fahrzeugen für sich in Anspruch nehmen, also vor allen Dingen die Inhaber von Lastkraftfahrzeugen. Wir wissen ja, was diese Donnermaschinen für einen ungeheuren Schaden an unseren Straßen anrichten. Heute ist es so, daß man in erster Linie die Allgemeinheit zur Straßenbaulast heranzieht. Das ist ganz richtig für solche Gegenden, wo eben die Allgemeinheit davon ausschließlich etwas hat und die Straßen von fremden Benutzern weniger in Anspruch genommen werden. Es ist aber falsch für alle diejenigen Gegenden, deren Straßen von Leuten benutzt werden, die an der Gegend an und für sich gar nicht interessiert sind, also von denjenigen Kreisen, die ich eben bezeichnet habe. Darüber hinaus sind wir der Meinung, und wir haben uns ziemlich eingehend über diesen Punkt unterhalten, daß allerdings auch in der Straßenbauverwaltung nicht alles so ist, wie es sein sollte. Es ist uns z. B. bekannt, daß öffentliche Ausschreibungen von Straßenbauarbeiten seit sehr langen Jahren nicht mehr vorgenommen worden sind. Wenn ich recht unterrichtet bin, ist die letzte Ausschreibung vor 17 Jahren vorgenommen worden und seit der Zeit nicht mehr. Wir sind auch ziffern- und zahlenmäßig ganz genau darüber orientiert, daß die Provinz in ganz erheblichem Maße dadurch geschädigt worden ist, daß, wenn man in dieser Beziehung anders vorgegangen wäre, man die Straßenbauverwaltung entschieden rationeller gestaltet haben würde.

Ein anderes Beispiel — um damit auf meinen Ausgangsgedanken zurückzugreifen — für die sonderbare Schlaumeierei, die man in Berlin dann treibt, wenn es sich darum handelt, das besetzte Gebiet für ganz Deutschland zahlen zu lassen, während es doch tatsächlich umgekehrt sein müßte.

Meine Damen und Herren! Wenn ein Kommunalbeamter aus irgendeinem Grunde, etwa deshalb, weil er sich politisch exponiert hat, aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen wird, wer sichert den Mann eigentlich und wer entschädigt ihn? oder besser gesagt: wer sichert und entschädigt ihn oder die Besoldungsgemeinde in manchen Fällen nicht? Das ist das Deutsche Reich. Dabei ist dann das Deutsche Reich in der Lage, darauf aufmerksam machen zu können, daß es zu derartigen Kostentragungen überhaupt nicht „verpflichtet“ sei. Es ist darüber hinaus sogar in der Lage, diese seine Anschauung durch gerichtliches Urteil als durchaus „korrekt“ nachweisen zu können; das Reichswirtschaftsgericht ist in diesem Falle der Sitz dieser Weisheit. Ja, das mag, juristisch genommen, an und für sich durchaus richtig und „korrekt“ sein. Aber daß es auch durchaus falsch und töricht ist, darüber sind wir uns im besetzten Gebiet einig. Man sollte sich doch einmal überlegen, was das nun für eine Rückwirkung auf die gesamte kommunale Beamtenerschaft im besetzten Gebiet lösen muß. Die Leute sind ja überhaupt nicht mehr in der Lage, wenigstens werden sie durchaus keine Lust mehr dazu verspüren, sich irgendwie im Interesse des deutschen Vaterlandes zu exponieren. Ob das dann immer zum Nutzen und Vorteil des Deutschen Reiches und des deutschen Gedankens ist, das ist mir nicht bekannt.

Es wird mir soeben die Mitteilung gemacht, daß inzwischen im Reichstag ein Antrag Trimborn und Genossen, also meiner politischen Freunde, eingebracht worden ist, welcher zum Ausdruck bringt, daß die Reichsregierung ersucht werden soll, eine Vorlage zu machen, durch die das Reich die Verpflichtung zur Schadloshaltung der aus den besetzten Gebieten ausgewiesenen Kommunalbeamten übernimmt. Sie sehen, daß sich das durchaus in der Richtung desjenigen bewegt, was ich soeben hier vorzutragen mir erlaubt habe.

Noch eins, was uns an Maßnahmen seitens der Berliner Zentralregierung absolut unverständlich ist. Sie werden aus der Zeitung ersehen haben, soweit Ihnen der preussische Etat nicht selbst zu Gesicht gekommen ist, daß der sogenannte Westfonds in diesem Jahr abgesetzt worden ist. Das versteht man einfach nicht. (Zuruf: Auch der Ostfonds!) Das ist mir nicht bekannt; über das Wesen des Ostfonds bin ich auch nicht so im Bilde wie über das Wesen des Westfonds. Das Wesen des Westfonds bestand bekanntlich darin, daß aus ihm hauptsächlich die Kosten für die Urbarmachung von Niedrlandereien, für die Anlage von Straßen in schwierigen Gebirgsgegenden — Eifel, Hunsrück, Westerwald —, für Zusammenlegungsarbeiten usw. bestritten werden sollten, also Kosten für Zwecke, die durchaus im Interesse der gesamten Bevölkerung lagen. Es wäre überhaupt an und für sich schon ein grundsätzlicher Fehler gewesen, diesen Westfonds abzuschaffen. Es ist aber direkt unbegreiflich, ihn in diesem Augenblick abschaffen zu wollen, wo wir ganz besonders auf die Unterstützung dieses Fonds angewiesen sind. Ich darf in dieser Beziehung darauf aufmerksam machen, daß seitens meiner politischen Freunde diese Frage im preussischen Landtage alsbald aufgegriffen worden ist. Es ist eine Anfrage der Abgeordneten Busch und Herold eingereicht worden, die sich mit dieser Angelegenheit befaßt und in dem Antrage ausmündet, daß der Westfonds dem preussischen Etat wieder eingefügt werden soll.

Was den gesamten Komplex der Besatzungsfragen angeht, so darf ich mir erlauben, anzukündigen, daß wir uns demnächst beehren werden, dem Hause einen ausführlichen Antrag, der sich mit all diesen Fragen beschäftigt, vorzulegen.

Ich habe damit bereits eine ganze Reihe von Gesichtspunkten vorweggenommen, die auf unsern Etat Bezug haben.

Was den Etat selbst angeht, so hieße es nach Auffassung meiner Freunde das Wesen der ersten Lesung eines Etats verkennen, wenn wir uns hier in Einzelheiten vertiefen wollten. Wir sind der Meinung, daß wir besser daran tun und die Geschäfte des Hauses fördern, wenn wir die Ansammlung von Einzelheiten für die Unterhaltung in den Kommissionen aufsparen, wo wir in der Lage sind, von Tisch zu Tisch in kontradiktorischer Verhandlung die Angelegenheit mit der Provinzialverwaltung zu erledigen. Wir werden übrigens auch bei den einzelnen Etats noch eine Reihe von Fragen zur Sprache bringen. Ich habe seitens meiner Freunde den Auftrag bekommen, hier einige grundsätzliche Gedanken über die Etatsgebarung vorzutragen.

Geehrte Versammlung! Nicht alle Abgeordneten sind in der Lage gewesen, sich in den Etat zu vertiefen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil der Etat diesem Hause viel zu spät vorgelegt worden ist. Ich möchte das einmal vorwegnehmen. Es ist unbedingt nötig, daß der Etat ganz wesentlich früher den Mitgliedern des Hauses zugestellt wird. Man ist absolut nicht in der Lage, wenn man aus seinen Berufsgeschäften dieser oder jener Art nach Düsseldorf kommt, sich in den zwei Tagen, die man den Etat in der Hand hat, in die Einzelheiten desselben zu vertiefen. Das dient auch nicht zur Förderung aller Fragen, für die wir uns hier zu interessieren haben.





Krieg nun einmal mit sich gebracht hat, nicht ohne eine grundlegende Aenderung hat ausgekommen werden können. Ich sage, dafür haben wir Verständnis. Wir sind andererseits allerdings auch der Ansicht, daß man sich endlich einmal darauf besinnen muß, daß die ungeheueren kulturellen und wirtschaftlichen Leistungen, die das Deutsche Reich hervorgebracht hat, doch letzten Endes auf der Selbstverwaltungstätigkeit und auf dem basieren, was gerade in unseren Kommunen geleistet worden ist. (Sehr richtig!) Wenn man sich aber darauf besinnt, muß man auch bereit und gewillt sein, jetzt aus dem schweren Dilemma irgendeinen Ausweg zu finden. Ich gebe ohne weiteres zu, daß ich jetzt gar nicht in der Lage wäre, irgendeinen Ausweg hier namhaft zu machen. Die Steuergebarung in Preußen und im Reich ist auf den Kopf gestellt, sie ist ganz anders, als wir sie ursprünglich gewohnt waren; sie hat nicht nur gebrochen mit der Steuerveranlagung, sie hat vor allen Dingen auch gebrochen mit der Art der Steuererhebung. Leute, die etwas davon verstehen, haben mir oft versichert, daß gerade dieser Gesichtspunkt zu stark aus dem Auge gelassen worden ist, daß zum mindesten die Steuererhebung in irgendwelcher Weise hätte bleiben müssen, wie sie früher war, weil dann die Steuerveranlagung eine wesentlich leichtere gewesen sein würde. Aber, wie gesagt, wir geben uns der Hoffnung hin, daß nun wenigstens hier nicht das berühmte Gesetz der Trägheit einsetzt. Wir müssen wünschen, daß mit demselben Elan, mit dem man seinerzeit an die Umgestaltung der deutschen Steuerpraxis herangegangen ist, man auch darangeht, den grundsätzlichen Fehler, der ganz zweifellos in dieser Art der Steuergesetzgebung irgendwo steckt, aus der Welt zu räumen.

Unter all diesen Dingen leidet natürlich die Finanzlage unserer Provinz ganz außerordentlich. Eins aber will ich doch sagen: Sie mag so schwer sein, wie sie will, es darf unter keinen Umständen darunter leiden die Fürsorge für unsere Provinzialbeamten, Angestellten und Arbeiter; davon kann unter keinen Umständen die Rede sein. Wir wissen ganz genau die ungeheueren Schwierigkeiten zu schätzen, in denen sich nun einmal gerade die Festbesoldeten befinden, und zwar deshalb, weil sie eben festbesoldet sind; sie sind immer gezwungen, sich nach der berühmten Decke zu strecken, und in welchem Mißverhältnis heute die Decke zum Körper steht, das kann ich hier schon aus ästhetischen Gründen des weiteren nicht ausführen. (Heiterkeit.) Wir werden uns deshalb vor allen Dingen dafür einzusetzen haben, daß die Besoldungsreform mit möglichster Beschleunigung zu einem gedeihlichen und für die Beamten, Angestellten und Arbeiter erträglichen Abschluß gebracht wird.

Man spricht heute soviel vom Einsparen von Beamtenstellen. Das ist ein Gedanke, der in der Luft liegt; er hat auch etwas durchaus Bestechendes an sich. Wenn man aber schon an diese Frage herantritt, dann sollte man es unter allen Umständen nicht vermeiden, dabei stets in Fühlungnahme mit der Beamtenschaft selbst zu arbeiten. Die Beamtenschaft selbst ist hier der gegebene Fachmann. Wenn Stellen eingespart werden sollen, dann können diese Sachleute uns am allerbesten sagen, wo und wie das möglich ist. Man sollte also auf diesen Gesichtspunkt unter keinen Umständen verzichten.

Ich darf übrigens bei dieser Gelegenheit mitteilen, daß uns in unserer Fraktion neuerdings besonders der Gedanke beschäftigt, wie denn auch den Kommunalangestellten die Möglichkeit verschafft werden kann, an den provinzialen Versicherungsanstalten Anteil zu bekommen. Wir schenken dieser Frage ein ganz besonderes Interesse; wir werden unsere eifrige Mitarbeit nicht versagen, wenn diese Frage einer Klärung entgegengebracht werden soll. Eins darf ich aber den beteiligten Kreisen von hier aus doch vielleicht sagen: Soweit ich die Sache übersehe und soweit auch Leute, die in der Beurteilung dieser Frage wesentlich kompetenter sind als ich, sie übersehen,

wird nicht viel zu machen sein, solange man sich in den Kreisen der einzelnen Gemeinden über diese Frage nicht klar geworden sein wird. Ich glaube, es wird große Schwierigkeiten absetzen, wenn man die Frage für einzelne Gemeinden lösen will. Eine Reihe von Gemeinden ist dazu heute schon bereit, andere lehnen es ab. Es wird deshalb Sache des Rheinischen Kommunalbeamtenverbandes sein — bekanntlich eine Organisation, die sich zu einer großen Blüte emporentwickelt hat — dafür zu sorgen, daß zunächst einmal innerhalb der Gemeinden selbst die von mir angeregte Frage in Fluß gebracht wird.

Ich möchte mir dann auch noch ein kurzes Wort zur Frage unserer Anstaltspflege erlauben. Dabei muß ich zunächst eine Anfrage an die Provinzialverwaltung vorwegnehmen. Wir haben im vorigen Jahr verschiedene Kommissionen eingesetzt, darunter auch solche, die sich mit der Besichtigung von verschiedenen Anstalten beschäftigen sollten. In unseren Kreisen ist darüber geklagt worden, daß die Kommission zur Besichtigung von Fürsorgeanstalten nicht einberufen worden ist. Nicht bekannt ist uns aber geworden, aus welchem Grunde das nicht geschehen ist. Ich bitte die Provinzialverwaltung, uns darüber gefälligst Auskunft geben zu wollen. Es wird dann unsere Sache sein, zu beurteilen, ob die Gründe für stichhaltig erachtet werden können.

Meine Damen und Herren! Was die Provinzialverwaltung angeht, so muß ich hier als einmütige Ansicht unserer Freunde folgendes sagen: Wir sind der Meinung, daß sich eine ganze Reihe von Dingen in unseren Anstaltsbetrieben heute überlebt haben und so nicht mehr bleiben können. Um nur eins herauszugreifen, möchte ich Bezug nehmen auf die Hausordnung. Es ist uns bekannt, daß in diesen Hausordnungen Dinge stehen, die nicht mehr zeitgemäß sind. Auch andere Fragen sozialer Art, die mit dem ganzen Anstaltsbetriebe zusammenhängen, müssen einer ganz gründlichen Prüfung unsererseits unterzogen werden, um die ganze Anstaltsgebarung auf einen Standpunkt zu bringen, der mit der heutigen Zeit und mit gesunden, modernen und vernünftigen Anschauungen wirklich in Einklang gebracht werden kann.

Ich muß es mir auch bei diesem Punkte versagen, das reiche Einzelmaterial, welches in unserer Fraktion attemmäßig vorliegt, hier zum Vortrag zu bringen. Wenn ich aber schon über unsere Anstaltspflege spreche, dann möchte ich doch — namentlich wo ich als erster Redner zum Etat zu sprechen den Vorzug habe — über eines keinen Zweifel lassen: Eins möchten wir unter keinen Umständen geändert wissen, das ist die Beteiligung der Kirchen und kirchlichen Einrichtungen am Erziehungswerk unserer Anstalten und an der religiösen Beeinflussung der gesamten Erziehungsarbeit. (Bravo! im Zentrum.) Sie dürfen auf allen Bänken dieses Hauses versichert sein, daß wir uns klar darüber sind, daß sich hier die Geister scheiden. Daß wir hier zu einer grundsätzlichen Einigung niemals kommen werden, das wissen wir alle ganz genau, und weil wir es so genau wissen, deshalb kann ich mir längere Ausführungen über dieses Kapitel auch durchaus ersparen. Es ist allen Damen und Herren bekannt, daß nach unserer Grundauffassung der Kirche schon ein tiefbegründetes, ganz natürliches, wenn Sie wollen, ein übernatürliches Recht der Beteiligung am gesamten Erziehungswerk zukommt. Das ist eine direkte Konsequenz der religiösen Anschauungen, die wir zu den unsrigen zählen. Darüber hinaus aber ist Ihnen auch bekannt, und das ist ein mehr realpolitisches Moment, daß der ganz überwiegende Teil der rheinischen Bevölkerung, d. h. also, nicht nur derjenige Teil, der als Wählerschaft hinter uns steht, denn das ist nicht die Majorität, auf diese religiöse Beeinflussung unter gar keinen Umständen verzichten will. (Zuruf Knab: Scheinchristentum!) Ja, Herr Knab, darüber müssen Sie ja besonders gut urteilen können auf Grund der reichen Lebenserfahrung, die Sie Ihr Eigen nennen. (Heiterkeit. Zuruf Knab: Ich habe Ihnen schon lange den verdienten Fußtritt

gegeben! Heiterkeit.) Nein, schon lange können Sie das nicht getan haben, denn dafür sind sie noch viel zu jung. (Heiterkeit.) Meine Damen und Herren, wir respektieren es — und das verlohnt auch vielleicht den Herrn Zwischenrufer von der äußersten Linken —, daß auf anderen Bänken dieses Hauses eine Meinung vertreten wird, die der unsrigen zuwiderläuft. Wir wissen z. B., daß das Ideal der mehrheitssozialistischen Partei die religionslose Erziehung ist. Ich kann nur meine und unsere Anschauung vertreten, und die geht dahin, daß wir es allerdings für außerordentlich beklagenswert halten würden, wenn dieses auf der Linken vertretene Ideal gerade bei den Menschenkindern zur Anwendung käme, für die die Religion nicht nur naturgemäß, sondern auch erfahrungsgemäß einen ganz besonderen Erziehungswert besitzt. Daher werden wir uns dafür einsetzen, daß die Beteiligung der Kirche an der Erziehungsarbeit in unseren Anstalten unter allen Umständen gewahrt bleibt, und wir werden daraus auch die etatsrechtlichen Konsequenzen ziehen.

Nun noch ein kurzes Wort zum Schluß. Ich habe eingangs von der überaus schwierigen Situation gesprochen, in der wir uns hier in der Rheinprovinz befinden. Wenn man aber schon diese Lage ins Auge faßt, legt sich einem auch heute wieder zwanglos der früher von verschiedenen Seiten geäußerte Gedanke nahe, daß wir hier am Rhein bei grundsätzlicher Wahrung aller Unterschiede doch die politischen Gegensätze nach Möglichkeit zurückstellen sollten zugunsten dessen, was uns eint. (Beifall.) Darauf sind wir hier am Rhein angewiesen. Einig sind wir uns aber in einem ganz weiten Ausmaße nicht nur in der Liebe zu unserer rheinischen Heimat, sondern auch in der Liebe und Treue zu unserer deutschen Vaterlande. (Bravo!) Man soll nicht vergessen, meine Damen und Herren, daß das Schicksal gerade uns hier am Rhein eine politische Mission von ganz besonderer Tragweite zugewiesen hat. Nun denn, meine Damen und Herren, meine Freunde sind entschlossen, bei ihrer Mitarbeit in der rheinischen Provinzialverwaltung diese bedeutungsvolle Mission nicht aus dem Auge zu lassen. An uns, geehrte Versammlung, soll es nicht fehlen, wenn es gilt, in rheinischem Fleiß, in rheinischer Intelligenz, aber auch in rheinischer Eigenart eine der Hauptquellen für die allmähliche Wiedererstarkung unseres lieben Vaterlandes zu pflegen und zu erhalten. (Lauter Beifall.)

Vorsitzender Gielen: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. von Henvers: Ich möchte nur einige Aufklärungen geben, die der Herr Vorredner gewünscht hat.

Der Herr Vorredner hat zuerst darüber gesprochen, daß bei der Straßenbauverwaltung Ausschreibungen in den letzten Jahren nicht stattgefunden haben. Die Sache ist schon bei der letzten Tagung angeregt worden, und in der Sachkommission wird der Dezernent der Straßenbauverwaltung Ihnen darüber die nötigen Details mitteilen können.

Dann hat der Herr Vorredner über die späte Zustellung der Etats geklagt. Da stimme ich mit dem Herrn vollständig überein: Es ist wünschenswert, daß die Etats möglichst früh den Mitgliedern des Hauses zugestellt werden. Das ist auch früher immer geschehen. Früher fand im November oder Anfang Dezember die Sitzung des Provinzialausschusses statt, in der der Etat für das folgende Jahr festgesetzt wurde. Dann konnte die Zustellung der Etats im Januar oder anfangs Februar stattfinden, und die Sitzung des Landtages fand dann Ende März statt. In diesem Zustande ist nun durch die Kriegsjahre eine Aenderung eingetreten. Ich darf daran erinnern, daß wir in den letzten Jahren niemals in der Lage waren, einen Etat zur richtigen Zeit festzustellen, daß wir zeitweise sogar ohne Etat gewirtschaftet haben. Ein Etat läßt sich aber nur wieder einreichen, wenn der vorhergehende zunächst genehmigt ist. Infolgedessen verzögert sich die Etatsaufstellung. Daher ist auch in diesem Jahre die Zustellung nicht in der wünschenswerten Frühe geschehen.

Daß der Etat nicht ganz übersichtlich ist für denjenigen, der noch nicht so recht eingearbeitet ist, muß ich zugeben, und es wird auch da wohl eine Aenderung eintreten müssen.

Was die Einführung eines Rechnungsbüros oder einer Rechnungskammer betrifft, so ist auch diese Sache nicht neu; sie ist im vorigen Jahr schon vorgetragen worden, und es sind auch schon vorbereitende Schritte geschehen: In einer der letzten Sitzungen ist dem Provinzialausschuß ein längerer Vortrag über die Art und Weise gehalten worden, wie man sich die Einrichtung eines Rechnungsbüros usw. denkt. Die Sache wird weiter verfolgt.

Was die Steuerfrage betrifft, so kann ich dem Herrn Vorredner nur in allen Punkten zustimmen. Für uns ist es ja eine recht triste Sache, und wir haben alles versucht, in Berlin Aenderungen herbeizuführen. Natürlich sind wir nicht einflußreich genug, um da etwas Definitives zu erreichen.

Dann hat der Herr Vorredner über die Beamten- und Angestelltenverhältnisse gesprochen und gewünscht, daß die Besoldungsreform rechtzeitig und voll durchgeführt wird. Meine Damen und Herren, wir führen die Verwaltungsreformen vollständig nach dem Muster für Reich und Staat durch. Wir haben aber mit den links- und rechtsrheinischen Städten ein Abkommen getroffen, wonach wir gemeinschaftlich vorgehen, nicht eine Kommune so und die andere so. Jetzt sind eben die Verhandlungen mit den links- und rechtsrheinischen Kommunen zum Abschluß gekommen, und die endgültige Besoldungsreform kann in den nächsten drei Wochen zum Abschluß gebracht werden. Damit ist diese Angelegenheit, glaube ich, auch erledigt.

Was dann die Anstaltspflege betrifft, so hat der Herr Vorredner darin recht, daß manche Hausordnung, daß manche innere Einrichtung reformiert werden muß.

Auf die Frage, warum die Fürsorgeerziehungsanstalten noch nicht durch die Kommission des Landtags revidiert worden sind, kann ich nur folgendes bemerken:

Es sind 3 Kommissionen gewählt worden: für Brauweiler usw., für die Straßenbauverwaltung und für die Fürsorge. Die Kommission für die Straßenbauverwaltung hat schon getagt und Besichtigungen vorgenommen, ebenso die für Brauweiler, dagegen die Kommission für die Fürsorge noch nicht, und zwar aus folgenden Gründen. Der Vorsitzende der Kommission ist der Geheime Kommerzienrat Hueck, der schwer erkrankt in Godesberg in einem Sanatorium liegt. Herr Hueck ist nicht in der Lage gewesen, die Einberufung vorzunehmen. Dazu kommt, daß wir bei den Fürsorgeerziehungsanstalten etwas schlimmer gestellt sind als bei den anderen Anstalten. Ich darf an folgendes erinnern: Die Anstalt Rheindahlen kann die Kommission nicht revidieren, dieselbe ist besetzt; das gleiche ist bei Guskirchen der Fall. Die dritte Anstalt Solingen ist infolge der Besetzung durch die englische Armee nach Waldbroel verlegt. Damit ist es also auch nichts. Sie sehen, bei der Fürsorge liegt die Sache schwieriger als bei den anderen Abteilungen. Auch bezüglich dieser Anstalten muß ich ja zugeben, daß einzelne Reglements für die Fürsorge veraltet und überlebt sind und daß wir auch da Aenderungen treffen müssen. Aber, meine Damen und Herren, das wird nicht durch die Kommission, die der Landtag und der Ausschuß eingesezt haben, allein gehen, sondern es müssen zu dieser Kommission unbedingt die Leiter dieser Fürsorgeanstalten zugezogen werden. Das sind die Personen, die das richtige Urteil darüber haben, nicht außerhalb der Anstalt stehende Beamte oder Abgeordnete.

Vorsitzender Gielen: Das Wort hat der Herr Oberpräsident.

Oberpräsident von Grootte: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Heß hat unter anderem beklagt, daß nicht genügend Fürsorge für diejenigen Kommunalbeamten getroffen werde, die infolge der Besetzungsverhältnisse ihre Stellen verlieren. Ich glaube doch darauf hin-

weisen zu müssen, daß gewisse Maßnahmen für eine derartige Fürsorge tatsächlich getroffen sind. Ich weiß nicht, ob dem Herrn Abgeordneten Heß bei seiner Vorbringung das preussische Gesetz vom 30. März 1920 über die Unterbringung von mittelbaren Staatsbeamten und Lehrpersonen in Erinnerung gewesen ist. Nach dem § 1 dieses Gesetzes sind Gemeinden und Gemeindeverbände sowie alle anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts verpflichtet, ihre freiverbenden oder neu zu schaffenden Stellen nach Maßgabe bestimmter Vorschriften anzumelden. Das hat den Zweck, in solchen Stellen diejenigen Kommunalbeamten unterzubringen, die infolge der angegebenen Verhältnisse ihre Stellen verloren haben. Ich wollte hierauf nur kurz hingewiesen haben, mit der Bitte, diesem Gesetz und auch seinen Wirkungen, über die nähere Auskunft in der Kommission gegeben werden kann, die zweckdienliche Berücksichtigung zu schenken.

Vorsitzender Sielen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Farres.

Abgeordneter Dr. Farres: Meine Damen und Herren! Ich habe die Ehre, namens der Arbeitsgemeinschaft einige Ausführungen zu dem Haushaltsplan und seinen Anlagen zu machen. Ich beschränke mich dabei wie der Vertreter des Zentrums auf die grundlegenden und richtunggebenden Dinge. Denn wir sind nach wie vor der Meinung, daß es nicht richtig ist, hier im Plenum Einzelwünsche, Anregungen und Anfragen vorzutragen, die in die Kommissionen gehören. Selbstverständlich behalten wir uns vor, eine Reihe derartiger Wünsche und Anregungen in den betreffenden Sachausschüssen zu geben. Unsere Mitglieder sind in der Weise instruiert; sie werden dort die Sachen vortragen.

Ich will im Gegensatz zu Herrn Kollegen Heß auch nicht auf das politische Gebiet übergehen. Ich möchte namentlich nicht den stark unterstrichenen Unterton einer Verstimmung gegen Berlin hier weiter behandeln (Sehr gut! rechts), denn ich glaube, damit ist unserem Rheinlande nicht gedient. (Zustimmung rechts.) Ich beschränke mich auf die Sache.

Da habe ich zunächst namens meiner Fraktion zu erklären, daß wir dem Haushaltsplan und den Vorschlägen des Provinzialausschusses im wesentlichen beitreten. Wir erkennen an, daß, wie früher, auch in diesem Jahre die Vorlage in vorsichtiger und umsichtiger Weise vorbereitet worden ist. Wir haben gestern bei den ausführlichen Darlegungen des Herrn Landeshauptmanns, der dabei zum letzten Male den Etat vertrat, das weitgeschichtete Zahlengebilde unseres Stats betrachten und eingehend würdigen können. Wenn ich auch annehme, daß bei anderer Gelegenheit der Provinziallandtag Veranlassung nehmen wird, unserem verehrten Herrn Landeshauptmann das Entsprechende zum Abschiede zu sagen, so habe ich doch das Bedürfnis, im Auftrage meiner Fraktion hier dem Landeshauptmann als dem Leiter insbesondere der provinziellen Finanzen ein recht herzliches Wort dankbarer Anerkennung beim Abschiede zu sagen (Beifall), dem Steuermanne, der vortrefflich das Schiffchen unserer Finanzen in trüben und heiteren Tagen der Provinz gesteuert hat. (Bravo!)

Zum Haushaltsplan selbst haben wir nach formeller Hinsicht, ebenso wie Herr Kollege Heß, manches zu bemängeln und anzuregen. Wer Zeit und Blick für derartige Dinge hat, wird sich aus den außerordentlich eingehenden Vorarbeiten und Vorlagen ein klares Bild über das verwickelte Finanz- und Wirtschaftssystem der Provinz machen können. Ich nehme an, daß Sie sich diese Zeit alle genommen haben, und ich nehme als selbstverständlich an, daß wir alle über den nötigen Blick verfügen. Denn wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er bekanntlich auch den Verstand. Aber wenn Sie nun wirklich mit diesem Blicke in die Prüfung der Vorlagen eingetreten sind, dann, meine verehrten Damen und Herren, werden Sie mir recht geben, wenn ich sage, daß in dem Umfange, in der eingehenden Form der Druckvorlagen des Guten etwas zuviel geschieht. Ich glaube, wir können uns in Zukunft auf eine wesentlich gedrängtere Form beschränken. Zus-

besondere mache ich darauf aufmerksam, daß hier dieser Bericht über den Vermögensstand der Provinz, der uns alljährlich gegeben wird, doch nur eine ganz geringe Bedeutung hat. Eine derartige Vermögensübersicht ist an sich nur problematischer Natur. Eine solche Uebersicht kann in einem gewissen Zeitraume ja von großem Interesse sein. Aber ich glaube, es ist wirklich nicht notwendig, Jahr für Jahr nun eine eingehende, im wesentlichen sich wiederholende Arbeit zu machen. Wir sind der Meinung, daß es genügen würde, wenn in Zukunft die Provinzialverwaltung uns lediglich die abschließenden Zahlen der aktiven und passiven Seite geben würde, wenn sie uns sagen würde: in diesem Jahr haben sich die Schulden von so und soviel Mark auf so und soviel Mark erhöht oder ermäßigt, und im Falle der Erhöhung sind die Schuldenerhöhungen für die und die Zwecke verwandt worden. Dann würde es genügen, vielleicht alle drei oder selbst fünf Jahre eine derartige Vermögensübersicht, welche immerhin einigen, wenn auch nur theoretischen Wert hat, uns vorzulegen.

Wir sind der Meinung, daß der Haushaltsplan selbst, wie eben erfreulicherweise auch der Herr Landeshauptmann selbst anerkannte, eine wesentliche Revision nach der formellen Seite hin verträgt. Der Etat hat allmählich einen Umfang angenommen, der in das Weitschweifige geht. Wir sind der Meinung, daß nicht nur einzelne Etats und namentlich in den Etats die immer wiederkehrenden und sich übertragenden Posten zusammengezogen werden können, sondern daß auch eine grundsätzliche Aenderung des Etats möglich ist. Die Herrschaften, welche sich mit den Gemeindehaushaltsplänen zu beschäftigen haben, werden sicherlich darüber unterrichtet sein, daß auch vom Städtetag derartige Anregungen in letzter Zeit ausgegangen sind. Da sind es namentlich die Anregungen des früheren Beigeordneten Bucerius von Essen, die meiner Meinung nach außerordentlich wertvolle Fingerzeige für eine Vereinfachung und Vereinfachung der Etats bieten. Uns in den Gemeindeverwaltungen kommt es sehr darauf an, daß die Etats, die wir aufstellen, auch eine gewisse Vergleichbarkeit haben. Diese Vergleichbarkeit interkommunaler Art muß auch auf die Provinz ausgedehnt werden können. Ich würde es begrüßen, wenn die Provinz, die in dieser Beziehung wirklich vorbildlich bei der Aufstellung der Etats sein könnte, sich diesen Anregungen nicht verschließen wollte, sondern möglichst Hand in Hand mit der Städtevertretung hier ein Schema der Etatsaufstellung suchen würde, welches den Anforderungen gerecht wird, die wir stellen müssen: eine möglichst knappe Uebersicht, einfache und klare Gestaltung des Etats.

Eins haben wir allerdings bei den bisherigen und auch den früheren Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns vermißt. Wesentlich wichtiger als eine Vermögensübersicht, wie sie jetzt die Provinzialverwaltung uns gibt, ist meiner Meinung nach ein Bericht über den augenblicklichen Stand der Verwaltungsgeschäfte. Nach den Städteordnungen ist der Bürgermeister verpflichtet, über den Stand der Gemeindeangelegenheiten, d. h. über die laufende Verwaltung, bei den Etatsberatungen einen Bericht zu geben. Das ist das Fundament für die Beschlußfassung auch über den neuen Etat. Denn ich kann selbstverständlich den Etat für das neue Rechnungsjahr dann viel besser aufstellen, wenn ich weiß, wie im Augenblicke die Verhältnisse liegen. Da ist bisher hier etwas im Dunkeln gearbeitet worden. So haben wir gestern über einen sehr wesentlichen Punkt des Etats, der uns außerordentlich belastet, fast gar nichts gehört, und auch im Haushaltsplan kommt dieser Posten — es sind die  $14\frac{3}{4}$  Millionen Mark Defizit aus dem Jahre 1920 — nur in schüchternen und dabei unklarer Weise zum Ausdruck. Wir möchten bitten, uns in Zukunft über den Lauf und den Gang der Verwaltungsmaschine, der Verwaltungsgeschäfte, bei der Etatsberatung einen Ueberblick, einen Bericht zu geben. Wir begrüßen es, daß eben der Herr Landeshauptmann erklärt hat, daß in Zukunft der Etat wieder zeitig herausgegeben werden soll, denn das ist unbedingt erforderlich. Die

Gemeindeverwaltungen — Land- und Stadtkreise — sind doch im wesentlichen darauf angewiesen, zu wissen: Was wird nun die Provinz in dem kommenden Jahre von uns verlangen? (Sehr richtig! rechts.) Die Provinzialsteuern steigen von Jahr zu Jahr. Früher verhältnismäßig unwesentliche Posten, bilden sie jetzt ein ansehnliches Stück der städtischen Belastung. Da müssen die Gemeindeverwaltungen darauf halten, daß ihnen die von der Provinz geforderten Summen, die sicherlich außerordentlich zu Buche schlagen, zeitig mitgeteilt werden. Das ist nur möglich, wenn in Zukunft wieder, wie früher, der Haushaltsplan der Provinz vor Ende des Rechnungsjahres erledigt wird. Wir haben deshalb den dringenden Wunsch und möchten ihn auch hier unterstreichen, daß in Zukunft der Provinzialausschuß möglichst am Anfange des Jahres, etwa im Januar, oder vielleicht auch schon im Dezember, den Etat vorberät, und daß später, etwa Anfang März, der Provinziallandtag mit dem Etat beschäftigt wird. Nach den Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns von gestern, wonach er jetzt doch auch wieder festeren Boden unter den Füßen fühlt, wird das doch sicherlich möglich sein; denn die Verhältnisse haben sich ja trotz aller schwankenden Zeiten erfreulicherweise etwas konsolidiert, daß wir in Zukunft wieder in eine richtige Rechnungs- und Wirtschaftsführung auch in der öffentlichen Wirtschaft eintreten können.

Meine Damen und Herren! Ich habe mir sagen lassen, daß die Aufstellung des diesjährigen Haushaltsplans mit den beiden Berichten einen außerordentlichen Aufwand verursacht hat: Auf den Kopf des Landtagsabgeordneten fallen für diese Druckfachen nicht weniger als 336 Mark. Meine Damen und Herren! Das gibt uns sicherlich doch auch einen Fingerzeig, daß wir auch in der Drucklegung so einfach wie möglich sind (Sehr richtig!) und nur das drucken, was wirklich druckwürdig ist. Da muß ich auf die jetzige Art der Aufstellung der „Verhandlungen“ der einzelnen Provinziallandtage eingehen. Meine Damen und Herren! Diese Zusammenstellung ist ein wertvolles Material. Sie enthält nicht nur einen kurzen Bericht über die Verhandlungen, sondern auch die wesentlichen Vorlagen, die im Landtag zur Verhandlung gekommen sind. Ich möchte nun anregen, daß nicht nur die Vorlagen des Provinzialausschusses, sondern auch diejenigen Anträge aus dem Hause, die wirklich zur Beschlußfassung gekommen sind, in Zukunft mit aufgenommen werden. Denn diese Zusammenstellung soll für uns Abgeordnete das Nachschlagematerial sein, woraus wir uns unterrichten können, was in den Vorlandtagen geschehen ist. Wenn das aber geschieht, dann möchte ich unser Präsidium bitten, sich in Zukunft auch der Fassung der kurzen Niederschriften über die Verhandlungen anzunehmen. So wie sie jetzt aufgestellt sind, sind sie wirklich nicht druckwürdig; die können wir nicht so aufnehmen. In wildem Durcheinander geht es da mit direkter und indirekter Rede. Unwesentliches wird aufgenommen und Wesentliches vergessen. Ich möchte das Präsidium bitten, sich auch nach der stilistischen Seite hin dieser kurzen Niederschriften etwas anzunehmen, damit man sich ihrer nachher, wenn man sie liest, vom Schulstandpunkte aus nicht zu schämen braucht.

Daß wir die stenographischen Berichte weiter veröffentlichen und festlegen, ist nicht zu vermeiden und allseits erwünscht, obwohl damit natürlich nicht gesagt werden soll, daß alles, was nun darinsteht, wirklich Ewigkeitswert hat. (Heiterkeit.)

Meine verehrten Damen und Herren! Dann möchte ich zur materiellen Seite des Etats kommen. Nach dieser Richtung ist hier nicht viel zu sagen. Ich glaube, es wird auch den Kommissionen nicht gelingen, viel an den Positionen, die hier aufgestellt und vom Provinzialausschuß bewilligt worden sind, zu ändern. Aber einige Wünsche haben wir doch. Selbstverständlich müssen wir uns Selbstbescheidung auferlegen. Die vielen Wünsche, die wir von allen Richtungen und Bänken des Hauses in sozialer, in hygienischer, in wirtschaftlicher, in kultureller

Beziehung haben, können wir leider Gottes nicht erfüllen, so gerne wir es auch möchten. Da möchte ich die Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns von gestern unterstreichen: Wenn derartige Wünsche vorgebracht werden, dann darf es nicht geschehen, ohne daß man sich über die Deckungsfrage im klaren ist, und wenn irgendwelche Zweifel in der Deckungsfrage sind, dann möchte ich doch bitten, daß die Sachausschüsse sich bescheiden und die Angelegenheit zunächst dem Provinzialausschuß zur Prüfung nach der finanziellen Seite hin übergeben.

In materieller Beziehung möchten wir zu dem Straßenbau, im Anschluß an die Bemerkungen des Herrn Kollegen Heß, auch unsere Auffassung zum Ausdruck bringen. Auch wir begrüßen es, daß endlich die systematische Zerstörung der Straßen, über die wir in den letzten Jahren zu Klagen hatten, unterbunden worden ist. Unserer Meinung nach viel zu spät. Die Herren Demobilisierungskommissare, die sich für befugt hielten, hier zu sprechen, hätten viel früher eingreifen können und müssen. Das wirtschaftliche Leben wäre dadurch in keiner Weise gestört worden. Freilich ist es nun geschehen, und wir haben in dem Straßenbau bei der Provinz — ich muß das namentlich auch für meinen bisher außerordentlich notleidenden Stadtkreis anerkennen — wieder einigermaßen erträgliche Zustände bekommen. Nun kommt aber die Besetzung mit ihren großen Belastungen und mit ihren starken Eingriffen in die Straßen und ihren großen Anforderungen an die Wiederherstellung der Straßen. Wir haben den selbstverständlichen Anspruch gegenüber dem Reich erhoben, daß diese Schäden der Provinz ersetzt werden. Wenn ich richtig unterrichtet bin, waren im Jahre 1919 für diese vom Reich 8,5 Millionen Mark gefordert worden. Im Jahre 1920 sind 8 Millionen Mark gefordert worden, und in dem diesjährigen Etat steht sogar ein Betrag von 13 Millionen Mark. Wenn ich ferner richtig unterrichtet bin, sind von den Beträgen von 8,5 Millionen im Jahre 1919 nur stark 5 Millionen Mark eingekommen. Der Rest ist noch immer in der Schwebe. Im Jahre 1920 ist von dem Vertreter des Reichsinteresses, der hier heute schon so freundliches Interesse gefunden hat, Einspruch gegen die Zahlung erhoben worden, und die Zahlung ist noch nicht erfolgt. Ich folge da durchaus der Anschauung von Herrn Kollegen Haas, daß wir gegen diese hyperfiskalische Auffassung des Vertreters des Reichsinteresses auf das entschiedenste Verwahrung einlegen müssen. Das hat allerdings mit „Reichstreue“ gar nichts zu tun (Zustimmung rechts) — ich meine, davon sprechen wir bei derartigen wirtschaftlichen Dingen am besten nicht —, sondern es ist eine wirtschaftliche Forderung, die uns in unseren selbstverständlichen vaterländischen Gefühlen überhaupt nicht tangieren kann. Aber wir verlangen es, weil es richtig ist, weil es uns zukommt.

Ich habe in diesem Zusammenhang auch im Auftrage meiner Freunde hier vor der breiten Öffentlichkeit lebhafteste Klage darüber zu führen, daß dieser Vertreter des Reichsinteresses die wirtschaftliche und die seelische Not unseres Rheinlandes nicht in der richtigen Weise würdigt. Sonst könnte er sich nicht so kategorisch ablehnend den Forderungen nicht nur der Provinz, sondern auch den Gemeinden und Einzelpersonen gegenüber verhalten. Ich habe hier ein ziemlich zahlreiches und außerordentlich schwerwiegendes Material; ich will es hier nicht vortragen, weil es Sie ermüden würde. Es geht schon aus der Ablehnung der Provinzialforderungen hervor, daß die Auffassung des Vertreters des Reichsinteresses von seiner Stellung nicht die richtige ist. Das Reichswirtschaftsgericht wird natürlich nachher darüber judizierend entscheiden, und dessen Stellung ist nicht anzugreifen. Aber die Stellung des Reichskommissars ist anzugreifen, und ich möchte sowohl die Provinzialverwaltung wie die Herren Abgeordneten des Reichstags bitten, beim Reichsschatzministerium in Berlin dahin vorstellig zu werden, daß diese übertrieben fiskalische Stellungnahme des Vertreters des Reichsinteresses doch endlich einmal unterbleibt, denn



das muß selbstverständlich Bitterkeit auslösen. Ich erwarte auch, daß bezüglich der 13 Millionen Mark, die wir in diesem Jahr in den Etat eingesetzt haben, mit allem Nachdruck von der Provinzialverwaltung auf die Zahlung dieser Summe gehalten wird. Ich bin sogar der Meinung, daß es möglich sein muß, auch die 10 Millionen Mark wiederzubekommen, die wir im Jahre 1919 im Anleihewege zur Verbesserung der durch den Krieg und den Rücktransport sowie durch die Besatzung zerstörten Straßen verwandt haben. Es ist kürzlich auf Grund des § 1, Absatz 1 und 2, des Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz der gemeindliche Ausgleichsstock gegründet worden, der ja mit vielen Millionen dotiert ist. Es wird außerordentlich schwer sein, die verschiedenen Ansprüche, die gegen diesen Ausgleichsstock von Kommunen und Provinzen erhoben werden, zu befriedigen. Aber ich meine, wenn irgend ein Anspruch beachtenswert ist und darauf rechnen darf, aus diesem Ausgleichsstocke befriedigt zu werden, dann sind es die Aufwendungen der Provinz aus den eben mitgeteilten Anlässen. Ich möchte nur finanziell anheimgen, doch bei den Verhandlungen über die Aufteilung dieses Ausgleichsstockes die Interessen der Provinz in dem angeregten Sinne zu vertreten.

Meine verehrten Damen und Herren! Mit der provinziellen Straßenunterhaltung hängt organisch zusammen die Straßenunterhaltungsrente — ein für den Landeshauptmann sehr beliebtes Thema. Er hat sich bisher mit einer beneidenswerten Zähigkeit, die ich vom Standpunkte der Provinzialverwaltung durchaus verstehe, gegen die Anforderungen auf Erhöhung der Unterhaltungsrente gewehrt. Wie das Mädchen aus der Fremde kam ja in Friedenszeiten schon jedes Jahr der Antrag wieder. Aber Glück haben die Gemeinden bisher nicht damit gehabt. Nun glaubt die Provinzialverwaltung, mit einem juristischen Gutachten nicht unanfechtbarer Art diese Angelegenheit endgültig beerdigt zu haben. Ich glaube, das ist nicht der Fall. Der Herr Landeshauptmann mag in den Ruhestand gehen; diese Sache wird noch nicht in den Ruhestand gehen. (Zustimmung rechts.) Wenn es auch nicht zum Prozeß kommen sollte, den wir sicherlich vermeiden wollen, so glaube ich, muß, wenn auch nicht aus juristischen Gründen, so doch aus Billigkeitsgründen, diesen Gemeinden geholfen werden. (Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren! Der Provinzialetat für die Straßenunterhaltung hat sich vom Jahre 1918 bis zum Jahre 1920 von 6 Millionen Mark auf stark 55 Millionen Mark erhöht, also beinahe verzehnfacht. Die Renten, die die armen Vertragsgemeinden bekommen, betragen noch immer im Jahre nur stark 600 000 Mark. (Hört! Hört! rechts.) Es handelt sich hier also darum, diese Renten zu erhöhen. Der Herr Landeshauptmann hat gestern erklärt: Das kostet, wenn ich im gleichen Verhältnis bleibe, 7 Millionen Mark, und die kann ich nicht bezahlen. Meine Damen und Herren, ich glaube, die Provinz kann sie doch bezahlen, denn wenn ich richtig unterrichtet bin, kann die Provinz mit Sicherheit darauf rechnen, daß die persönlichen Dotationsrenten ganz wesentlich vermehrt werden (Abgeordneter Wallraf: Hört! Hört!), der wievielfache Betrag steht, glaube ich, noch nicht fest. Aber daß bei dieser Erhöhung doch etwa 18 Millionen Mark herauskommen werden, das halte ich nicht für zu hoch gegriffen. Selbstverständlich können diese Mittel nicht lediglich für den Zweck verwandt werden, den wir hier im Auge haben. Der wesentliche Teil muß dazu verwandt werden, die Provinzialsteuern zu ermäßigen. Aber ich glaube doch, daß es, wenn diese Erhöhung der Dotationsrenten wirklich zur Tat wird, es möglich sein wird, wenn auch nicht im ganzen Umfange, so doch in einem billigen Ausmaße die Anforderungen der Stadt- und Landkreise, welche bisher auf die Straßenunterhaltungsrente angewiesen sind, zu befriedigen. Ich weiß, dieser Punkt wird während der Tagung des Landtages noch einmal zur Sprache kommen. Herr Abgeordneter Dr. Saassen hat mir gestern einen Antrag gezeigt, worin

er auch mit Rücksicht auf die außerordentliche Notlage der Gemeinden hier diesen Ausgleich fordert. Ich glaube, die Mehrheit des Hauses wird sich den Anschauungen dieses Antrages anschließen. Ich möchte schon hier beim Etat dazu vorweg bemerken, daß es meiner Meinung nach auch vom finanziellen Standpunkte der Provinz aus erträglich ist, dem Antrage zu entsprechen.

Damit komme ich zur Deckungsfrage. Der Herr Abgeordnete Heß hat schon darauf hingewiesen, wie verzweifelt die Notlage der Provinzen ist, und auch der Herr Landeshauptmann hat das bestätigt und gefordert oder wenigstens gewünscht, daß die Provinzen endlich auf eigene Steuerfüße gestellt werden. Meine Damen und Herren, das ist eine Forderung, die wir immer und immer wieder erheben müssen. Es ist auf die Dauer unerträglich, daß die Provinz der lästige Kostgänger der einzelnen Gemeinde bleibt. Sie muß bei der reinlichen Trennung der Steuerdomänen zwischen Reich, Staat und Kommunalverbänden eine eigene und möglichst ausreichende Weide für sich bekommen. Das muß das Ziel sein. Diese Abgrenzung zu treffen, wird außerordentlich schwierig sein. Man hat sich in Berlin schon wiederholt die Köpfe darüber zerbrochen. Das Reich hat natürlich die Tendenz, alles unter seinem Steuerdach zusammenzufassen. Aber auch mit dieser Zusammenfassung hat das Reich schon sein Kreuz zu tragen, und ich glaube, auch bei den Reichsbehörden ist der Wunsch und Wille vorhanden, eine derartige reinliche Scheidung vorzunehmen, wie sie vorgenommen werden soll. Welche einzelnen Steuergebiete der Provinz eigens übertragen werden können, darüber wollen und können wir uns heute nicht unterhalten; denn die Dinge sind noch zu unklar. Aber das Ziel muß uns unbedingt vor Augen stehen. Denn, meine Herrschaften, so geht es nicht weiter, daß die Provinz einfach ihre Bedürfnisse auf die Stadt- und Landkreise ihres Gebiets umlegt. Das drängt tatsächlich einzelne Kommunalverwaltungen zu Verzweiflungstaten steuerlicher Erdrosselung, die wirtschaftlich nicht zu verantworten sind.

Der Ausweg, der jetzt gefunden worden ist, um eine provisorische erträgliche Regelung zu finden, wird hoffentlich auch die Zustimmung des Landtages finden. Der § 25 des Provinzialabgabengesetzes soll dahin geändert werden, daß insoweit, als die Ueberweisungen aus der Reichseinkommen-, Not- und Körperschaftsteuer sowie die sonstigen Einnahmen der Provinz ihren Bedarf nicht decken, der Fehlbetrag auf die einzelnen Stadt- und Landkreise als Provinzialabgabe zu verteilen ist, und daß als Maßstab der Verteilung nicht allein die Realsteuern dienen sollen — denn das würde vollkommen unerträglich; ich habe im vorigen Jahre bereits darauf hingewiesen —, sondern daß nach einem Doppelmaßstab verteilt werden soll: zur Hälfte nach der Einkommensteuer und zur anderen Hälfte nach dem Soll der staatlich veranlagten Realsteuern. Diese Abänderung des Kommunal- und Provinzialabgabengesetzes ist nur ein Flickwerk und provisorisches Notgesetz. Sie ist aber für die Gemeinden von allergrößter Bedeutung und Wichtigkeit. Deshalb möchte ich auch hier die Bitte an die Vertreter der Parteien im Landtag richten — und das liegt auch unbedingt im Interesse der Provinz —, dafür zu sorgen, daß dieses Notgesetz möglichst schnell unter Dach und Fach kommt. Dann wird die Provinz auch ihre diesjährige Steuerverteilung vornehmen können.

Meine Damen und Herren! Daß der Fonds für wiederkehrende Hochbauten in diesem Jahr verschwunden ist, begrüßen wir. Das entspricht der Anregung, die wir bei der letztjährigen Etatsberatung bereits gegeben haben.

Meine Damen und Herren! Das sind im wesentlichen die Punkte materieller und formeller Art, auf deren Betonung meine Freunde bei dieser Generaldebatte Wert legten. Ich habe aber das Bedürfnis, im Anschluß daran und auch im Anschluß an die Worte, die Herr Heß eben in der rheinischen und vaterländischen Frage an uns gerichtet hat, das zu sagen, was wir auf

dem Herzen haben. Ich möchte namens meiner Freunde dem Gefühl Ausdruck geben, das uns, glaube ich, alle ohne Ausnahme bei unserem ganzen Handeln, bei unserem ganzen Fühlen und unserem ganzen Denken befeelt und beherrscht, dem bitteren Gefühl, daß uns hier im Rheinlande ein Unrecht sondergleichen geschieht. Die sogenannten Sanktionen, die der Bund unserer Kriegsfeinde uns auferlegt hat, und deren Aufhebung trotz der Annahme des Ultimatums nicht erfolgt ist, lasten mit bleiernem, unerträglichem Drucke auf unserem Lande. Wir empfinden sie als allem Völkerrecht, allen Verträgen und allen Gesetzen widersprechend. (Lebhafte Zustimmung.) Die Zolltrennung, die man durch rheinisches, durch deutsches Land gezogen hat, die wirtschaftlich für unsere Provinz von dem größten Unheil ist, widerspricht durchaus den grundlegenden Bestimmungen des Artikels 270 des Versailler Friedensvertrages. (Zustimmung.) Die Besatzungslast, die namentlich auch uns in den neu besetzten Städten, für die ich sprechen darf, beschert ist, ist auf die Dauer unerträglich. Sie kann nur dazu dienen, die Erfüllung des Friedensvertrages zu verhindern. (Zustimmung.) Wir haben in der letzten Tagung des Landtages vor aller Welt Verwahrung gegen diese Sanktionen eingelegt. Dieser Protest ist ergebnislos verhallt. Aber das hindert uns nicht, nein, es macht es uns zur Pflicht, heute diese Verwahrung vor aller Welt zu wiederholen. Die Rheinprovinz ist gewillt — denn sie muß —, auch diese schweren Lasten zu tragen, in dem Bewußtsein: Sie trägt sie für unser großes deutsches Vaterland, sie trägt diese Last für die untrennbare deutsche Volksgemeinschaft. (Beifall.) Mehr noch als das Glück wird uns die Not das Gefühl stärken und stählen, daß wir zusammengehören, Hand zu Hand und Herz zu Herz. (Beifall.) Auch die Rheinlande werden einmal wieder lichtere Zeiten sehen; den Glauben lassen wir uns nicht nehmen. Zu diesem Ziele sind wir verpflichtet, im Landtage zu arbeiten. Wenn wir diese Aufgabe richtig erfüllen wollen, meine verehrten Damen und Herren — ich richte hier einen von Herzen kommenden Appell an Sie alle von links bis rechts —, so lassen Sie uns doch endlich das Trennende einmal vergessen. (Abgeordneter Knab: Das könnte Ihnen so passen!) Wir für unseren Teil können das Trennende vergessen; wenn Sie es nicht können, tun Sie mir leid. (Abgeordneter Melich: Das wollen wir nicht, mit Ihnen nicht!) Das Einigende wollen wir betonen. (Abgeordneter Melich: Machen Sie mal den Anfang!) Wir wollen auch — lieber Herr Kollege, ich kenne Ihren Namen nicht — die Anschauungen eines jeden, wenn sie ehrlich geäußert und anständig vertreten werden, achten. Wenn wir so arbeiten, meine verehrten Damen und Herren, dann wird unsere rheinische Bevölkerung in unserem Provinziallandtag mit Vertrauen den würdigen Sachwalter rheinischer und vaterländischer Belange sehen. (Lauter Beifall.)

Vorsitzender Gielen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Haas.

Abgeordneter Haas: Meine Damen und Herren! Ich möchte da anfangen, wo Herr Kollege Jarres aufgehört hat. Wenn er den Appell an uns gerichtet hat, wir möchten alles Trennende vergessen und nur das Einigende in den Vordergrund stellen, so bin ich mit ihm der Meinung, daß das in der Frage, die er zuletzt behandelt hat, möglich ist. (Bravo! rechts.) Das schließt natürlich nicht aus, daß wir in anderen Fragen in unseren Meinungen auseinandergehen. (Abgeordneter Dr. Jarres: Selbstverständlich.) Ich unterschreibe vollkommen das, was die Herren Kollegen Heß und Jarres in dieser Frage gesagt haben. Auch ich wollte meine Rede mit dieser für die Rheinlande außergewöhnlich wichtigen Frage beginnen. Die Kollegen haben schon auf die politischen Folgen hingewiesen. Ich habe hier einen Artikel aus dem Berliner Tageblatt vor mir liegen, worin von einem rheinischen Abgeordneten die wirtschaftlichen Folgen behandelt werden, die als Folgeerscheinungen der Zollgrenze und der Sanktionen eingetreten sind. Da muß ich schon sagen: So stark der Handel, so stark auch unser ganzes industrielles Leben leidet, am stärksten

macht sich aber die Auswirkung der Zollgrenze und der Sanktionen bei den Arbeitern bemerkbar. (Sehr richtig! links.) Bei denjenigen, die eben schon an und für sich nur auf das tägliche, ziemlich kleine Einkommen angewiesen sind, die also die wirtschaftlich Schwachen darstellen, muß sich naturnotwendig eine derartige Maßnahme am stärksten auswirken. (Abgeordneter Gerlach: Sehr wahr!) Es wird hier dargelegt, wie stark die Zahl der Streckstunden, also der Feierstunden speziell hier in Düsseldorf in den Monaten Januar, Februar, März und April dieses Jahres gewesen ist. Da sieht man, daß im Januar nur 3208 Stunden gefeiert wurde, im Februar 20275, im März aber 35695 und dann im April 90799. (Hört, hört! links.) Ich habe ebenfalls die Zahlen über den Güterverkehr im Düsseldorfer Hafen vor mir liegen. Da sehen wir, daß im Januar d. J. der Schiffsgüterumschlag — ich nenne runde Zahlen — 74000 t, im Februar 50000, dann ging er zurück im März auf 28000, im April 36000 und im Mai auf nur 25000. (Hört, hört!) Ähnliche Ziffern sind auch über den Eisenbahnwagengüterumschlag angegeben. Wir sehen also, ganz gleich, wohin wir blicken, daß die wirtschaftlichen Folgen der Maßnahmen der Entente das rheinische Volk ungeheuerlich treffen. Deutschland hat den Krieg verloren, Deutschland hat den Versailler Friedensvertrag unterschrieben, Deutschland hat das Ultimatum von London angenommen, aber was in der Welt berechtigt die Entente, gegen die Rheinlande derartige Maßnahmen zu ergreifen? (Sehr richtig!) Meine Damen und Herren! Wir haben alle Ursache, dagegen schärfsten Protest einzulegen. Ich als Sozialdemokrat, der ich von jeher auf dem Standpunkt des Völkerfriedens und eines wahren Völkerbundes gestanden habe, muß sagen: Ich habe noch niemals gefunden, daß in den Rheinlanden ein solcher Haß großgezogen worden ist, wie er augenblicklich großgezogen wird durch die Maßnahmen der Entente. (Lebhafte Zustimmung.) Den Völkerhaß, den man jetzt großzieht, wird man unter Umständen in Jahrzehnten nicht mehr bannen können. (Zuruf Knab: Den helfen Sie aber mit großziehen!) Das ist der größte Schaden, der entsteht. Ich habe Gelegenheit gehabt, die Transportzüge der Truppen der Entente nach Düsseldorf, Duisburg, Ruhrort usw. zu beobachten, weil ich in der Nähe des Bahngleises in Köln wohne, und muß sagen: Die kleinsten Kinder haben heute schon einen Haß gegen die französischen Soldaten. (Sehr richtig!) Wenn wir überhaupt jemals zu einem Völkerfrieden kommen wollen, müssen wir bei unserer Jugend anfangen. (Zuruf Melich: Wie war es denn 1914?) Ich weiß nicht, warum Sie mich unterbrechen. (Zuruf Melich: Halten Sie doch Ihre Statsrede!)

Vorsitzender Gielen: Ich bitte, den Herrn Redner nicht fortwährend zu unterbrechen.

Abgeordneter Haas (fortfahrend): Herr Kollege Melich, mit Ihnen zu diskutieren, halte ich gewissermaßen ein klein wenig unter meiner Würde. (Lautes Bravo!)

Man kann darüber, ob man den wahren Völkerfrieden auf diesem oder jenem Wege am besten erreicht, geteilter Meinung sein. Aber das eine steht doch wohl fest: Wollen wir wirklich einen Völkerfrieden erreichen, dann müssen solche Maßnahmen, die nur dem Völkerhaß dienen, möglichst bald aus der Welt geräumt werden. (Zustimmung.)

Berehrte Anwesende! Ich komme dann zu der Bedeutung des diesmaligen Landtages der Rheinprovinz. Schon in den Eröffnungsreden, die hier gehalten worden sind, ist gesagt worden, daß die diesmalige Tagung sich mit außergewöhnlich wichtigen Sachen zu befassen hat. Ich will nur kurz auf die Erweiterung der Selbstständigkeitsrechte der Provinzen hinweisen. Ich tue das beim Stat, weil ich weiß, daß in den letzten Tagen, wenn das Parlament auseinandergehen will, in allen Parlamenten und auch hier mit einer wahren Fügigkeit gearbeitet wird,

indem die Berichterstatter nur einige Worte sagen und dann die Anträge, Entschlüsse usw., die in den Kommissionen fertiggestellt worden sind, angenommen werden. Bezüglich der Wichtigkeit und Bedeutung der heutigen Tagung erinnere ich weiter an die Gutachten, die wir über die beiden großen Eingemeindungen abzugeben haben, worunter besonders eine Eingemeindung von Provinz zu Provinz vorzunehmen ist, dann an die Wahl des Landeshauptmannes und gleichzeitig an die Wahl, die der Provinzialausschuß während dieser Tagung vorzunehmen hat, an die Wahl der Reichsratsmitglieder, eines Vertreters und eines Stellvertreters. Wir haben bei der letzten Tagung hier im Plenum die Wahl zum Staatsrat vorgenommen. Das sind alles Anzeichen dafür, daß sich die Provinzialverwaltungen und auch die Provinzialparlamente zu einer größeren Bedeutung auswachsen. (Sehr richtig!) Ich bin fest überzeugt, ob man will oder nicht, man wird diesen Strom, diese Zeitereignisse nicht aufhalten können; sie werden sich durchsetzen, und sie werden sich nach meinem Dafürhalten, wenn wir diesen Strom ins richtige Bett zu leiten verstehen, auch zum Segen der Rheinlande durchsetzen können. Man kann aus diesen Gründen über die Erweiterung der Selbstständigkeitsrechte der Provinzen denken, wie man will. In dem Augenblicke, wo die Provinzialverwaltung und das Provinzialparlament an Bedeutung wächst, habe ich die Hoffnung, daß wir damit immer mehr und mehr den sogenannten Loslösungsbestrebungen das Wasser abgraben. (Zustimmung rechts und links.) Dieser Gedanke der Loslösung der Rheinlande spukt ja noch immer in einzelnen Köpfen oder in einzelnen kleineren Bezirken der Rheinlande. (Zuruf Falk: Das sind aber keine Köpfe!) Herr Kollege Falk mag recht haben: es sind keine Köpfe in dem Sinne, wie er es meint. Aber das eine steht fest: der Gedanke ist hier und da noch vorhanden, und ich bin der Meinung, wir müssen alles tun, um ihn restlos zu beseitigen.

Ich komme mit wenigen Worten auf die sogenannte Sperrfrist im Artikel 18 der Reichsverfassung zurück, die ja im August d. Js. abläuft. Ich stelle mich da vollkommen auf den Boden der Parteiführer, die in Königswinter zusammen waren und dort gesagt haben: Wir müssen alles tun, um überhaupt eine Abstimmung während der Besatzung zu verhindern. (Sehr richtig!) Ich gehe mit diesen Parteiführern, die ja fast allen Parteien angehörten, einig und bedauere nur, daß tatsächlich die größte Partei des Rheinlandes im Reichstage vorläufig nur bereit ist, diese Sperrfrist auf ein Jahr zu verlängern. (Hört! Hört! links.) Ich bedauere das lebhaft, weil ich mir sage: Dieses Damoklesschwert über den Häuptern der Rheinländer sollte möglichst bald ganz beseitigt werden. (Sehr richtig. Zuruf Knab: Aber das Reichsschulgesetz! Heiterkeit.) Meine Damen und Herren, wie weit Herr Kollege Knab auf dem richtigen Wege ist, will ich im einzelnen nicht untersuchen. Aber ich muß doch sagen, die Ausführungen, die Herr Kollege Heß heute morgen zur Einleitung seines Vortrages gemacht hat, die die Tendenz gegen Berlin hatten, die gewissermaßen auf denselben Reisten zu bringen waren wie die Broschüre: „Los von Berlin!“, die, wenn auch nicht in demselben Maße, aber doch stark sich gegen die Spitzen in Berlin richtete, haben mir doch auch allerhand Gedanken auf diesem Gebiete eingegeben, und ich hätte auch gewünscht, sie wären in der Form nicht gefallen, genau so, wie Herr Kollege Jarres das schon bedauerte. Ich bin der Auffassung, daß ganz besonders Herr Kollege Heß und seine Parteifreunde im letzten Jahre doch im weitesten Maße Gelegenheit hatten, in Berlin auf die Regierungsstellen des Reiches einzuwirken (Abgeordneter Gerlach: Sehr gut!) und jetzt nicht allein im Reich, sondern auch in Preußen. (Sehr richtig!) Also, Herr Kollege Heß, ich glaube, daß allein aus diesen Gründen schon diese Anklagerede in dieser Form hier nicht notwendig gewesen wäre.

Meine Damen und Herren! Bedauerlich finde ich es vor allen Dingen auch, daß man auch einzelne Arbeiter hat, die sich zu der alleräußersten Linken zählen, die ebenfalls diesen Loslösungsbestrebungen nicht ganz fernstehen. (Abgeordneter Gerlach: Hört! Hört!) Ich weiß, daß offiziell die kommunistische Partei damit nicht einverstanden ist. Aber sie hätte sicher auch alle Ursache, scharf gegen derartige Ansichten in ihren Reihen aufzutreten und sie zurückzuweisen. (Zuruf Melich: Das ist längst geschehen!) Aber oftmals kommt es mir vor, als ob Sie etwas schneller vorgehen könnten. (Zuruf: Paul Müller, Hamburg!) Ich erinnere nur an die Dinge, die sich im März d. Js. in Moers abgepielt haben (Abgeordneter Gerlach: Sehr gut!), die Presse hat ja schon daran erinnert, daß wir auf den Platz des Kollegen Zimmer, der ja als ewiger Krüppel hier in unserer Mitte weilte, einen Blumenstrauß gesetzt haben. Da haben wir gesehen, daß diejenigen, die damals auf Grund dieser Vorkommnisse verhaftet worden sind, von der französischen Besatzung in dem Augenblicke wieder freigelassen wurden, wo Dortens rechte Hand, der Loslösungsmann Smeets, sich dafür einsetzte. (Zuruf: Ist Syndikalist!) Ich habe hier die Erklärung eines solchen Verhafteten vor mir liegen. Da sagt der Verhaftete, wie er frei ist, ausdrücklich: „Tatsache ist, daß durch das Eingreifen des Herrn Smeets, Köln, die Opfer des Kommunistenputsches bis auf einen kleinen Teil heute wieder bei ihren Familien sind“. (Abgeordneter Gerlach: Hört! Hört!) Sie sehen also, daß doch Verbindungen bestehen zwischen diesen Herrschaften und einer, wenn auch kleinen Anzahl von Arbeitern. Das müssen wir als Arbeiter bedauern, und wir müssen alles versuchen, um da Aufklärung zu schaffen. (Bravo! links.) Das ist auch in einer Konferenz in Bonn, worüber mir ebenfalls ein Zeitungsartikel aus der Sozialistischen Republik vorliegt, deutlich zum Ausdruck gekommen; auf dieser Konferenz waren kommunistische Arbeiter zugegen und haben dazu gesprochen.

Ich darf für meine Parteifreunde kurz sagen: Wir sind nach wie vor scharfe Anhänger des Gedankens eines großen deutschen Einheitsstaates. (Abgeordneter Gerlach: Sehr richtig!) Wir wollen dabei Preußen durchaus nicht eher aufgeben, bis auch die süddeutschen Staaten aufgegeben werden. Aber wir sind doch der Meinung, daß durch eine größere Selbständigkeit der Provinzen ein Schritt getan werden kann, um schließlich diesem großen Gedanken näherzukommen. Dabei betone ich aber ausdrücklich, daß wir nicht glauben, daß man jetzt schon den Gesetzentwurf über die Selbstständigkeitsrechte der Provinzen, den uns die Regierung vorgelegt hat, in seiner heutigen Fassung ohne weiteres guthießen kann, sondern wir sind der Meinung, daß erst das Werk der großen organischen Aufbauarbeit unserer ganzen Verfassung getan werden muß. Wir haben die Landgemeindeordnung, die Städteordnung, die Kreisordnung, die Provinzialordnung und die sonstigen Provinzialgesetze; dadurch muß sich meiner Ueberzeugung nach erst der Weg freizeigen, der notwendig ist, um den Provinzen größere Selbständigkeit zu bieten.

Meine Damen und Herren! Zum Etat selbst möchte ich vor allen Dingen einige Vergleiche zwischen dem letzten Friedensjahre und jetzt ziehen. Meine Vorredner haben das vermieden. Aber Sie müssen folgendes bedenken: Meine Parteifreunde und auch die Mitglieder der übrigen Linken sind neu hier im Hause. Wir sind der Meinung, daß der größte Teil der rheinischen Bevölkerung sich von dem Provinzialparlament, der Provinzialverwaltung usw. bisher überhaupt noch einen sehr geringen und schlechten Begriff machen konnte. (Sehr richtig!) Deshalb ist es notwendig, daß wir versuchen, das in unserer arbeiter-volkstümlichen Art etwas näher auseinander zu legen, als es vorhin Herr Kollege Jarres hier getan hat. Ich will vor allen Dingen darauf hinweisen, daß im letzten Friedensetat 1913 aus eigenen Einnahmen 19 Millionen standen. 1921 sind es 176 Millionen. An Zuschüssen aus Provinzialmitteln waren

1913 rund 20 Millionen im Etat; 1921 sind es 150 Millionen. Die gesamten Ausgaben betragen 1913 39 Millionen und 1921 326 Millionen.

Das Jahr 1913 war ein Jubiläumsjahr, und man hat hier viele, viele Reden gehalten, die auf das Jubiläum Wilhelms II. hinwiesen. Ich bin überzeugt davon, wenn die Abgeordneten des rheinischen Provinziallandtages hier diese Reden heute im Stenogramm noch einmal nachlesen, so werden Sie mit mir der Meinung sein, daß vieles, vieles von dem, was damals gesagt worden ist, nicht richtig war und daß dies heute sogar zum Teil von denjenigen anerkannt werden muß, die damals die Reden gehalten haben.

Auch einige wenige Zahlen über die Ausgaben für den Straßenbau, der ja von den Kollegen Jarres und Heß besprochen worden ist. Da haben wir im Jahre 1913 für Provinzialaufwendungen die Summe von rund  $4\frac{1}{2}$  Millionen Mark. Im Jahre 1921 haben wir 49 Millionen im Etat stehen. Die gesamten Ausgaben für Straßenbauten betragen 1913 noch nicht ganz 8 Millionen, jetzt betragen sie 66 Millionen. Damit ist bewiesen, daß das, was Herr Kollege Jarres gesagt hat, vollkommen richtig ist, wenn er sagt: Es ist unbedingt notwendig, daß das Reich das, was beim Straßenverbrauch auf seine Lasten geht, auch möglichst bald der Provinz ersetzt. Ich glaube, daß wir alle Ursache haben, seitens des Provinziallandtages diese Forderung recht deutlich beim Reich zu erheben, damit wir auch nach der Richtung hin zu unserem Rechte kommen.

Meine Damen und Herren! Die Aufwendungen für Straßen sind aber meiner Auffassung nach auch sehr ungleich zwischen Stadt und Land verteilt. Wenn man die Straßenausgaben in unserem ganzen Etat durchsieht, kommt man zu der Ueberzeugung, daß auf Grund der Umlegung auf die Realsteuern die Stadtgemeinden den weitaus größten Löwenanteil an den Lasten der Straßenbauten tragen müssen. Das scheint mir in mancher Beziehung nicht vollständig gerechtfertigt zu sein, besonders, wenn man bedenkt, daß überhaupt die Lastenverteilung zwischen Stadt und Land in der heutigen Zeit nicht mehr als gerecht angesehen werden kann. Wir haben in unserem Etat große Aufwendungen für landwirtschaftliche Zwecke stehen. Dabei ist uns vom Herrn Landeshauptmann im Provinzialausschuß gesagt worden, daß wir Verpflichtungen einzig und allein für die landwirtschaftlichen Winterschulen haben. Der Zuschuß für die landwirtschaftlichen Winterschulen soll nach dem Etatsvorschlage für jede Schule von 2500 auf 5000 Mark erhöht werden. Wir zahlen aber außerdem noch für landwirtschaftliche Schulen in Wittburg und Cleve 4500 Mark für jede Schule, wozu wir gar keine Verpflichtung haben. Der Herr Landeshauptmann hat uns gesagt, daß für Wittburg 22 500 Mark und für Cleve sogar 40 000 Mark gefordert würden. (Hört, hört! links.) Dabei kommt noch in Betracht, daß wir auch für das landwirtschaftliche Versuchsinstitut in Bonn 30 000 Mark in den Etat eingestellt haben. (Hört, hört!) Der Rheinische Bauernverein hat auf Grund dessen für sein Institut, das überhaupt in dem Etat nicht enthalten ist, nach den Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns im Provinzialausschuß den Antrag gestellt, ebenfalls 30 000 Mark zu erhalten. (Zuruf Gerlach: Der hat doch Geld genug!) Sie sehen also, daß nach der Richtung hin die Landwirtschaft große Forderungen an uns stellt und vor allen Dingen Forderungen, wozu wir nicht verpflichtet sind. Dabei trägt die Provinz ja auch noch die Ruhegehälter und Witwen- und Waisengelder für die ganzen landwirtschaftlichen Einrichtungen, wozu sie ebenfalls keine Verpflichtung hat. Meine Damen und Herren, ich bin der Auffassung, daß es eine Zeit gegeben hat, wo diese Forderungen einen Kern von Berechtigung hatten, wo diese Institute und Schulen aller Art unterstützt werden mußten. Aber ich bin heute der Meinung, daß jetzt die

rheinische Landwirtschaft so glänzend steht, daß man sich doch fragen muß, ob wir die Landwirtschaft noch weiterhin mit derartigen Zuschüssen bedenken können. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Die rheinische Landwirtschaft steht, genau wie die Landwirtschaft in ganz Deutschland, glänzend. (Abgeordneter Gerlach: Sehr wahr!) Sie hat im Kriege am meisten verdient, und jeder von uns weiß, daß sie jetzt bei der ziemlich vollständig freien Wirtschaft unstreitig noch viel mehr verdienen wird. (Zustimmung, Zuruf Bamberger: Und daß sie nicht viel Steuern zu zahlen braucht!) Gewiß, sie braucht nicht viel Steuern zu zahlen, weil sie auf Grund unserer ganzen Steuererhebung sich am leichtesten an den Steuern vorbeidrücken kann. (Sehr richtig! links.) Aus diesen Gründen bin ich der Ansicht, daß wir, wenn wir auch diesmal keine Abstriche machen, doch offen sagen müssen: Höher kann das Maß nicht gefüllt werden, auch in der Zukunft nicht. Wenn das geschehen sollte, würden tatsächlich die Städte ein viel größeres Recht haben, für ihre gewerblichen Schulen größere Forderungen zu stellen. (Zustimmung links.)

Behrte Anwesende! Ich muß in diesem Zusammenhang auf den Vertrag mit der Landwirtschaftskammer über die Winterschulen (Drucksache Nr. 21) etwas eingehen, besonders deshalb, weil ich zu meinem Erstaunen darin Bestimmungen finde, die den Geist unserer ganzen Provinzialverwaltung und ihrer sämtlichen Einrichtungen kennzeichnen. Dieser Geist muß meiner Ueberzeugung nach, wie ich dies schon bei der letzten Etatsrede gesagt habe, unbedingt anders werden. Ich hätte es nicht für möglich gehalten, daß man in landwirtschaftlichen Winterschulen, wo nur Menschen über 15 Jahre eingeschult werden können, die noch dazu, wie hier im § 12 steht, das Attest der Ortsbehörde über den unbefohlenen Leumund beibringen müssen, durch einen § 1 bestimmt: „Die sittliche und religiöse Erziehung der Schüler soll zugleich Gegenstand der Fürsorge sein“. (Hört, hört! links.) Meine Damen und Herren, im § 14 sagt man sogar noch etwas ganz anderes, da sagt man: Das Ortskuratorium soll darüber beschließen, ob der Religionsunterricht ein oder zwei Stunden dauern soll. Dann sagt man: „In diesem Falle ist der nach Maßgabe der kirchlichen Bestimmungen einzurichtende Unterricht für die Schüler der betreffenden Konfession obligatorisch“. (Hört, hört! links.) Das verstößt meiner Ueberzeugung nach gegen die Verfassung. (Zustimmung links.) Wenn ein Kind über 14 Jahre alt ist, hat es über seine Religionsangelegenheiten selbst zu bestimmen, und man hat durchaus kein Recht, nunmehr zu sagen: In der Schule soll obligatorisch für alle Kinder Religionsunterricht eingeführt werden. Man müßte vielmehr den heutigen Bestimmungen Rechnung tragen, indem man mindestens darauf hinweist, daß die Kinder das Recht haben, auf Grund ihrer Selbstbestimmung dem Religionsunterricht fernzubleiben. Meine Damen und Herren, ich bin grundsätzlich der Auffassung, daß man in landwirtschaftlichen Winterschulen bei Kindern über 15 Jahren Religionsunterricht nicht notwendig hat. Demjenigen, der glaubt, noch religiöse Erbauung notwendig zu haben, steht es ja zu jeder Zeit frei, die kirchlichen Einrichtungen — ob katholisch oder protestantisch — zu benutzen. Man sollte in einer solchen Fortbildungsschule überhaupt keinen Religionsunterricht erteilen. (Abgeordneter Bamberger: Das ist die romantische Vorstellung vom fröhlichen Landmann!) Ich muß dringend wünschen, daß in der Kommission, wo dieser Vertrag behandelt wird, auf meine Ausführungen Rücksicht genommen wird.

Wenn ich schon gesagt habe, daß man versuchen soll, in Zukunft etwas mehr an den Zuwendungen für die Landwirtschaft zu sparen, so komme ich damit überhaupt zu dem Thema, wie man Mehreinnahmen bei der Provinz schaffen könnte. Herr Kollege Heß hat ja schon auf den Ausbau der Landesbank und der Feuerversicherungsanstalt hingewiesen, ich will darauf nicht näher eingehen. Ich bin der Meinung, es wird in Zukunft notwendig sein, in weitestem



Maße diese Institutionen auszubauen, um dadurch größere Einnahmen zu schaffen. Nun aber zu einem anderen Kapitel aus dem Etat, den Einnahmen aus den Straßen. Ich habe eben über die hohen Ausgaben für die Straßen etwas gesagt, ich möchte nun auch einiges über die Einnahmen aus den Straßen sagen. Ich habe die Auffassung, daß man da wesentlich mehr herausholen könnte. Nach dem Etat von 1913 sind z. B. an Bruttoerlös aus Obstnutzungen 100 000 Mark herausgeholt worden. (Hört! Hört! links.) 1921 setzt man nur 500 000 Mark ein, also eine Steigerung um das Fünffache. Wer aber die Obstpreise von 1913 und 1920 miteinander vergleicht, wird mir zugeben, daß eine solch minimale Steigerung durchaus nicht berechtigt ist. Ich behaupte, daß man heute glatt das Zehnfache gegenüber 1913 herausholen kann. (Zustimmung.) Man ist so vorsichtig, daß man im Etat noch nicht einmal die Einnahme des letzten Jahres vorher eingesetzt hat, sondern im Jahre 1919 sind sogar schon 849 000 Mark eingenommen worden. Die Obstpreise sind aber weiter gestiegen. Trotzdem setzt man dieses Jahr nur 500 000 Mark ein. Ich behaupte weiter auf Grund meiner Kenntnis der Chausseen, daß unzählige Chausseen da sind, wo wir überhaupt keine Obstbäume, sondern nur andere Bäume haben, oder aber, wo man uralte Kirschbäume hat, die nur die ganz kleinen Steinkirschen hervorbringen. Da könnte man meiner Ueberzeugung nach überall Obstbäume pflanzen; in der Nähe der Dörfer und der kleinen Städte könnte man besseres Obst pflanzen und in der weiteren Entfernung dann minderwertigere Sorten. Dadurch würden wir Hunderttausende von Mark in Zukunft mehr einnehmen können, besonders wenn man die Obstverpachtungen frühzeitig vornimmt, damit derjenige, der pachtet, gleichzeitig auch das Interesse hat, auf sein Eigentum aufzupassen.

Ebenso ist es bei der Straßenverwaltung mit der Verpachtung des Grases an den Böschungen und Gräben. 1919 hat man schon über 29 000 Mark erzielt und 1921 bei den ungeheuer hohen Futtermittelpreisen setzt man nur 30 000 Mark ein. Für Chausseebäume, Abfallholz setzt man 1913 40 000 Mark ein und 1921 nur 90 000 Mark. Ich bin der Auffassung, daß auf Grund einer anderen Gestaltung wesentlich mehr an Einnahmen aus unseren ganzen Straßen herausgeholt werden kann.

Nun möchte ich ein Kapitel anschneiden, was ein sozialdemokratischer Redner nicht allzu gerne behandelt: Die Möglichkeit, Ersparnisse zu machen oder Mehreinnahmen zu erzielen bei unseren Beamten, Angestellten usw. Es ist heute hier schon gesagt worden, daß man alles tun muß, um die vorhandenen Arbeitskräfte voll zu beschäftigen. Ich hatte bei der näheren Durchsicht des Etats das Gefühl, daß wir manche Stellen haben, wo wir etwas reichlich mit Arbeitskräften gesegnet sind. Es kommt darauf an, da in einer Art zu sparen, daß keine Härten eintreten. Bei einer richtigen Durcharbeitung ist es möglich, überflüssige Arbeitskräfte an anderen Stellen unterzubringen oder aber nach und nach abzustößen, ohne daß man soziale Härten begeht. Es wird dieses eine unbedingte Aufgabe der Provinzialverwaltung sein müssen.

Als Sozialdemokrat fordere ich für Beamte, Angestellte und Arbeiter ein ausreichendes Einkommen. Ich fordere aber auch, daß sie das, was sie an Sachleistungen erhalten, dem Wert oder wenigstens annähernd dem Wert entsprechend bezahlen. Ich weiß, daß in der Besoldungsordnung über die Mietzahlung für Dienstwohnungen Bestimmungen stehen, aber es läßt sich trotz alledem meiner Ueberzeugung nach wesentlich gerechter und besser verfahren und man kann auch noch höhere Einnahmen herausbekommen. Noch viel mehr gilt das von dem Gartenland, das den einzelnen Beamten zur Verfügung steht. Ich will hier nur auf eine Bemerkung hinweisen, die im Etat der Anstalt Solingen enthalten ist. Dort heißt es: 26 Beamte Gartenland 269 Mark, 7 Angestellte Gartenland 60 Mark. Das sind also ganze 10 Mark, die der einzelne Beamte für

seinen Garten zu zahlen hat. Ich habe die Anstalt Brauweiler selbst besichtigt und dort auch die großen Gärten gesehen, und ich muß schon sagen: Es ist geradezu beschämend, daß für diese Gärten nur ein so geringer Betrag zu entrichten ist. Dabei sind in den weitaus meisten Fällen die Gärten der Oberbeamten größer als die Gärten der Angestellten und werden meistens auch von Anstaltsinsassen bearbeitet. Ich erinnere weiter — das ist der Provinzialverwaltung nicht unbekannt — an die Obstfuhren der Beamten von Brauweiler nach dem Kölner Markt (Sehr richtig!), Obst, das nur den Beamten gehörte. Wer durch diese Obstgärten in Brauweiler, die den Beamten gehören, hindurch geht, muß sofort den Eindruck gewinnen, daß einzelne Beamte Tausende und aber Tausende von Mark allein aus dem Obst herausholen, und dafür zahlen sie dann einen derartig geringen Betrag. Wir müssen nach der Richtung die Sache etwas anders aufziehen und nach dem Rechten sehen.

Dann ist hier schon von einem der Vorredner gesagt worden: Wir müssen einen Finanzmann haben, der nicht wie die Oberrechnungskammer nach Jahren einmal nachprüft, ob eine Zahl mit der anderen übereinstimmt oder ob die Addition richtig ist, sondern der von kaufmännischen Gesichtspunkten aus unsere ganzen Anstalten und Einrichtungen durchprüft, einen sogenannten Finanzdezernenten. (Sehr richtig!) Ich sage nicht „Finanzdiktator“, sondern „Finanzdezernent“. Dieser müßte vor allen Dingen auch einmal prüfen, ob es nicht möglich ist, die großen Einkäufe für unsere Anstalten, ganz gleich welcher Art, mehr zu zentralisieren, ob sie nicht besser alle durch eine Hand gehen. Ebenfalls müßten wir einen Mann haben, der die Aufgabe hätte, einmal nachzuprüfen, ob in den landwirtschaftlichen Betrieben unserer großen Anstalten nicht wesentlich mehr erzeugt werden könnte. Ich bin überzeugt, ein tüchtiger Fachmann, der die gesamten landwirtschaftlichen Betriebe untersuchte — heute arbeitet jede Anstalt mehr oder weniger für sich —, ein Mann, der seinen Blick überallhin zu werfen hat, der zu prüfen hat: ist das richtig, ist jenes richtig, und der versucht, einen höheren Ertrag zu erzielen, würde meiner Ueberzeugung nach der Provinz unstreitig wertvolle Einnahmen bringen können. (Landeshauptmann Dr. v. Reuvers: Ein solcher Beamter ist ja da!) Wenn ein solcher Beamter da ist, muß meiner Ueberzeugung nach nachgeprüft werden, ob er das nötige Verständnis hat, ob er seine Pflicht und Schuldigkeit tut. Wir haben in unseren Anstalten auch große Arbeitsbetriebe. Auch da würde sich ein Mann, der aufmerksam alle Gebiete verfolgt und der etwas von unserer technischen Entwicklung versteht, lohnen. Er müßte die ganzen Arbeitsbetriebe durchsehen, um festzustellen, wo höhere Leistungen herauszuholen sind. Diese höheren Leistungen sind meiner Ueberzeugung nach möglich. Ich habe in Brauweiler mit einem Teil der Arbeiter, die dort als Gefangene oder von der Trinkerfürsorgestelle aus beschäftigt sind, gesprochen und mir auch die Arbeitsmethoden angesehen. Ich habe als nicht allzu großer Fachmann auf allen diesen Gebieten doch den Eindruck gewonnen, daß dort wesentlich mehr geleistet werden könnte, wenn nur richtig eingesetzt würde.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich zu den Anstalten im allgemeinen und zu ihren Insassen im besonderen einiges sagen. Der Herr Kollege Heß hat schon darauf hingewiesen, daß die Kommission für die Fürsorgeanstalten im Dezember 1920 zusammen mit der Kommission für Heil- und Pflegeanstalten und für Wegebauten gebildet worden ist, aber noch nicht einberufen worden ist. Der Herr Landeshauptmann hat das mit der jetzigen schweren Erkrankung des Vorsitzenden der Kommission, des Herrn Hueck, entschuldigt. Meine Damen und Herren! Wer die Vorgänge im Provinzialausschuß bei der Wahl des Vorsitzenden kennt, wird meiner Ueberzeugung nach etwas anderer Meinung sein. (Abgeordneter Gerlach: Sehr richtig!) Ich hoffe, daß die Provinzialausschußmitglieder in Zukunft bei einer Neuwahl unseren Wünschen mehr Rechnung tragen, als sie es damals getan haben. (Abgeordneter Gerlach: Sehr wahr!)

Verehrte Anwesende! Nun hat Herr Kollege Heß als den Leitgedanken bei seinen Ausführungen über die Anstalten vor allen Dingen die Religionsfrage hingestellt und gesagt, natur- und erfahrungsgemäß komme der Religion ein besonderer Erziehungswert zu. Meine Damen und Herren! Man kann darüber sehr geteilter Meinung sein. Herr Kollege Heß hat es ja vermieden, allzu große Ausführungen dazu zu machen. Er hat einfach gesagt: Da trennen sich die Geister, wir werden nie nach der Richtung hin nachgeben, wir werden nie einig werden. Wer die religiöse Erziehung in den Fürsorgeerziehungsanstalten nicht allein im Rheinland, sondern auch in ganz Preußen kennt und dann die Resultate dieser Fürsorgeerziehung betrachtet, kann sehr leicht anderer Meinung werden. (Sehr gut! links. Abgeordneter Gerlach: der muß anderer Meinung werden!) Wir wissen, daß trotz dieser Erziehung, zum Teil darf man sagen: wegen dieser Erziehung, aus den Fürsorgeerziehungsanstalten Menschen herauskommen, die alles andere sind als brauchbare Glieder unserer menschlichen Gesellschaft. (Zustimmung links, Widerspruch rechts.) Verehrte Anwesende, ich will heute keine Statistik über die Kriminalität im allgemeinen hier vorbringen. Aber ich habe hier aus den Berichten des Provinzialausschusses an den Landtag einige Ziffern vor mir liegen über Fürsorgezöglinge, ausgedrückt nach Prozenten auf je 10 000 Einwohner der Rheinprovinz. Es ist dem Herrn Kollegen Heß sicherlich nicht unbekannt, daß in Trier sehr viel Religion herrscht und daß dort seine Glaubensgenossen ohne Zweifel dominieren. Da muß ich aber doch sagen: Wenn er sich diese Zahlen hier vergegenwärtigt, müßte er sich meiner Ueberzeugung nach fragen: Welchen Zusammenhang muß das haben, worauf ist das zurückzuführen? Wir haben 1919 bis 1920 eine Durchschnittszahl von Zöglingen, die in unsere Anstalten eingewiesen worden sind, von 2,8 auf 10 000 Einwohner gehabt. Trier hatte dagegen eine Durchschnittsziffer von 8,78. (Sebhaftes Hört, hört!) 1918 betrug die Zahl der Eingewiesenen durchschnittlich 3,14 und für Trier 10,18. 1917 bis 1918 3,75 Durchschnitt, Trier 13,64 (Hört, hört!), 1916 bis 1917 Durchschnitt 3,47, Trier 20,56. (Hört, hört!) Meine Damen und Herren! In Trier sind auf je 10 000 Einwohner 10 Kinder in Fürsorgeerziehung. (Hört, hört! Zuruf links: Das ist ein Skandal!) Das ist einfach gar nicht zu fassen. Sie müssen daher meiner Ueberzeugung nach nicht alles nur auf die religiöse Erziehung einstellen, sondern es gehört, um Mensch zu sein und als Mensch auch ein wirklich brauchbares Glied unserer Gesellschaft, noch etwas wesentlich anderes zur Erziehung als Religion.

Verehrte Anwesende! Nun aber einige Zahlen, die kurz demonstrieren, wie es mit den Zöglingen in unseren sämtlichen Anstalten aussieht, und zwar nicht allein in den Fürsorgeerziehungsanstalten, sondern auch in den Blinden- und Taubstummenanstalten. Ich habe mir nämlich in einer Aufstellung die Ausgaben für Taubstumme und Fürsorgezöglinge für 1913 und 1920 gegenübergestellt, um einmal zu sehen, wie seit 1913, dem letzten Friedensjahre, die Ausgaben bis heute prozentual gestiegen sind, um daraus zu ermessen: Kann man mit diesen Ausgaben das leibliche und seelische Wohl unserer Zöglinge in der heutigen Zeit voll befriedigen? Wir haben bei den taubstummen Zöglingen von 1913 bis 1920 für Beköstigung, auf den Kopf ausgerechnet, eine Steigerung von 777 %, für Bekleidung, Ferienreisen und Schulbücher von 579 %, für Haus- und Schulgeräte 236 %, für Kranken- und Arztkosten nur 197 %, für Heizung, Beleuchtung und Reinigung 2063 %, für Unterhaltung der Gebäude 1170 %. Sie sehen, die Kosten für Beköstigung, Bekleidung, Haus- und Schulgeräte,

die Kranken- und Arztkosten, also die persönlichen Kosten, die für den einzelnen Zögling entstehen, sind, den Verhältnissen entsprechend, ganz minimal gestiegen; nach meiner Ueberzeugung ist die Steigerung viel zu gering. Eine Steigerung von 777 % für Beköstigung und von 579 % für Bekleidung ist nicht zeitgemäß. Ich werde das Gefühl nicht los, daß man tatsächlich auf Kosten der Gesundheit und der Körperpflege unserer Zöglinge allzuviel spart. (Sehr richtig! links.) Wir haben schon in Friedenszeiten in unseren Anstalten keine Verpflegung und Bekleidung gehabt, die man üppig nennen konnte. Wenn nun die Steigerungsziffern nur so minimal sind, befürchte ich, daß dies auf den Gesundheitszustand unserer Zöglinge und Anstaltsinsassen gefahr- voll einwirken muß.

Für die Fürsorgezöglinge ganz allgemein ist 1913 im Durchschnitt ein Verpflegungs- satz von 340 Mark jährlich eingesetzt worden, 1921 sind es 2200 Mark. Also auch hier eine Steige- rung um noch nicht einmal das Siebenfache. Bei den Besuchen meiner Parteifreunde in den einzelnen Anstalten sind immer und immer wieder Klagen der Insassen über die Verpflegung gekommen. Sogar die Direktoren geben zu, daß heute die Verpflegung noch lange nicht so ist, wie sie eigentlich sein müßte. (Hört! Hört! links.) Daß sie auch auf Grund der geringen Etats- mittel nicht durchgeführt werden kann. Auch da müssen die Kommissionen einmal prüfen, ob keine wesentlichen Änderungen eintreten können.

Nun etwas anderes, was auch mit dem Geiste in unseren Anstalten zusammenhängt und mit meinem Ziele, überhaupt eine andere Auffassung in unsere ganzen Anstaltsbetriebe hineinzubringen, die Insassen aller Art mehr als Menschen zur Geltung kommen zu lassen, um dadurch ihr ganzes Gefühlleben anders zu gestalten. Es betrifft den Anteil der Zöglinge der Blindenanstalten in Düren und Neuwied an dem Erlös aus dem Verkauf der fertigen Waren. Die Waren, die die Zöglinge dort herstellen, werden verkauft, und die Zöglinge bekommen von den Einnahmen einen bestimmten Prozentsatz des Erlöses. Wir sehen hier, daß 1913 in Düren die Zöglinge von der Gesamtsumme des Verkaufswertes 12,1% erhalten haben, 1920 nur 9,7%, und für 1921 sind nur 6% eingesetzt. In Neuwied waren es 1913 12,4%, 1920 10% und 1921 nur 3,3% vom gesamten Verkaufswert. (Hört! Hört!) Ich behaupte, es ist durchaus falsch und auch nicht rentabel. Man muß vielmehr den Zögling einer Anstalt an dem Wert der Waren, die er schafft, mehr interessieren, als es hier geschieht. (Sehr richtig!) Dadurch, daß man ihn mehr daran interessiert, schafft er mehr, er wird überhaupt ganz anders beeinflusst. Dasselbe ist der Fall bei den Arbeitsprämien für die Arbeiten für Fremde. Da habe ich ebenfalls Gegenüber- stellungen für die Arbeitsbetriebe in Fichtenhain, Rheindahlen und Solingen gemacht. Ueberall mache ich bei der Aufstellung die erschreckende Feststellung, daß heute nicht einmal mehr der Pro- zentsatz gegeben wird, den man im Jahre 1913, also im Frieden gegeben hat. 1920 und 1921 ist der Prozentsatz an Arbeitsprämien geringer als 1913. Das, meine Damen und Herren, müssen wir unter allen Umständen beseitigen. Auch für die landwirtschaftlichen Betriebe unserer Anstalten habe ich die Prozentrechnungen vor mir liegen; da ist ebenfalls dasselbe Bild zu verzeichnen. Aus diesen Gründen sage ich nochmals: Es muß alles getan werden, um dazu beizutragen, nach jeder Richtung einen anderen Geist, eine vollständige Umstellung in unseren Anstalten zu erzielen.

Dann, verehrte Anwesende, vermissen Sie folgendes. Wenn ich den Bericht des Provinzial- ausschusses der Rheinprovinz über die Ergebnisse der Provinzialverwaltungen für das Jahr 1912 mit dem jetzigen Bericht vergleiche, vermissen Sie die eingehenden Darstellungen über den Gesund- heitszustand der Zöglinge und Anstaltsinsassen. Ich wünsche dringend, daß das in Zukunft wieder gemacht wird. In den früheren Friedensberichten haben die Direktoren und Ärzte über den

Gesundheitszustand, über Schule und Unterricht, Beurlaubungen und Entlassungen, Disziplinarbestrafungen, Entweichungen, Verpflegung usw. berichtet. Wir haben es heute auch noch andeutungsweise, aber doch lange nicht in dem früheren Umfange. Wir müssen Wert darauf legen, das zu haben, um besser in unsere Anstalten eindringen zu können. (Sehr richtig!) Wer unsere Provinzialanstalten und Betriebe einmal kennen lernen will — das darf ich allen neuen Abgeordneten empfehlen —, muß sich einen Bericht von 1912/13 zur Hand nehmen und ihn durchstudieren. Dann wird er finden, daß man dadurch überhaupt erst einen Gesamteindruck gewinnen kann, wie es in unseren Anstalten ausgesehen hat, wie es jetzt aussieht und wie sie verwaltet werden.

Genau so, wie die Prämien für die Zöglinge und der Erlös aus dem Arbeitsverdienst erhöht werden muß, genau so müssen auch die Arbeitslöhne und die Arbeitsprämien unserer Strafgefangenen, Korrigenden, Landarmen und Trinker der heutigen Zeit entsprechend erhöht werden, um diese ebenfalls arbeitsfreudiger zu machen. Dadurch haben wir und auch der Zögling selbst einen gewaltigen Vorteil. Ich habe hier eine Antwort des preußischen Justizministers vor mir liegen über die Bezahlung von Gefangenenarbeit. Ich möchte daraus einen Abschnitt, der ziemlich kurz ist, vorlesen. Es heißt da:

„Die Justizverwaltung hat die nachgeordneten Behörden wiederholt, zuletzt noch im März d. J., darauf hingewiesen, bei der Festsetzung der Gefangenenarbeitslöhne dauernd die Steigerung der Löhne freier Arbeiter zu berücksichtigen und in geeigneten Fällen auch mit den bestimmungsgemäßen Vertretern des Handels, des Handwerks und der Landwirtschaft wegen der Angemessenheit der zu vereinbarenden Lohnsätze ins Benehmen zu treten. Eine völlige Gleichstellung der Gefangenenarbeitslöhne mit den Löhnen der freien Arbeiter wird sich allerdings bei der Verschiedenheit aller im Vergleich zwischen Strafanstalten und freien Arbeitsbetrieben in Betracht zu ziehenden Verhältnissen nicht erreichen lassen“.

Ich möchte das, was der Herr Justizminister sagt, ergänzen: Man soll sich nicht allein mit Vertretern des Handwerks, des Handels und der Landwirtschaft ins Benehmen setzen, sondern auch mit den Gewerkschaften. Das wird notwendig sein, um zu einer richtigen Beurteilung der Gefangenenlöhne zu kommen.

Ich möchte nochmals deutlich unterstreichen, daß meine Wünsche bezüglich der Beköstigung usw. auch die Heil- und Pflegeanstalten und deren Insassen betreffen. Dabei habe ich die Aufgabe, einen Antrag meiner Fraktion anzukündigen, der noch im Laufe des Mittags verteilt werden wird, nämlich einen Antrag, die 3 Tischklassen in unseren Anstalten zu beseitigen und dafür eine einzige Tischklasse einzuführen. (Sehr gut! links.) Meine Damen und Herren, das könnte im ersten Augenblicke für manchen etwas revolutionär erscheinen. Aber es ist dies durchaus nicht so. Man findet das, wenn man sich einmal die Zahlen ansieht, die ich darüber aus dem Verwaltungsbericht herausgezogen habe. Die Teilnehmer an den 3 Tischklassen in den Heil- und Pflegeanstalten ergeben folgendes Bild: Von den Kranken sind es in Andernach ganze 5, die in der ersten Tischklasse essen, in der zweiten 20 und in der dritten 475, von den Beamten sind es in der ersten Klasse 8, in der zweiten Klasse 10 und in der dritten Klasse keiner. In Bedburg ißt von den Kranken in der ersten und zweiten Klasse keiner, alle 1500 Kranke essen in der dritten Klasse. Von den Beamten essen dort in der ersten Klasse 6, in der zweiten Klasse 264 und in der dritten Klasse keiner. In der dritten Klasse hat man in sämtlichen Anstalten überhaupt keinen Beamten, der am Essen teilnimmt. In Grafenberg essen von den Kranken 10 in der ersten Klasse, 50 in der zweiten und 690 in der dritten Klasse. Das Gesamtbild der Anstalten Andernach

nach, Bedburg, Bonn, Düren, Galkhausen, Grafenberg und Johannistal ist folgendes: Von den Kranken essen in der ersten Tischklasse 15, in der zweiten 135 und in der dritten 5100; von den Beamten in der ersten 47 und in der zweiten 975. In der dritten Klasse ist, wie ich eben schon sagte, kein Beamter.

Run noch folgendes, was für die ganze Einstellung unserer Verwaltung typisch ist. Wir haben in den Kommunalvertretungen überall dafür gesorgt, daß bei der Erhöhung der Pflegegese in unseren Krankenhäusern da, wo die Tischklassen nicht vollständig beseitigt werden konnten, die besten Tischklassen — die erste und die zweite Klasse — prozentual ihre Preise wesentlich stärker erhöhten als die dritte. Wir sehen hier aber folgendes: Die Preissteigerung beträgt in der ersten Tischklasse von 1913 bis 1921 50% (von 10 auf 15 Mark), in der zweiten Klasse 100% (von 5 auf 10 Mark) und in der dritten Klasse 150% (von 3 auf 7,50 Mark). Wir haben also hier das genaue Gegenteil, die Preissteigerung ist bei der dritten Klasse wesentlich stärker. Das ist verständlich, weil die große Masse die dritte Tischklasse benutzt und die Einnahmen daher kommen. Bei der so geringen Anzahl Kranker in der ersten und zweiten Klasse kann man bei der Provinzialverwaltung mit Leichtigkeit eine einzige Tischklasse einführen. Unterschiede in der Beköstigung sollten überhaupt nur gemacht werden je nach der Art der Erkrankung, sonst nicht. (Sehr richtig!) Wenn ich fordere, daß dieselbe Einheitsstischklasse der Kranken auch bei den Beamten durchgeführt wird, so deshalb, weil ich mir sage: Damit ist die beste Gewähr gegeben, daß auch wirklich das Essen für die Zöglinge und Anstaltsinsassen besser wird als bisher. (Zustimmung.)

Behrte Anwesende, diesen Antrag werden meine Freunde einreichen. Ich möchte bitten, daß in der Kommission entsprechend beschlossen wird.

Zu den Hausordnungen in den Anstalten hat Herr Kollege Heß eine Andeutung gemacht. Wie wir zu der Umgestaltung der Hausordnungen in den Anstalten in der letzten Provinzialausschusssitzung am Samstag gekommen sind, zeigt so recht deutlich, daß tatsächlich die ganze Richtung in unserer Verwaltung noch nicht der Neuzeit entsprechend eingestellt ist. Es handelte sich um die Vorlage einer neuen Hausordnung, die an gesetzliche Bestimmungen nicht gebunden ist, und für das Frauenarbeitsheim in Freimersdorf auf Grund der Ordnungen der Interalliierten Kommission neu eingerichtet werden sollte. Behrte Anwesende, die neue Ordnung, die man dort schaffen wollte, atmet einen solchen Geist, daß wir sie unter keinen Umständen annehmen können; sie muß vielmehr eingehend umgearbeitet werden. Durch die Klagen im Provinzialausschuß sind wir dann zu der Neugestaltung der sämtlichen Hausordnungen gekommen. Ich möchte Sie bitten, daß Sie den Antrag meiner Parteifreunde zu diesem Punkte annehmen.

Zum Schluß möchte ich sagen: Wir müssen allmählich überhaupt in unseren sämtlichen Einrichtungen zu anderen Verhältnissen kommen und zu einer anderen Geistesauffassung. Vor allen Dingen darf es in unseren Betrieben keine Alleinherrschaft eines einzelnen Mannes, einer einzelnen Person geben (Zustimmung links), sondern wir müssen auf demokratischer Linie nach demokratischem Geiste aufbauen. Ich finde in unserem Etat folgendes, was mir durchaus nicht paßt und was, wie ich annehme, den Personen, die darüber zu bestimmen haben, auch nicht angenehm ist. Auf Seite 47 des Etats stehen 20 000 Mark bei der Landesversicherungsanstalt zur Verfügung des Vorsitzenden für Unterstützung der Beamten; der Vorsitzende ist der Herr Landeshauptmann. Auf Seite 57 des Etats stehen bei der Feuerversicherungsanstalt 20 000 Mark für Unterstützung von Beamten zur Verfügung des Herrn Generaldirektors Adams. Bei der Fürsorgeziehung stehen dann nochmals 2000 Mark zur Verfügung des Landeshaupt-

mannes. Ich halte es für durchaus falsch, daß man über Unterstützungen an Beamte einen einzigen Herrn entscheiden läßt. (Zuruf des Landeshauptmanns: Beamtenausschuß!) Wenn Sie jetzt sagen „Beamtenausschuß“, so habe ich das aus dem Etat nicht sehen können. (Landeshauptmann Dr. von Kewers: Der Beamtenausschuß wird zu jedem einzelnen Falle zugezogen!) Es freut mich, daß der Beamtenausschuß zu jedem einzelnen Falle gehört wird. Die Beamten und Angestelltenausschüsse müssen meiner Ueberzeugung nach in Zukunft noch mehr gehört werden und in ihren Rechten einen noch weiteren Ausbau erfahren, als es bis dato der Fall ist.

Damit komme ich am Schlusse zu etwas kritischen Sachen, zu Beschwerden aller Art. Ich bin gezwungen, von dem Gebrauch zu machen, was ich im vorigen Jahr bei meiner Etatsrede ankündigte. Ich rede nicht gerne über einzelne Persönlichkeiten, über einzelne Beschwerden. Aber ich habe im Dezember gesagt, wenn es so weitergehen sollte in den einzelnen Anstalten, wären wir gezwungen, hier öffentlich den einen oder anderen der Herren Direktoren oder Oberbeamten einmal unter die Lupe zu nehmen. (Zuruf Gerlach: Ist auch nötig!) Ich möchte vorläufig nur einen einzigen mit Namen nennen, es ist der Direktor der Arbeitsanstalt Brauweiler, der Herr von Jarocky. Dieser Herr ist ein Mann so alt an Lebensjahren und so zurückgeblieben in seinen Anschauungen und seinem Geiste, daß es meiner Meinung nach die höchste Zeit ist, ihn zu pensionieren. Die Konflikte, die dort dauernd mit den Beamten und Angestellten und mit den Büglingen ausgetragen werden müssen, gehen meiner Ueberzeugung nach viel zu weit; da muß an dem System und auch in der Person eine Aenderung vorgenommen werden. Ich habe hier allein von Brauweiler ein ungeheures Bündel Beschwerden vor mir liegen. Alles, was nicht ganz rechtsstehend ist, was nicht militaristisch und nationalistisch gesinnt ist, ist bei dem Direktor Jarocky verachtet. Ein solcher Beamter kann nicht hoch kommen, er wird unter allen Umständen anders behandelt als diejenigen, die es verstehen, der Gesinnung und Auffassung des Direktors Rechnung zu tragen. Die Beamten brauchen noch nicht einmal sozialistische Anschauungen zu haben; wenn sie nur etwas freidenkend sind, können sie sicher sein, daß sie nicht so behandelt werden, wie die übrigen Beamten und Angestellten. Nach dem mir vorliegenden Material kümmert sich der Direktor auch um Angelegenheiten, die sich außerhalb der Anstalt abspielen und ihn nichts angehen. Ich will Ihnen nur kurz einen Fall erzählen, der typisch ist, und ich bedauere nur, daß der Herr Landeshauptmann in diesem Falle nicht klüger gewesen ist. (Zuruf links: Der ist genau so!) Es handelt sich hierbei darum, daß ein Beamter in einer kommunalen Wählerversammlung am 12. Oktober 1919 spricht und dabei Sachen heranzieht, die zurückliegen in die Friedenszeit, wo noch unter dem Dreiklassenwahlrecht gewählt wurde. Zu dem damaligen Gemeinderat von Brauweiler gehörte der Direktor, der Arbeitsinspektor und der Sanitätsrat. (Hört! Hört!) Nun wollte man 1919 wiederum Kandidaten aus den höheren Beamten der Anstalt nominieren. Dagegen hat sich der Beamte gewandt und gesagt, daß damals sogar Wahlbeeinflussung von den höheren Beamten getrieben worden wäre, indem sie sich neben den Wahlstisch hingestellt und aufgepaßt hätten, wie der einzelne Angestellte und Beamte bei der öffentlichen Wahl wählte. Das würde nach den heutigen Gesetzen schwer bestraft. Ein Arbeiter, so hat der betreffende Beamte ausgeführt, hätte wegen Wahlbeeinflussung nach einem Zeitungsbericht ein Vierteljahr Gefängnis bekommen; wenn der zu recht verurteilt sei, müßten auch diese Herren, die damals dasselbe gemacht hätten, verurteilt werden. (Sehr richtig! links.) Daraufhin hat Herr von Jarocky am nächsten Tage schon den Beamten aufgefordert, dienstlich über das zu berichten, was er in der Wählerversammlung gesagt habe. Das hat natürlich der Beamte abgelehnt. Herr

von Jarokly hat ihn dann nach einigem Hin- und Herschreiben mit einem Verweise im Disziplinarwege bestraft. Der Beamte läßt sich das natürlich nicht gefallen, erhebt gegen den Verweis Einspruch; die Sache schwebt noch in den oberen Regionen und man weiß noch nicht, wie entschieden wird. Aber der Herr Landeshauptmann ist hergegangen und hat als Vorgesetzter des Herrn Anstaltsdirektors von Jarokly sich verleiten lassen, gegen den Beamten Strafantrag wegen Beleidigung zu stellen. (Rufe: Hört! Hört! und Pfui! links.) Die Sache ist dann am Gericht verhandelt worden. Ich habe eine Abschrift des Urteils hier vor mir liegen. Wenn ich Ihnen daraus einige Stellen zitieren würde, so würden Sie erstaunt sein, was das Gericht darüber sagt. Es kommt natürlich zu einer Freisprechung, da der Mann seine Interessen gewahrt hat und nichts anderes. Eine Beleidigung darin nicht erblickt werden kann. Meine Damen und Herren, ich will damit zeigen, wie sich Herr von Jarokly um Sachen kümmert, die ihn überhaupt nichts angehen. (Zuruf Melich: Der gehört in die Arbeiterkolonne seiner Anstalt!)

Ich habe hier einen anderen Fall vor mir liegen, wo ein Mitglied des Angestelltenrates Beschwerden vorgebracht hat, bei denen es sich darum handelte, Durchstechereien und bessere Behandlung von einzelnen Gefangenen unmöglich zu machen. Bergwerksdirektoren und sonstige Schieber, die heute auch in Brauweiler oft zu finden sind, sollten ebenso behandelt werden wie die übrigen Gefangenen. Auch hier hat der Direktor einen Standpunkt eingenommen, den ich nicht verstehe: Er hat die Untersuchung des Falles solange hinausgezögert, bis alle Durchstechereien so vermuddelt waren, daß kein Mensch sie mehr entdecken konnte. (Zuruf links: Das ist ja ein Verbrechen!) Nachher ist er dazu übergegangen und hat den betreffenden Beamten verfezt, damit er ihn los wurde. Den zweiten, der als Mitglied des Betriebsrats die Sache vorgebracht hat, hat er an die Seite gedrückt. Sie sehen hier einen Zustand, der meiner Ueberzeugung nach unhaltbar ist.

Ich habe hier eine andere Beschwerde vor mir liegen. Da ist ein Aufseher vom Dienst suspendiert worden wegen eines Strafdelikts, das er an einer Korrigendin begangen haben soll. Die Korrigendin ist verschwunden. Der Angestellte sagt ein für allemal: Ich habe es nicht getan. Der Prozeß schwebt, weil die Korrigendin als Zeugin nicht zu finden ist. Der Mann ist aufs halbe Gehalt gesetzt und kann nun elendiglich verhungern; kein Mensch weiß, wie die Sache weitergehen soll. Ich habe hier 6 Namen von anderen Herren, die ähnliche Beschuldigungen von Korrigendinnen haben über sich ergehen lassen müssen, wo man aber anders gehandelt hat als in diesem Falle. (Zuruf links: Das waren die Lieblinge!) Das hängt mit der Gesinnung zusammen, die die Angestellten und Beamten haben. Gegen einen solchen Zustand müssen wir Front machen.

Ich will alles andere nicht vorbringen, nur noch einen Fall aus einer großen Heil- und Pflegeanstalt. Dort ist während des Krieges schrecklich darüber geklagt worden, daß die Ernährung so schlecht war. Während die Insassen Kriegskost, Rüben usw. essen mußten, hatte der Anstaltsdirektor einen Kranken aus der Anstalt, der für ihn nach der holländischen Grenze gefahren ist und gehamstert hat. Diese Hamsterei, die der Kranke ein Jahr lang getrieben hat, hat er sogar, weil er dort einen Paß von der Militärbehörde haben mußte, mit einem falschen Paß getrieben, der wohl seine Photographie, aber einen ganz anderen Namen enthielt. Bedenken Sie, ein Geisteskranker, der ein Jahr lang so hin- und hergefahren ist. (Zuruf: Woher hat er den Paß gehabt?) Gehamstert hat wohl jeder von uns, der nicht Selbstversorger war, während des Krieges. Denen, die es für sich selbst getan haben, nehme ich es nicht übel, wenn sie es getan haben, um sich und ihre Familie halbwegs am Leben zu halten. Aber daß man andere für sich hamstern läßt, noch dazu Kranke, noch dazu mit



solchen Manipulationen und nachher, wenn die Sache vorüber ist, gewissermaßen sagt: Mohr, du hast deine Schuldigkeit getan, Mohr, du kannst gehen! ist unbedingt zu verwerfen. Das, was sich nachher in diesem Falle abgespielt hat, war durchaus nicht fair gehandelt.

Meine Damen und Herren! Wenn ich diese Einzelfälle vorgebracht habe, so ist es deshalb geschehen, weil ich mir gesagt habe: Wir müssen alles daran setzen, einen anderen Geist und andere Zustände in unsere Anstalten zu bringen. Wir sind der Auffassung, daß die gesamten Provinzialbetriebe und Anstalten genau so wie alle Kommunalbetriebe für die Allgemeinheit da sind. Diese Betriebe der Allgemeinheit sollen aber vor allen Dingen dafür sorgen, daß in ihnen auch jeder einzelne möglichst zu seinem Rechte kommt. Je mehr man die Insassen, die Arbeiter, Angestellten und Beamten mitreden und mitarbeiten läßt, um so eher werden wir aus der Provinzialverwaltung und aus unseren Anstalten dasjenige machen, was sie sein müssen, woran jeder Freude hat, wenn er sie besucht, und wo die Eltern der Kinder und die Angehörigen der Insassen auch zu jeder Zeit beruhigt sagen können: Unsere Angehörigen sind gut aufgehoben. (Beifall!)

Vorsitzender Sielen: Zur Geschäftsordnung möchte ich Ihnen den Vorschlag machen, eine Pause bis 2 Uhr eintreten zu lassen und von 2 Uhr ab weiter zu beraten. Zum Wort haben sich noch gemeldet die Herren Abgeordneten Hoffmann, Koch, Knab und Wallraf und es werden wahrscheinlich noch mehr kommen, so daß eine Durchtagung über mittag ohne Pause wohl nicht gut möglich sein wird.

Abgeordneter Dr. Farres: Ich weiß nicht, ob das die Auffassung des Hauses ist. Ich möchte doch vorschlagen, damit wir heute zu Ende kommen, durchzuberaten. Sie haben ja alle die Möglichkeit, sich drüben zu erfrischen, und es schadet ja nichts, wenn der eine oder der andere sich einmal etwas entgehen läßt. Ich glaube, wenn wir die Pause bis 2 Uhr machen, wird es nicht möglich sein, heute zu Ende zu kommen. Das wird aber notwendig sein, weil wir morgen schon in die Beratung der Sachausschüsse eintreten müssen und infolgedessen heute die Generaldebatte zu Ende gehen muß.

Abgeordneter Dr. Adenauer: Ich bin der Auffassung, es ist ganz gleichgültig, ob Sie eine Pause machen oder nicht; es wird bis 6 Uhr heute dauern, dann ist die Sache erledigt. Also machen Sie viel besser eine Pause.

Abgeordneter Wallraf: Ich weiß nicht, ob die optimistische Meinung des Herrn Kollegen Adenauer zutrifft. Soviel ich weiß, kommt noch eine ganze zweite Rednergarnitur (Abgeordneter Gerlach: Sehr richtig!) Ich weiß auch nicht, ob nicht noch eine Reihe von Herren sich melden wollen. Eine gewisse Klärung würde die Sachlage erfahren, wenn wir wüßten, wie lange die betreffenden Herren, die noch nicht gesprochen haben, zu reden gedenken, nicht auf 5 Minuten bemessen, wohl aber so, daß wir wissen: sind es noch 1 oder 2 Stunden? Danach würden sich unsere Beschlüsse fassen lassen.

Abgeordneter Dr. Adenauer: Die Sache steht folgendermaßen: Es kommen jetzt noch 2 Redner von den beiden linksstehenden Parteien. Ich schätze, daß jeder der Herren noch eine Stunde reden wird. (Abgeordneter Koch: Ich rede keine Stunde!) Dann würden wir  $\frac{1}{2}$  3 Uhr haben. Es ist nach meiner Meinung ausgeschlossen, daß die Herren bei der Hitze auf die Aufmerksamkeit des Hauses während der Zeit rechnen können. Deshalb halte ich es für ein Gebot der taktischen Klugheit und auch der Gerechtigkeit, daß wir die Herren zu einer Zeit reden lassen, wo wir wieder aufnahmefähig sind. Das sind wir erst, wenn wir eine Pause gemacht haben. Ich glaube, wir riskieren nichts dabei: es wird heute geredet, bis alles erschöpft ist, ob Sie eine Pause machen oder nicht; das wird gegen 6—7 Uhr sein, das ist sicher.

Abgeordneter Wallraf: Es kommt darauf an, ob wir heute fertig werden oder nicht. Mir persönlich wäre es durchaus lieb, wenn wir nach der ersten Garnitur überhaupt Schluß machten; aber die Hoffnung hege ich nicht. Wenn wir jetzt 1½ Stunde Pause machen und die sämtlichen übrigen Herren kommen noch dran, so tritt das Unrecht, das Herr Adenauer vermeiden will, für die sämtlichen Herren ein, die später noch zum Worte kommen.

Vorsitzender Gielen: Es wird nichts anderes übrigbleiben, als über die auseinandergehenden Meinungen abzustimmen. Wer von den Damen und Herren ist dafür, daß eine Pause eintritt? — Das ist die Mehrheit.

Ich bitte die Mitglieder des Ältestenrats, jetzt gleich zu einer kleinen Besprechung zusammenzutreten.

(Die Sitzung wird um 12 Uhr 25 Minuten vertagt.)

(Beginn 2 Uhr 8 Minuten.)

Vorsitzender Gielen: Die Sitzung ist eröffnet. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Koch.

Abgeordneter Koch: Meine Damen und Herren! Es war nicht meine Absicht, auf die Rheinlandfrage einzugehen. Nachdem sie aber von allen Fraktionsrednern ange schnitten worden ist, muß auch ich diese Frage behandeln. Ich kann mich ja ziemlich kurz fassen und berufe mich auf die Erklärungen, die wir am Schlusse der letzten Tagung hier abgegeben haben. Besonders habe ich mich heute über die Ausführungen des Herrn Kollegen Haas gewundert, der hier ausgeführt hat, daß wir Kommunisten wohl für eine Zerstückelung Deutschlands, insbesondere des Rheinlands, zu haben seien. (Zuruf links: Das hat er ja gar nicht gesagt!) Er schließt das aus den Ausführungen oder Darlegungen einiger Arbeiter. Ich meine, er darf das nicht mit der kommunistischen Partei in Verbindung bringen. (Zuruf links: Das hat er auch nicht getan!) Die Rechtssozialisten wissen sehr gut, daß wir Kommunisten gegen die Zerstückelung Deutschlands sind, und zwar nicht aus vaterländischen, sondern aus praktischen Gründen, weil wir wissen, daß dadurch die Arbeiterbewegung am schlimmsten geschädigt wird. Wir sind deswegen gegen jede Zerstückelung. Ich möchte das hiermit feststellen.

Wenn dann andererseits gesagt wird, wir könnten uns hier in mancher Beziehung auf einer Linie finden, so muß ich darauf hinweisen, daß dieses bei den vorhandenen Gegensätzen unmöglich ist. Sie vertreten die Interessen der Kapitalisten in Deutschland, während wir die Interessen des internationalen Proletariats zu vertreten haben.

Werte Anwesende! Wenn ich dann zu dem Etat selbst übergehe, so haben wir aus den Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns gehört, daß die Provinz alljährlich Aufgaben von Reich und Staat zugewiesen bekommt, die sie, weil ihr die Mittel fehlen, nicht zu erfüllen weiß. Er hat uns auch weiter dargelegt, in welcher ungeheuren Weise die Summen anschwellen, die die Provinz benötigt. Ich weiß aus den Sitzungen des Provinzialausschusses, daß die Verwaltung berechtigte Gründe hat, manches Klage lied anzustimmen, um die Summen zusammenzubringen, die die Provinz für ihre sehr wichtigen Aufgaben benötigt.

Meine Damen und Herren! Das sind alles auch wieder die Folgen des unglückseligen Krieges, wofür Sie, meine Herren von der Rechten bis zu den Mehrheitssozialisten, mit eingetreten sind. (Widerspruch. Unverständlicher Zuruf.) Was war das? (Zuruf: Das könnte Ihnen so passen! Reden Sie nur ruhig weiter!) Meine Damen und Herren! Es ist bedauerlich, daß wir bei den wichtigen Aufgaben, die die Provinzen zu erfüllen haben, uns von derartigen Sparsamkeitsrücksichten leiten lassen müssen. Wir haben doch recht wichtige Aufgaben zu erfüllen: die Krüppel-

fürsorge, die Fürsorge für Idioten, Geistesranke und das große Gebiet des Fürsorgeerziehungswesens. Ich meine, das sind Gebiete, die unbedingt größere Summen erfordern und die unserer ganzen Aufmerksamkeit bedürfen. Meine Damen und Herren! Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir uns für die Zukunft mehr um die Sachen, besonders um die geschlossenen Anstalten, kümmern müssen, als es bisher der Fall war. Besonders gilt das für uns neue Abgeordnete. Eine große Zahl Abgeordnete, besonders von der linken Seite, ist erst kürzlich in das Haus eingekehrt. Wir werden uns, wie gesagt, für die Zukunft mehr um die geschlossenen Anstalten, die Fürsorgeerziehungsanstalten, Heil- und Pflegeanstalten, kümmern müssen. Da bedaure ich allerdings, daß man uns von der Verwaltung so wenig entgegenkommt. Es wurde bereits durch die vorherigen Fraktionsredner festgestellt, daß die Provinzialverwaltung die betreffende Kommission noch nicht zusammenberufen hat, und es ist weiter zu bedauern, daß den einzelnen Mitgliedern nicht die Gelegenheit gegeben wird, diese Anstalten zu besuchen. (Sehr richtig!) Wir haben zwar Legitimationskarten ausgestellt erhalten, aber wenn die einzelnen Abgeordneten sich dann auf die Reise begeben und sich einmal in diesen Anstalten informieren wollen, kommt die Provinzialverwaltung und sagt: Wir sind nicht imstande, Ihnen die Reisekosten zu vergüten. Das muß geändert werden, es ist dringend notwendig, daß wir uns um die bezüglichen Anstalten kümmern. (Sehr richtig!) Meine Ueberzeugung ist insbesondere durch die Ausführungen des Kollegen Haas und einige meiner Freunde bestärkt worden, die mit mir privatim gesprochen und die sich die verschiedenen Anstalten, besonders die Anstalt in Brauweiler, angesehen haben. Meine Herren, ich habe mich über die hohen Zuschüsse gewundert, die gerade die Anstalt Brauweiler erfordert. Die Anstalt Brauweiler erfordert zirka 3 Millionen Mark Zuschuß, trotzdem sie große landwirtschaftliche Betriebe hat, trotzdem dort die Zöglinge zu arbeiten haben. Es ist nicht zu verstehen, daß dort derartige Zuschüsse von der Provinz beansprucht werden. Wir haben darauf zu sehen, daß dort gespart wird und alles in muster-gültigster Ordnung vor sich geht.

Was ich von der Anstalt Brauweiler sage, trifft auch auf die übrigen Anstalten zu. Sehen wir uns einmal die Etats der Fürsorgeanstalten an, so sehen wir, daß auch die Fürsorgeanstalten, welche die großen landwirtschaftlichen Betriebe haben und wo die Zöglinge, meist schulentlassene Zöglinge, zur Arbeit herangeholt werden, ungeheure Zuschüsse von der Provinz beanspruchen. Wenn Sie einmal die Zahlen vergleichen, so finden Sie, daß uns jeder Zögling in der Fürsorgeanstalt Fichtenhain über 9000 Mark kostet. Berücksichtigen Sie das, meine Damen und Herren: 9000 Mark für einen Fürsorgezögling, welche riesige Kosten beanspruchte das, wenn wir das einmal auf eine Arbeiterfamilie umrechnen wollten. Wenn eine 5 köpfige Arbeiterfamilie 9000 Mark pro Kopf beanspruchen wollte, müßte sie ein Einkommen von 45 000 Mark haben. Wir sehen aus dem Etat, daß, wenn die Fürsorgepflinglinge in Familien untergebracht werden, wir bedeutend billiger wegkommen. Trotzdem rede ich dem nicht das Wort. Ich wünsche nicht, daß die Fürsorgezöglinge möglichst in Familien untergebracht werden, weil ich aus meiner früheren Praxis als Arbeitersekretär weiß, daß recht oft die Pflinglinge, die in den Familien, bei den Landwirten usw. untergebracht werden, in der schamlosesten Weise ausgebeutet werden. (Sehr richtig! links.)

Ich erwarte, daß die Kommission ihr Augenmerk darauf richtet, daß derartige Zustände, wie sie sehr oft beklagt werden, beseitigt werden und der Fürsorgeerziehung mehr Aufmerksamkeit zuwendet. Doch kann es nicht in diesem Sinne sein, wie es hier von seiten des Zentrums geschah, wo man sagte: Man muß besonderen Wert legen auf die Erziehung bezüglich der Seelsorge. Ich meine, damit kann die Geschichte nicht gemacht werden. Herr Kollege Haas hat ja bereits aus-

geführt, daß wir gerade aus den katholischen Gegenden — Trier usw. —, wo doch die religiöse Erziehung eine große Rolle spielt, die meisten Anwärter für die Fürsorgeerziehung haben. Infolgedessen kann die Religion bei diesen Erziehungsfragen nicht maßgebend sein. Das ganze System der Fürsorgeerziehung muß auf eine andere Grundlage gestellt werden. Diese Erziehung kann nicht geschehen durch Religion, Prügelstrafen und Dunkelarrest, sondern wir haben die Sache von einem ganz anderen Gesichtspunkte aus zu betrachten, und zwar von dem Gesichtspunkte aus, daß die meisten Fürsorgepflinglinge geistig minderwertige oder kränkliche Personen sind. Wir haben zunächst dafür zu sorgen, daß diese kranken Menschen zu gesunden Menschen gemacht werden. Es schwebt mir das Beispiel vor, das wir in den mustergültigen Anstalten von Nordamerika haben, wo zunächst dafür gesorgt wird, daß der Fürsorgezögling zu einem gesunden Menschen gemacht wird, indem er Turn- und Schwimmunterricht genießt usw. Denn nur in einem gesunden Körper wohnt ein gesunder Geist. Dann stehe ich auf dem Standpunkt: Den besten Pädagogen haben wir die Erziehung dieser Fürsorgepflinglinge anzuvertrauen. Wir haben auch darauf zu achten, daß die Fürsorgepflinglinge eine gute fachliche Ausbildung genießen. Darin, meine Damen und Herren, sieht es heute traurig aus. Ich habe mir von Meistern, die die Lehrlings- und Gesellenprüfungen abzunehmen haben, sagen lassen, daß die fachliche und die handwerksmäßige Ausbildung in den Fürsorgeanstalten sehr zu wünschen übrig läßt. Wir haben dafür zu sorgen, daß, wenn der junge Mann oder das Mädchen aus der Fürsorgeerziehung entlassen wird, auf eigenen Füßen steht und den Kampf ums Dasein aufnehmen kann. In der Beziehung wünsche ich, daß die Sache reformiert wird.

Dann, meine Damen und Herren, hatten die bürgerlichen Fraktionsredner zahlreiche Wünsche an die Besatzungsbehörde. Auch ich hätte hier Wünsche vorzubringen, und zwar auch ein Verlangen an die Verwaltung. Es wird im Etat gesagt, daß ein großer Teil unserer Anstalten noch von Besatzungsbehörden mit Beschlagnahme belegt ist. Ich wünsche dringend, daß diese Anstalten möglichst bald wieder für die Zwecke, denen sie dienen, frei werden. Das trifft nicht allein für die Provinz, sondern auch für die Landesversicherungsanstalt zu. Die Landesversicherungsanstalt hat einen Teil ihrer Heilanstalten für die Besatzungsbehörde freigeben müssen, während wir sie doch dringend für unsere Arbeiter gebrauchen. Deswegen spreche ich den dringenden Wunsch aus, daß diese Anstalten baldigst wieder ihrem Zweck zur Verfügung gestellt werden.

Werte Anwesende! Mir ist im Etat auch aufgefallen, daß wir bei den Heil- und Pflegeanstalten vier verschiedene Klassen in der Verpflegung haben. Ich wünsche dringend, daß diese vier Klassen beseitigt werden. Dann verstehe ich auch nicht, wie die Unterbringung der Idioten heute geschieht. Ist es denn dringend notwendig, daß die Idioten jetzt noch in Religionsgemeinschaften getrennt werden, nach Katholiken und Evangelischen? Ich meine, da könnte auch viel gespart werden.

Meine Damen und Herren! Es ist zu begrüßen, daß die Provinz größere Summen für die Wegeverbesserung bereitstellt. Das Geld, das dafür im Etat steht, ist richtig angewandt. Dadurch werden unsere Verkehrsverhältnisse bessere. Andererseits kann aber auch die Erwerbslosigkeit dadurch in etwa bekämpft werden. Gerade durch die Sanktionen leidet die rheinische Arbeiterschaft besonders. Wir haben eine große Anzahl von Arbeitslosen und müssen dafür sorgen, daß diesen Arbeit und Verdienst gegeben wird.

Wir sollen auch von Reich und Staat verlangen, daß hier dem bedrängten Rheinlande recht bald Notstandsarbeiten zugeführt werden, denn es ist unmöglich, daß die Gemeinden, wie sie es bisher getan haben, diese Notstandsarbeiten allein durchführen, sondern da müssen auch Provinz,

Staat und Reich mitwirken. Wir haben dafür zu sorgen, daß Kanal- und Eisenbahnbauten auch hier im Rheinlande durchgeführt werden, damit die Erwerbslosigkeit bekämpft, damit wirklich praktische, produktive Erwerbslosenfürsorge geübt wird.

Dann aber noch eins zu der Straßenabteilung. Es ist heute auch von verschiedenen Rednern wieder angeschnitten worden, daß man den Gemeinden, welche die Provinzialstraßen in Verwaltung übernommen haben, endlich einmal entgegenkommen soll. Meine Damen und Herren! Diese Frage ist schon längst behandelt worden. In verschiedenen Landtagsperioden ist dem Wunsche dieser Gemeinden entgegenkommen soll. Ich kann diese Wünsche nur unterstützen und wünsche, daß man endlich einmal diese Geschichte aus der Welt schafft. Es ist ein Unding, daß die Provinz, wo man vor 30 Jahren die Preise festgesetzt hat, heute, wo die Gelbentwertung eine derartige Rolle spielt, noch mit diesen lächerlich geringen Summen die Gemeinden abzuspeisen beliebt. (Zuruf Landeshauptmann: Wir bekommen ja auch nicht mehr!) Ja, Herr Landeshauptmann, dann muß eben dafür gesorgt werden, daß wir mehr bekommen. Andererseits muß doch die Provinz für die Straßen, die die Gemeinden nicht übernommen haben, ganz besondere Aufwendungen machen. Sie weisen selbst in Ihrem Bericht nach, daß die Unterhaltung der chaussierten Straßen im Jahre 1918 760 Mark pro Kilometer gekostet hat, sie aber jetzt 4040 Mark kostet. Die Gemeinden speisen Sie aber mit dem lächerlich geringen Betrage von im Durchschnitt vielleicht 1000 Mark pro Kilometer ab. Das kann nicht gehen. Die Bezahlung, die wir den Gemeinden geben, ist nicht, wie sie sein muß; sie entspricht nicht den Aufwendungen der Gemeinden. Da ist mir entgegengehalten worden: Das macht nichts aus, denn wenn die Provinz jetzt die Gemeinden entsprechend bezahlt, müssen andererseits die Gemeinden doch wieder die Mittel dazu aufbringen. Meine Damen und Herren! Das ist nicht richtig. Es ist eben da eine kleine Anzahl Gemeinden, welche da in hohem Maße in Anspruch genommen wird, während eine ganze Anzahl anderer Gemeinden nicht davon betroffen wird. Dafür ein Beispiel: Wir Remscheider sind ja besonders stark damit belastet. Wir in Remscheid haben vor 25 Jahren 27,2 km chaussierter Straße zu der lächerlich geringen Summe von 32 000 Mark übernommen. Diese 32 000 Mark waren vor 25 Jahren eine entsprechende Bezahlung. Der Gutachter, der damals die Sache begutachtete, hat ausdrücklich gesagt: Für die heutigen Verhältnisse — also vor 25 Jahren — ist die Abfindung die richtige. Ich wiederhole, wir bekommen für diese 27,2 km 32 000 Mark. Ich habe nun einmal festgestellt, was wir wirklich dafür ausgeben. Wir haben im Jahre 1914 für die Instandhaltung dieser 27 km Straße zur teilweisen neuen Eindeckung 171 000 Mark ausgegeben und für andere Posten noch 44 000 Mark, insgesamt 215 243 Mark. Das war im Jahre 1914. Heute müssen wir, wenn wir die Straßen ordnungsmäßig instand setzen wollen, mehr als eine halbe Million Mark bei der starken Belastung in Remscheid für diese Straßen ausgeben. Wir erhalten aber nur 32 000 Mark. Gleichfalls ist die Stadt Barmen mit 27 km, Köln mit 37 km, Elberfeld mit 26 km, Vorbeck mit 18 km, Solingen mit 15 km und der Kreis Wezlar sogar mit 51 km beteiligt, während andere Städte, z. B. der Kreis Mayen nur mit 0,15 km, Guskirchen mit 0,22 km, Neuenahr mit 1,78 km, Rees mit 1 km beteiligt sind. Ich meine, das ist eine vollständig ungerechte Einteilung. Es ist nicht richtig, wie es in der Denkschrift heißt, daß die Gemeinden ein großes Interesse daran haben, daß sie die Straßen übernommen hätten, um die Wasserleitung, die Kanalisation, die Gasleitung hindurchleiten zu können. Meine Damen und Herren, das können die anderen Städte auch. Guskirchen, Mayen usw. haben auch keine Schwierigkeiten, diese Anlagen durch die Provinzialstraßen zu leiten. Das trifft also nicht zu. Auch heißt es ausdrücklich in dem Vertrage, den die Provinz mit den Gemeinden abge-

geschlossen hat, daß die übernommenen Straßen Eigentum der Provinz bleiben. Wollen wir irgend etwas ändern, wollen wir die Straßen verlegen, dann bedürfen wir der Zustimmung der Provinz. Ich meine, diese Ungerechtigkeit muß unbedingt beseitigt werden, und wir müssen Mittel und Wege finden, daß die betreffenden Gemeinden neben ihren hohen Steuern, die sie für die Provinz zu zahlen haben, nicht derartig einseitig belastet werden. Ich wünsche dringend, daß die Kommission dazu Stellung nimmt und veranlaßt, daß dieser Mißstand beseitigt wird.

Vorsitzender Gieles: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. von Renvers: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Haas hat heute morgen eine Reihe von Wünschen über Abänderung der Etatsformulare vorgebracht und Beschwerden erhoben über Anstaltsbehandlung, über Irrenhäuser, Krankenhäuser, Fürsorgeanstalten usw. Ganz dieselben Beschwerden und Wünsche hat eben der Herr Abgeordnete Koch vorgebracht. Es ist nun nicht möglich, hier auf die einzelnen Fälle, die nur angedeutet sind, einzugehen. Es wird darüber in den Kommissionen gesprochen werden und dann vielleicht bei den einzelnen Haushaltsplänen, wenn sie hier vorgebracht werden. Ich habe mich auch deshalb nicht zum Worte gemeldet, sondern aus einem anderen Grunde.

Heute morgen hat Herr Abgeordneter Haas unter den Beschwerden auch eine Beschwerde gegen einen Beamten vorgebracht und ihn mit Namen genannt. Sie betrifft den Direktor von Jarosky in Brauweiler. Meine Damen und Herren, was heute morgen über Herrn Direktor von Jarosky gesagt worden ist, steht heute abend in allen möglichen Zeitungen, und wenn es ohne jeden Kommentar von hier aus in die Welt geschickt worden ist, wird man sagen: Die Sache ist auch von der Verwaltung zugegeben, von Jarosky ist im Unrecht. Das kann ich nicht zugeben, darum muß ich bitten, auch meine Auffassung über den Herrn Direktor von Jarosky hier hören zu wollen. (Sehr richtig! rechts.)

Herr Direktor von Jarosky stammt aus einer alten Militärfamilie. Er war Offizier, dann Direktor eines preussischen Gefängnisses, und von dort hat ihn die Provinzialverwaltung nach Brauweiler übernommen. (Abgeordneter Delopp: Das ist die richtige Stelle!) Er hat in Brauweiler zunächst die Anstalt innerlich und äußerlich reformiert. Die Anstalt stand früher in dem Ruf, sie würde polizeilich sehr stramm verwaltet. von Jarosky hat ganz entschieden günstige Änderungen herbeigeführt. Das Verhältnis zwischen dem Direktor von Jarosky und seinen Beamten war vor dem Feldzug ein ganz erträgliches. Besondere Beschwerden sind mir niemals bekannt geworden. Nun zieht Herr von Jarosky ins Feld und kommt nach einigen Jahren zurück, und — das muß ich ja zugeben — natürlich ist seine Auffassung eine mehr militärische geworden. (Abgeordneter Gerlach: Hört! Hört!) Aber er hat auch ganz andere Beamten vorgefunden. Die Beamten waren auch draußen, sie haben eine ganz andere Auffassung von der Stellung der Beamten und Angestellten wie früher (Abgeordneter Gerlach: Sehr richtig!), und es ist ganz klar, daß hierdurch einige Kontroversen und Beschwerden entstanden sind.

Ich kann die einzelnen Fälle nicht untersuchen, sie sind mir nicht vorgelegt worden. Ich möchte nur einen Fall, den Herr Haas hervorgehoben hat, betonen. Es wurde gesagt, von Jarosky habe einen Beamten zu einem Kommissorium hinausgeschickt und da habe dieser eine Frau in sittlicher Beziehung angegriffen, dann sei gegen den Mann das Disziplinarverfahren eingeleitet und er sei suspendiert und auf halbes Gehalt gesetzt worden; das sei sehr hart, man könne sein Verschulden nicht feststellen, weil die Person abwesend sei, und ähnliches. Ich darf den Fall einmal richtigstellen. Direktor von Jarosky hat einem Beamten den Auftrag erteilt, eine Person zu einer Vernehmung zu bringen. Das war ein dienstlicher Auftrag. Auf dem Rückweg geht der Beamte mit

dieser Person in ein Wirtshaus, setzt sich in der Wirtsstube auf eine Bank und nimmt an der Person unsittliche Handlungen vor. (Abgeordneter Haas: Soll!) Das ist meines Erinnerns beobachtet worden von der Geschäftsinhaberin. Nun leitet die Staatsanwaltschaft sofort gegen den Betreffenden ein Strafverfahren ein, weil er sich ihrer Auffassung nach eines Verbrechens in der Ausübung seines Amtes schuldig gemacht hat. (Abgeordneter Haas: Schuldig gemacht haben soll!) Nachdem die Staatsanwaltschaft das Strafverfahren eingeleitet hatte, blieb mir nichts anderes übrig, als daß ich pflichtgemäß den Beamten wegen seines Verhaltens vom Amte suspendierte. (Sehr richtig! rechts.) Ich konnte den Beamten nicht weiter im Dienst lassen; ich habe nur meine Pflicht und Schuldigkeit getan. (Sehr richtig! rechts. Zuruf links: Es ist doch noch nichts bewiesen!) Was ist denn da nicht nachgewiesen? Die eine Person, die es gesehen hat, kann ja als Zeugin vernommen werden. Weiter bitte ich zu berücksichtigen: alle Aussagen solcher Korrigendinnen sind doch mit Vorsicht aufzunehmen, und nicht nur der Korrigendinnen, sondern aller dieser Personen. (Abgeordneter Haas: Sie unterstellen ihr doch in diesem Falle, daß sie die Wahrheit gesagt hat!) Daß es ihn hart trifft, wenn er nur die Hälfte seines Gehaltes bekommt, ist richtig. Das ist aber nicht meine Schuld.

Ich kehre zu v. Jarosky zurück. Herr v. Jarosky hat sich — das muß ich zugeben — vielleicht in die neuen Verhältnisse nicht so leicht hineingelebt, wie das wünschenswert war. Das ist möglich. Aber bedenken Sie eins: In welcher Situation steht Herr Direktor v. Jarosky in Brauweiler? Die Korrigendenanstalt ist während des Feldzugs zugrunde gegangen; es waren keine Korrigenden da. Für alle Subjekte, die in der Provinz unterzubringen waren, mußte die Anstalt Brauweiler erhalten. Es wurden zunächst die Frauenzimmer in Saarbrücken aufgegriffen. Wo kamen sie hin? Nach Brauweiler. Es wurden die Mädchen in Koblenz und Köln aufgegriffen. Wo kamen sie hin? Nach Brauweiler. Wir mußten immer wieder besondere Abteilungen einrichten. Dann wurde das Landarmenhaus in Trier aufgehoben. Wo kamen die Landarmen hin? Nach Brauweiler. Dann hatten die Fürsorgezöglinge keine Räume. Wo kamen sie hin? Nach Brauweiler. Herr Direktor v. Jarosky hat diese Abteilung in tadelloser Weise eingerichtet, so daß ich wirklich sagen muß: Ich habe vor seinem Verwaltungstalent sowie vor seiner Fähigkeit, derartige Einrichtungen zu schaffen, alle Hochachtung, wie ich überhaupt vor Herrn v. Jarosky, der ein durchaus ehrlicher, aufständiger und ordentlich gesinnter, aufrechter Mann ist, alle Hochachtung habe. (Bravo! rechts.) Daß er sich nicht so in die Verhältnisse, wie sie jetzt sind, einlebt, das passiert anderen auch. (Zustimmung rechts. Abgeordneter Gerlach: Das ist auch erklärlich.)

Vorsitzender Gielen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoffmann.

Abgeordneter Hoffmann: Meine Damen und Herren! Die verschiedenen Fraktionen haben alle auf die Rheinlande und die sogenannten Loslösungsbestrebungen Bezug genommen. Alle haben betont, daß es selbstverständlich sei, gerade im jetzigen Augenblick noch mehr wie sonst zu betonen, daß das Rheinland nicht loszulösen ist von dem gesamten deutschen Einheitsstaat, daß der deutsche Einheitsstaat anzustreben ist. Wir, die wir auf diesem Gebiete stets diesen Standpunkt vertreten haben, wir, die wir alle Loslösungsbestrebungen bekämpft haben, wir, die wir auch bezüglich der Sanktionen, auf die insbesondere der Herr Abgeordnete Heß zu sprechen kam, keineswegs irgendein Verschulden haben, wir, die wir den Krieg bekämpft haben, wir haben auch alle Veranlassung und ein Recht dazu, gegen die Sanktionen Front zu machen. Wir haben wohl als die einzige Partei das Recht, in der entschiedensten Weise gegen die Ungerechtigkeiten, die die Sanktionen mit sich bringen, Front zu machen. (Abgeordneter Gerlach: Warum die einzige Partei?) Weil wir diejenigen sind, die tatsächlich mit Bewußtsein und mit der Tat gegen den Krieg gekämpft haben. Tatsächlich wird heute der Völkerhaß, von dem Herr Abgeordneter Haas

sprach, in den Kindern, selbst den kleinsten Kindern großgezogen. Ich muß demgegenüber betonen, daß unseren Kindern kein Völkerverhaß gepredigt wird, daß unseren Kindern kein Völkerverhaß eingepflegt wird. Zweifellos machen jetzt die nationalen Kreise infolge der Besetzungsmaßnahmen in Nationalismus, was diese und jene Nachwirkungen haben kann und hat. Wenn man aber herkommt, wie der Herr Abgeordnete Hess, und verlangt, daß die wegen ihrer nationalistischen Treibereien aus dem Rheinlande ausgewiesenen Personen in besonderem Maße belohnt werden, so muß man dagegen Front machen. (Lachen rechts.) Denn wenn es so fortgehen soll, dann haben ja in dieser Beziehung die Herrschaften nichts mehr zu riskieren und würden noch viel mehr in dieser nationalistischen Weise das deutsche Volk und in Sonderheit die Rheinprovinz schädigen.

Bezüglich der ganzen Tagung, die wir mit der Regierungserlaubnis haben, und wozu sogar der Segen des Himmels erkauft wurde, muß man doch betonen, daß der Provinziallandtag eigentlich einen großen Teil seiner Pflichten und seines Einflusses an den Provinzialausschuß abgetreten hat (Sehr richtig! links), der mit allerlei Machtbefugnissen ausgestattet ist und der oft selbstherrlich handeln kann, während der Provinziallandtag nur mit Erlaubnis der Regierung, wenn es der gefällt, einmal einberufen wird. Wenn wir uns nun die Tagung an sich vor Augen führen, die noch nicht einmal parlamentarisch aufgezoogen wird und wozu noch nicht einmal vorher rechtzeitig der Ältestenrat, die Sachkommission usw. zusammenberufen werden, alles von dem Gesichtspunkte aus, daß jedesmal wieder eine Neukonstituierung zu erfolgen hat, so ist doch diese ganze Maßnahme verkehrt, weil wir tatsächlich in unseren Verhandlungen sehr darunter leiden. Die ganze traurige Finanzlage, in der die Rheinprovinz, Staat und Gemeinden stecken, diese Bankrottwirtschaft ist, wie von den letzten Rednern schon betont worden ist, zurückzuführen auf die Folgen des sogenannten Stahlbades, auf die Folgen des mörderischen Krieges und auf die verkehrte Finanzpolitik vor und während des Krieges. (Sehr richtig! links.) Hätte man während des Krieges wenigstens die englische Finanzpolitik gehabt, dann wäre manches anders. (Abgeordneter Bamberger: Aber sicher!) Dann wären wir in finanzieller Beziehung überhaupt weit besser gestellt und hätten nicht in dieser Weise den ganzen Kriegsgewinnlern und Kriegsindustriellen derartige Gewinne zukommen lassen. Diese übermäßigen Gewinne wären dann schon während des Krieges zugunsten der Allgemeinheit verwandt worden, während sie während und nach dem Kriege ins Ausland wanderten, zum Schaden des Volkes. Wir kennen ja auch noch viele Revolutionsgewinnler. Und es ist der Herr Minister Briand, der sagt, daß in Deutschland die öffentlichen Kassen leer und die Kassen der privaten Unternehmer immer voller werden.

Wenn wir in der Provinz sehen, daß das Vermögen schon um  $4\frac{3}{10}$  Millionen Mark gegen das Vorjahr sich vermindert hat, daß aber eine Vermehrung der Ausgaben von 146 Millionen Mark zu verzeichnen ist, und daß der Provinzialausschuß nun mit einem Steuerbuckett kommt, Erhöhung der Realsteuern usw. vorschlägt, so muß man sich mit dieser Frage auch etwas näher beschäftigen. Es ist ja richtig, wenn man verlangt, um nicht wer weiß wie die ganzen allgemeinen Arbeiten der Provinz zu schädigen, daß die finanzielle Frage rechtzeitig gelöst wird. Aber wenn man sieht, wie das Kommunalabgabengesetz gemacht werden soll, um für die Provinz Maßnahmen in steuerlicher Beziehung zu treffen, so haben wir zu betonen: Sollten diese steuerlichen Maßnahmen indirekter Art sein, so müssen wir dagegen ganz entschieden Front machen. Denn die indirekten Steuern werden in ganz schlimmer Weise noch mehr als bisher das Existenzminimum besteuern. Die Frage werde ich in einem anderen Zusammenhang gleich noch streifen.

Was uns aber in der heutigen Tagung noch besonders wesentlich erscheint, ist, wie schon betont, die Wahl des neuen Landeshauptmanns. Wir können keinen Nachfolger für Herrn von



Renvers gebrauchen von echt preussischem Junkergeist. Herr von Renvers kann es verstehen, wenn wir ihm auch kein Abschiedslob spenden. Herr von Renvers hat ja durch seine Verteidigung des Direktors der Anstalt Brauweiler erneut gezeigt, von welchem altem Geist aus dem vorvorigen Jahrhundert die ganze Provinzialverwaltung befeelt ist. Die Verteidigung des Direktors der Anstalt Brauweiler spricht für sich. Wir wollen einen Nachfolger als Landeshauptmann, der soziales Verstehen hat und soziale Tatkraft zeigt.

Wir wollen eine würdige Kulturpolitik in der Provinz, die Gehaltsregulierung der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der unteren Beamten insbesondere, in der Weise, daß sie den heutigen Zeitverhältnissen entspricht und mindestens das Existenzminimum gewährleistet, was keineswegs in der jetzigen Zeit gegeben ist. Wir müssen auch ganz besonders betonen, daß der Achtstundentag in den Anstalten und überhaupt überall hochgehalten wird. Gegen die niedrige Bezahlung der unteren Beamten und der unteren Angestellten und Arbeiter ist entschieden einzuschreiten.

Wir haben besonders zu betonen, daß die Pensionen der unteren Beamten und Angestellten in den Provinzialanstalten usw. wesentlich anders gestellt werden müssen. Ich erinnere nur daran, daß, wie durch Fälle, die die Freunde meiner Fraktion in dieser Beziehung erhalten haben, dargelegt wird, daß die Leute in keiner Weise mit den Pensionen auskommen können. Ich habe hier einen Fall, wo die Familie eines pensionierten Beamten, bestehend aus Mann, Frau und 4 Kindern, also 6 Personen, mit allem, was drum und dran hängt, 226 Mark monatlich hat, wovon sie leben soll. Wer allein diese Zahlen für eine solche sechsköpfige Familie hört, kann sich ein Bild davon machen, welches Hungerdasein diese Leute führen. Wenn man nun weiter sagt, wie nun noch allerlei Unrechnungen erfolgen, so daß diese Leute gezwungen sind, noch Gesuche gegen die Anrechnung der verschiedenen Renten usw. einzureichen, so sollte man unter allen Umständen dem Rechnung tragen, daß das Invalidengeld für die Zukunft nicht mehr in Anrechnung gebracht, sondern den Leuten die volle Rente gewährt wird.

Es muß auch darauf gedrungen werden — das ist das Hauptfächliche —, daß eine Erhöhung der Renten erfolgt, damit die Renten auch mit der heutigen Valuta in Einklang zu bringen sind. (Sehr richtig! links.)

Die Provinzialanstalten müssen im Gegensatz zu der Auffassung des Herrn Kollegen Heß vom Zentrum ihres konfessionellen Charakters entkleidet werden. (Zuruf aus dem Zentrum: Dann werden sie noch teurer!) Die Provinzialanstalten sind ja bisher Privilegien der Konfessionen, der Kirchen; sie hatten jahrhundertlang Zeit, in dieser Richtung ihre christlichen Grundsätze zur Durchführung zu bringen. Aber wir wissen, daß es bei den Provinzialanstalten sehr böse aussieht, und die Herren Vorredner haben schon eine Anzahl Fälle in dieser Beziehung vorgebracht.

Ein ganz dunkles Kapitel ist und bleibt die Fürsorgeerziehung. Wenn wir heute hörten, was der Herr Landeshauptmann mit kaltem Blute sagte, daß sogar Fürsorgezöglinge in Brauweiler untergebracht sind, so kennzeichnet das die Situation ganz besonders. Die Verhältnisse sind so, daß es bei den Zuständen, die dort herrschen, angebracht wäre, daß als Uberschrift an den Fürsorgeanstalten die Worte aus Dantes „Hölle“ stehen müßten: „Ihr, die Ihr hier eintretet, laßt alle Hoffnung fahren!“ Es herrscht dort eine Erziehungsmethode des Prügelstocks und des Gebetbuchs, und diese Erziehungsmethode ist so schlimm, daß bis weit in die Bürgertreife hinein sich die Auffassung durchsetzt, daß die Fürsorgeerziehung keineswegs irgendwelche Erfolge aufzuweisen hat, sondern daß jeder, der in Fürsorgeerziehung kommt, sich von vornherein damit abfinden muß, daß er niemals durch eine solche Fürsorgeerziehung ein nützliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft werden kann. (Abgeordneter Bamberger: Sehr richtig!) Es ist so, daß die Fürsorgeerziehung

von heute weiter nichts ist als ein Schandmal der deutschen Kultur. Wer aus der Fürsorgeerziehung heute herauskommt, der ist schlechter, als wie er hineingekommen ist. (Zuruf rechts: Beweise!) Es ist so, daß eben überall, in allen kriminellen Fällen sich in der Biographie der betreffenden inkriminierten Personen in der Hauptsache die Fürsorgeerziehung befindet. Anstatt daß die Anstalten wirklich Verbesserungsanstalten werden, anstatt daß man in dieser Richtung wirklich so arbeitet, wie es den modernen pädagogischen Verhältnissen entspräche, macht man das gerade Gegenteil und fährt in dem alten Kurs weiter.

Ich habe, als ich diesem Kollegium noch nicht angehörte, Gelegenheit genommen, gegen eine solche Anstalt vorzugehen. Als Redakteur der Elberfelder Freien Presse war ich damals in der Lage, an der Hand vieler, vieler Beweise die Verhältnisse in der Anstalt Gemünd aufzudecken. Die Zustände, die dort sich herausbildeten, waren so skandalöser Art — das wird mir sogar der Herr Landeshauptmann bestätigen (Zuruf Landeshauptmann: Nein! Nein!) — daß die Strafkammer in Aachen sie zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt hat. (Zuruf: Wen denn, etwa den Landeshauptmann?) Die leitenden Personen der Anstalt in Gemünd sind damals zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt worden — ein Beweis dafür, wie schlimm es damals war. Das will etwas heißen, wo man doch weiß, daß man den Böglingen im allgemeinen wenig oder gar nichts glaubt, daß also durch andere Personen der Nachweis geführt werden mußte. Selbst einem Teil der Angestellten ging die rigorose Behandlung der Fürsorgezöglinge wider den Strich, so daß sie es nicht mehr mitmachen konnten, daß einfach in sadistischer Weise Angestellte beauftragt wurden, die Böglinge auf den Boden zu schnallen und zu prügeln (Hört! Hört! links) und sie dann den nächsten Tag in die Kirche zu bringen. Das sind skandalöse Zustände, die heute auch noch vorkommen, besonders in den Anstalten.

Ich möchte im Gegensatz dazu auf das hinweisen, was wir gestern hier erlebt haben. Gestern haben wir die schönen Schulgärten und Anlagen besichtigt, die der Abgeordnete unseres Hauses, Herr Rektor Steinneyer, eingeführt hat, für die er bereits seit einem Jahrzehnt kämpft. Es wird mir wohl jeder bestätigen, daß hier vorbildliche Erziehung geübt wird, daß hier die Jugend mit der Natur verbunden und gut erzogen wird nach modernen pädagogischen Grundsätzen. Wenn man dies endlich einmal auch auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehung lernen würde, würde manches anders. (Abgeordneter Bamberger: Sehr gut!)

Wenn von der Rechten vorhin der Zwischenruf „Beweise“ erfolgte, so möchte ich dem Betreffenden sagen: Ich kenne einen Pfarrer und Lizentiaten Erfurth von Elberfeld. (Zuruf aus der Mitte: Ein tüchtiger Mann!) Wird nicht bestritten; ich führe ihn ja gerade als Beweis an. Der hat gerade versucht, neue Wege zu gehen. Ich möchte bitten, diesen Herrn zu unterstützen, damit in der Beziehung Besserung Platz greife und neue Wege auf dem Gebiete gegangen werden.

Wenn wir uns nun andererseits vor Augen führen müssen, wie hier die Verhältnisse sind, so können ja in der Spezialberatung meine Freunde noch klassische Beispiele dafür geben, auch in der Generaldebatte, wenn Sie es wünschen.

Ich möchte aber noch auf ein weiteres hinweisen. Ich habe hier eine Broschüre: „Die Toten von Sankt Thomas, Opfer der Hungerblockade oder an Massenmord grenzende Verbrechen“. (Weiterkeit rechts. Abgeordneter Dr. Klopp: Die Rechte lacht!) Wenn Sie darüber lachen, so beweisen Sie damit, daß Sie noch nicht wissen, was hier los ist. Sie könnten höchstens über etwas lachen, was Sie nachher bereuen. Hier dreht es sich darum, daß nach dem Bericht, den ich gehört habe, der Provinzialausschuß am 15. März beschlossen hat, von den Verhandlungen, betreffend den Erwerb eines Teils der vormaligen Pflegeanstalt Sankt Thomas bei Andernach, Kenntnis zu nehmen und

die weitere Entwicklung der Angelegenheit abzuwarten. Aus einem früheren oder späteren Protokoll, wo eine Kommission gewählt wurde, ist ähnliches zu ersehen. Nach einer anderen Statistik, die ich zufälligerweise auch zu Gesicht bekommen habe (Zuruf Landeshauptmann: Das ist gar keine Provinzialanstalt!), nein, ich nehme an (Zuruf Landeshauptmann: Sie ist es aber nicht!). Ich nehme an, daß Ihnen nicht unbekannt ist, daß Sie viele, viele dieser Leute in diese Anstalt überwiesen haben. (Zuruf Landeshauptmann: Diese Anstalt geht mich aber nichts an!). Sie untersteht der Regierung, und Sie sind auch ein Vertreter der Regierung. [Zuruf Landeshauptmann: Das ist ein staatsrechtlicher Irrtum! (Heiterkeit.)] Zunächst dreht es sich darum, daß ich hier als Mitglied des Provinziallandtages über die von der Provinzialverwaltung benutzte Anstalt das sage, was ich zu sagen für notwendig halte. Es ist da festzustellen, daß bei Ausbruch des Krieges von der Provinz aus 600 Geistesranke in Sankt Thomas untergebracht waren, daß später noch 70 neu aufgenommen worden sind. Seit Beginn des Krieges sind so viele gestorben, daß bei Auflösung der Anstalt nur noch 280 Geistesranke vorhanden waren. Es sind also 390 gestorben. Das sind 58%. Das ist eine Ziffer, die in keiner anderen Anstalt zu verzeichnen war. Darauf ist ja auch die Auflösung gewissermaßen zurückzuführen. (Zuruf: Ist nicht richtig!) Der Regierungspräsident hatte dadurch Veranlassung, einzugreifen, und wir können feststellen, daß bei dieser Anstalt gegenüber anderen Anstalten, wo wir 10% Sterblichkeitsziffer haben — was ich auch noch sehr hoch finde —, bei einer Sterblichkeit von 50% tatsächlich in der schlimmsten Weise mit den Leuten verfahren worden ist. Des weiteren möchte ich feststellen, daß aus dieser Broschüre sich ergibt, daß die leitenden Personen dieser Anstalt, mit denen die Provinzialverwaltung verhandelt, in der schlimmsten Weise mit den vorhandenen Lebensmitteln aus der großen landwirtschaftlichen Befugung Schiebung und Wucher trieben und alle die Schwerverranken einfach dem Hungertode preisgegeben haben, nur um sich persönliche Vorteile zuzuwenden. Wenn man sich diese Broschüre vor Augen führt, so ist das auch ein Kapitel zu der Fürsorge, wofür die Provinzialverwaltung, wenn auch in dem Falle indirekt, eine gewisse Mitverantwortung trägt, zumal sie jahrelang die betreffenden Personen dieser Anstalt überwiesen hat und sie folglich alle Veranlassung gehabt hätte, für diese Anstalt die richtigen Maßnahmen zu treffen. Der Herr Landeshauptmann sagt ja selbst, die Hausordnungen in den Anstalten müssen geändert werden. Wenn schon in seinen Anstalten so schlimme Hausordnungen sind, wieviel mehr in den Anstalten, auf die er keinen direkten Einfluß hat. Die Provinz verhandelt hier mit Leuten, die für sich weiß Gott welche Gewinne herausgeholt, die Verbrechen auf Verbrechen gehäuft und 390 Morde auf dem Gewissen haben. (Oho-Rufe rechts.) Es ist notwendig, hier im Provinziallandtag festzustellen, daß diese Leute noch frei herumlaufen, daß die Regierung in Koblenz da noch nicht eingegriffen hat.

Man einiges zum Etat. Wir sehen, daß es hier auf Seite 141 bezüglich der Fürsorgeerziehung heißt: „Am 1. April 1920 war ein Bestand von 9620 Böglingen. Das Rechnungsjahr 1920 hatte einen Zugang von rund 2800 und einen Rückgang von rund 2000, so daß zu Beginn des Rechnungsjahres 1921 ein Bestand von 10 400 Böglingen vorhanden ist“. Es besteht kein Grund, sagt die Provinzialverwaltung, für das Rechnungsjahr 1921 mit anderen Annahmen zu rechnen, und so wird mit einem Bestande von 11 200 Böglingen gerechnet. Wir sehen also, daß hier festgestellt wird, daß die Zahl der Fürsorgezöglinge in enormem Steigen begriffen ist, anstatt daß die Provinz und überhaupt jeder auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehung in der Gemeinde und ganz gleich wo dahin arbeitet, daß nicht die Fürsorgeerziehung einfach ausgesprochen, sondern vorbeugende Arbeit getrieben wird, daß alles geschieht, damit einer nicht in die Fürsorgeerziehung hineinkommt. Darüber sind wir uns klar: Der Herr Landeshauptmann ist hartherzig bis dort hinaus. Das hat

er in der Vergangenheit bewiesen, denn wenn einer in der Fürsorgeerziehung ist, können Sie, wenn er sich noch so gut geführt hat, Brief und Siegel darauf nehmen: Der Herr Landeshauptmann gibt den Fürsorgezögling nicht frei, bis er 21 Jahre alt ist. (Zuruf Landeshauptmann: Die Hälfte ist immer freigegeben worden!) Dafür haben wir genügend Beweise in der Hand, es sind genug Schriftstücke darüber gewechselt, die beweisen, daß in der Beziehung alles geschieht, daß unter keinen Umständen bis zum 21. Lebensjahr irgendein Fürsorgezögling freigelassen wird.

Wir sehen, daß im allgemeinen in den Heilanstalten die Zahl der Ueberwiesenen immer kleiner wird. Das wird aber nicht etwa darauf zurückzuführen sein, daß das Volk gesunder geworden ist, nein, das Volk ist durch die Unterernährung, durch die sogenannte Durchhaltepolitik während des Krieges krank geworden, sehr krank, und bedarf der Heilung. Wir sehen aber, daß allgemein immer mehr und mehr tatsächlich die Gemeinden für diese Heilung nicht die Mittel aufbringen können, so daß also eben die Gemeinden auch, weil sie die Mittel nicht haben, von Ueberweisungen Abstand nehmen. Die Kosten können nicht aufgebracht werden, und so geschieht nichts in dieser Richtung, was irgendwie zur weiteren Gesundung des Volkes beitragen könnte.

Zunächst noch eine Bemerkung zu unserem Antrage. Wir haben ja gerade bezüglich der Fürsorgeerziehung einen besonderen Antrag eingereicht, der sich gegen die Prügelstrafe wendet und der verlangt, daß unter Hinzuziehung der Gewerkschaften die Berufsberatung und die Arbeitsverteilung erfolgt. Es ist dies unter allen Umständen das einzig Richtige, damit nicht etwa die aus der Fürsorgeerziehung herausgekommenen Personen einfach nur nichts als Ausbeutungsobjekt für die Landwirtschaft oder die Industrie dienen und als Schmutzkonkurrenz für die übrigen arbeitenden Klassen, die ihre tariflichen Bedingungen in jeder Beziehung zu beachten haben. Wir müssen auch verlangen, daß während der Fürsorgeerziehung keinesfalls den Fürsorgezöglingen das Koalitionsrecht verwehrt wird, sondern daß sie genau so Anspruch auf tariflichen Lohn haben, wie die anderen Arbeiter. Wenn in dieser Richtung in Verbindung mit den Gewerkschaften die Berufsberatung für die Fürsorgezöglinge und all die Fragen, die damit verbunden sind, verhandelt werden, bin ich dessen gewiß, daß dieser Reformweg zweifellos eine größere Besserung in dieser Richtung hervorrufen wird, als alle Maßnahmen, die irgendwie einen konfessionellen Charakter tragen. (Sehr richtig! links.)

Wenn wir bezüglich der Straßenbauverwaltung gehört haben, daß der Herr Landeshauptmann in seinem mündlichen Bericht davon sprach, daß man in der Gemeinde in Zukunft sich mit Knüppelstraßen und Knüppeldämmen abzufinden habe, daß gespart werden müsse und dergleichen, daß keine Talsperren usw. gebaut werden könnten, daß kein Geld dafür da sei, so müssen wir uns mit diesen Fragen in etwa näher beschäftigen. Da finden wir, daß in dieser Richtung die Provinz manches ändern müßte. Ich bin der Auffassung, daß die Provinz bisher auf diesem Gebiete wenig gespart hat. Ich bin aber nicht der Auffassung, daß die Provinz in ausreichendem Maße auf dem Gebiete des Straßenbauwesens gesorgt hat, wie das indirekt aus den Ausführungen des Kollegen Koch herausklang. Ich möchte, um eben auf diese Fragen noch zu sprechen zu kommen, zunächst darauf hinweisen, daß in der Bauverwaltung der Provinz eine Einrichtung besteht, daß eine Fernvertretung der Landesbauinspektoren erfolgt. Das ist auch noch ein alter Pöppel. Wenn in Düsseldorf ein Bauinspektor Urlaub hat, muß der Krefelder ihn vertreten. Das geht in der Weise, daß der Landesbauinspektor dann die Briefe und all die Sachen, die sie irgendwie zu machen und zu unterschreiben haben, durch die Post nach Krefeld schickt. Der Landesbauinspektor macht den eiligen Dienst, und wie die Verhältnisse zeigen, sind eigentlich viel zuviel Inspektoren vorhanden. Im Etat sind ja auch noch zwei Inspektorstellen vorgesehen, die gar nicht besetzt sind. Man will

sich diese Summen bewilligen lassen, um im Laufe des Jahres diese Inspektorstellen zu besetzen. Wenn auch gesagt wird, daß beim Straßenbauwesen dies und jenes geschehen sei, so muß ich sagen, daß, wenn schon die anderen Behörden rückständig sind, die Straßenverwaltung, soweit ich darüber informiert bin, die allerrückständigste Behörde ist. Hier herrscht der Inspektoreng Geist von vor 50 Jahren. Es ist sehr schwer, gegen ihn anzukommen. Im Volksmunde sagt man ja: Der Inspektor fährt und sieht, der Straßenmeister geht und sieht und der Wärter steht und sieht. Weshalb und aus welchen Gründen ich nun hier diese Frage speziell zur Sprache bringe, ist darauf zurückzuführen, daß ich der Auffassung bin, daß, genau so wie bei der Eisenbahn, wie bei der Staatsverwaltung, wie bei der allgemeinen Verwaltung, die Sekretäre, die organisch den Inspektoren direkt untergeordnet sind, die Arbeit zu machen haben, die die Sache rein technisch ebensogut oder noch besser beherrschen, auch in der Lage sein müssen, Vertretungen auszuüben, und irgendwo, wo eben nicht die Notwendigkeit einer Inspektorstelle unter allen Umständen gegeben ist, die Arbeiten des Inspektors auszuführen. Es ist dies schon deshalb notwendig, weil dadurch nicht nur gespart, sondern auch praktisch gearbeitet wird. Was nützt es denn, wenn z. B. ein Inspektor von Siegburg die Tätigkeit eines Inspektors von Gummersbach ausübt? Was nützt es, wenn ein 65—70 Jahre alter Herr in Siegburg sitzt und ein halbes Jahr die Vertretung von Gummersbach hat, und es ändert doch an der Sache nichts, nur daß die teuren Gehälter gezahlt werden müssen und daß außerdem von dem Landesbausekretär wegen der sonstigen Verhältnisse durch Vorlage an den Landtag noch eine Dienstwohnung verlangt wird? Das sind Dinge, die wir unter keinen Umständen mitmachen können. Wir müssen schon verlangen, daß eben hier das, was anderswo möglich ist, was in Reich, Staat und Gemeinden möglich ist, auch in der Provinz möglich sein muß. Die Verhältnisse sind hier so, daß auch die Provinzialabteilung, hier das Landesbauamt, der Landesbauerrat usw., doch zweifellos einen solch großen Stab von oberen wie mittleren Beamten hat, daß er in der Lage ist, in besonderen Fällen, wo der akademische Inspektor für notwendig befunden wird, für sich eine Kautel zu schaffen, die ihm gewisse Rechte sichert. Es ist ja möglich, daß bei landespolizeilichen Prüfungsterminen usw. der Landesbausekretär diese Vertretung nicht allein übernimmt, sondern daß da eben irgendein Vertreter vom Landesbauamt die Sache übernimmt. Jedenfalls können wir die Inspektorstellen, die jetzt offen sind, für alle Zeit sparen.

Was weiter die Ansicht, die ich vertrete, bestätigt, ist die Zerstörung der Kohlenstraßen. Die Provinz tut ja so, als wenn sie ihre Hände in Unschuld wüßte. Dazu hat sie aber gar keine Veranlassung. Die Katastrophe bezüglich der vielen Straßen, worüber Herr Dr. Jarres und alle die Vertreter der Gemeinden mit Recht Beschwerde führen, ist in der Hauptsache nicht etwa auf die Entente zurückzuführen, sondern auf das mangelnde Eingreifen, auf die mangelnde Initiative der Straßenbauverwaltung. Nehmen wir einmal die Bergischen Kleinbahnen. Mit Recht führen sie, soweit ich informiert bin, einen Prozeß gegen die Provinz auf Zahlung von 6 Millionen Mark Schaden, weil die Provinz der Straßenunterhaltungspflicht nicht rechtzeitig nachgekommen ist. Wir wissen ja, daß man, wenn man zum Landesbauamt kam, man zugeknöpft war bis oben an, daß man dort sagte: Ihr könnt ja verkaufen in Eurem Dreck, zieht Euch Stiefeln an, usw. Material wurde nicht rechtzeitig hingebacht. Die Gemeinden haben alle nachgewiesen, daß die Provinz nicht recht arbeitete, daß das Material nicht da war, trotzdem sie selbst Anstalten hat. Hätte sie es rechtzeitig herangeschafft, immer von Zeit zu Zeit, wie es eigentlich ihre Pflicht gewesen wäre, wäre es gar nicht eingetreten, daß die Kosten im Laufe der Zeit um das Zehnfache gestiegen sind und dadurch in schlimmer Weise den Etat der Provinzialverwaltung erhöhten.

Das, was hier bezüglich des Straßenbaues gerade im Regierungsbezirk Düsseldorf unter der Leitung der Inspektoren geschehen ist, wäre — davon können Sie sicher überzeugt sein — bei

den Landesbauaufsehern nicht passiert. Ich nehme doch auch an, daß die Provinzialbeamten, ganz gleich welche, mindestens so tüchtig sein müssen, wie die Staatsbeamten. Warum soll das, was bei den Staatsbeamten möglich ist, nicht auch bei den Provinzialbeamten möglich sein?

Es ist ja nun weiter so, daß man auch hier das Ausfuhrverbot für Steine notwendig hat, weil eben durch das Balutageschäft durch das Nichteingreifen der Provinz und durch die Lieferung von Steinen nach dem Auslande auch die Provinz leider wesentlich geschädigt worden ist. Die Provinz hat Steinbrüche, zwei eigene Betriebe usw. Die Verhältnisse zeigen da, daß in dieser Richtung auch nicht alles so ist, wie es sein sollte. Wir wissen ja, daß die Steinbetriebe, die wir haben, auch keine Einnahmen in dem Maße erzielen, wie es eigentlich notwendig wäre. Ich glaube, es war Herr Abgeordneter Haas, der auch darauf hingewiesen hat, daß eben keineswegs in wirtschaftlicher Beziehung das herausgeholt worden ist, was herausgeholt werden könnte. Das kann man auch von den Steinbruchbetrieben sagen. Da stehen Einnahmen und Ausgaben in einer Weise, die noch an die Zahlen vor dem Kriege erinnern, wo doch heute die Steine 20 mal so teuer sind. Man weiß auch nicht, bis zu welcher Menge die Provinz Pflichtabnehmer ist und an welchem Gewinn die Rheinischen Provinzial-Basaltwerke in Obercassel beteiligt sind. Man ist nicht im Bilde über diese ganze Frage, und man muß schon, was die Provinzial-Basaltwerke im Siebengebirge betrifft, sich seine eigenen Schlüsse ziehen. Es gibt böse Zungen, die behaupten, daß die Provinzial-Basaltwerke im Siebengebirge eine Notwendigkeit seien, damit die Herren Räte alljährlich auf billige Art Vergnügungsreisen ins Siebengebirge machen können. Es ist doch die eigene Regie nur geschaffen worden, damit man vor Ringbildungen auf diesem Gebiete geschützt oder damit man der Konkurrenz gegenüber gewappnet und ihr nicht mir nichts dir nichts ausgeliefert war. Wenn man sieht, wie die Provinz auf dem Gebiete der Straßenbauverwaltung gearbeitet hat, so findet man, daß sie vieles verabsäumt hat. Sie hat sich hier in schlimmer Weise an den Interessen der Allgemeinheit versündigt. Das erkennen wir, wenn wir uns die Kohlenstraßen vor Augen führen. Als Kohlenstraßen bezeichne ich die Straßen, die durch die Kohlenautomobile usw. zugrunde gerichtet worden sind. Diese Straßen sind nicht rechtzeitig in Ordnung gebracht, es ist nicht rechtzeitig das nötige Material herangeschafft worden. Für diese Kohlenstraßen, die früher 4 Millionen Mark erforderten, müssen jetzt 12 Millionen Mark ausgegeben werden. Daß das für die Zukunft nicht so weitergehen darf, müssen wir unter allen Umständen verlangen. Wir müssen unter allen Umständen dahin wirken, daß sich in dieser Richtung die Verhältnisse ändern.

Wir müssen uns weiter sagen, daß der Ausbau des Kleinbahnnetzes zu erfolgen hat. Wir verlangen auch, daß das Wuppertal eine bessere Verbindung mit Essen und dem Industriegebiet erhält, um auch in dieser Richtung die ganzen Verhältnisse so zu gestalten, wie wir es wünschen.

Die Kohlenversorgung ist ja auch eine Frage von besonderer Wichtigkeit. Da hat die Provinz auch für die nötigen Wasserwege usw. zu sorgen. Die Folge der Kohlennot ist ja gewesen, daß viele, viele Wälder abgeholzt und abgeschlagen worden sind. Da haben die Forstbehörden der Provinz dafür zu sorgen, daß die Wiederanpflanzung zwangsmäßig erfolgt. (Landeshauptmann: Die Regierung, nicht die Provinz; wir haben ja keine!)

Wir benutzen auf alle Fälle den Provinziallandtag dazu, die Provinzialverwaltung aufzufordern, darauf einzuwirken, daß in dieser Beziehung eine Aenderung Platz greift.

Um noch einmal die Frage der vorbeugenden Jugendpflege usw. in Betracht zu ziehen, so haben wir dahin zu wirken, daß die Jugendherbergen ausgebaut werden, daß da keine Rangunterschiede gemacht werden, daß hier die Provinz in entsprechender Weise gewissermaßen einen Zuschuß gewährt, damit diese Herbergen unter den Voraussetzungen, die wir stellen, erhalten und ausgebaut werden.

Die Provinz hat aber auch eine großzügige Wohnungspolitik zu betreiben. Es ist schon von dem Vorredner zum Teil darauf hingewiesen worden, daß dadurch eine produktive Erwerbslosenfürsorge getrieben würde, indem dadurch mehr Arbeitsgelegenheit geschaffen und außerdem die schlimme Wohnungsnot bekämpft würde. Wir haben dahin zu wirken, daß auch die großen Exerzierplätze als Bauplätze für Wohnungen ausgenutzt werden, genau so, wie wir die Kasernen zu Wohnungen auszubauen haben.

Wir haben weiter dahin zu wirken, daß das Landesarbeits- und Berufsamt ausgebaut wird, daß es mehr und mehr unterstützt wird und daß das Landesarbeits- und Berufsamt die Fragen, die ich andeutete, weiter fördern hilft.

Wir können auch in weiterem Maße für die Allgemeinheit wirken, wenn wir im Hohen Venn, wie die Fachleute empfehlen, eine weitere Moorkultur einrichten. (Abgeordneter Jansen-Lammersdorf: Das gehört nicht mehr zu Deutschland!) Es ist Rheinprovinz. (Zuruf: Das ist doch abgetrennt worden!) Wir haben auch dafür zu wirken, daß diese Moorkultur geschaffen wird. (Zurufe: In Belgien? Wir haben ja keine Moorkultur mehr! Zuruf links: Wir haben bloß Schwarze, keine Mohren!) So gibt es noch viele andere Fragen, die gefördert werden können. Der Talsperrenbau wird ja einfach von der Provinz abgelehnt, weil die Finanzen nicht da sind, sagt der Herr Landeshauptmann. Jedenfalls ist es notwendig, daß Talsperren gebaut werden. Ist es denn nicht viel besser — das leuchtet doch jedem Laien ein —, man baut eine Talsperre oder mehrere, mögen sie kosten, was sie wollen, als daß man unnütz Millionen und aber Millionen für Erwerbslosenfürsorge ohne irgendwelche Gegenleistung ausgibt? Da ist es doch viel richtiger, man baut Talsperren und schafft Kulturwerte, als daß man nutzlos Gelder ausgibt, ohne irgendwie dafür Gegenwerte zu haben.

Wir haben auch mehr wie bisher die Frage der Eingemeindungen in der Rheinprovinz, der Industrie Provinz, zu fördern. Wir haben darüber besondere Vorlagen, die uns noch separat beschäftigen werden, so daß ich, da unsere Stellung bekannt ist, nicht näher darauf einzugehen brauche.

Wenn wir nun weiter sehen, wie sich die ganzen Verhältnisse gestalten, wenn wir sehen, daß die heutige Zusammensetzung des Provinziallandtages etwas anders ist als früher, wo nur die Landwirtschaft tonangebend und maßgebend war, wo die Städte zurückgedrängt waren, so ist eben schon von verschiedenen Rednern betont worden, daß hier sich noch Nachwirkungen da zeigen, wo es sich um große Vorteile der landwirtschaftlichen Gegenden gegenüber den Städten handelt. Da muß ausgleichend gewirkt werden, da muß dahin gewirkt werden, daß wir unter allen Umständen die Möglichkeit schaffen, daß die Bevorzugungen, die die landwirtschaftlichen Gegenden genießen, nicht mehr weiter eintreten. Wir müssen vielmehr dafür sorgen, daß die Städte, die die meisten Lasten aufzubringen haben, ebenfalls zu ihrem Rechte kommen. Die Landwirtschaft ist ja sowieso keineswegs irgendwie benachteiligt, sondern hat immer Vorteile gehabt. Sie ist aber nicht so gestellt, daß wir irgendwie sagen könnten, daß sie geschädigt würde, wenn die Provinz für ihre Aufgaben an die ländlichen Gemeinden besondere Anforderungen stellte.

Die Landwirte haben ja durch Reich und Staat, besonders durch das Reich, erneut ganz gewaltige neue Vorteile, neue Prämien, wir wissen, daß bei der ganzen Getreidebewirtschaftung nach den neuen Bestimmungen, die jetzt kommen, der Landwirt an jeder Tonne Getreide, die er im freien Handel verkauft, über den normalen Gewinn hinaus einen Uebergewinn von 3000 Mark erzielt. (Abgeordneter Dr. Dichgans: Was hat das mit dem Etat zu tun, Herr Hoffmann?) Wenn Herr Kollege Dichgans sagt, was das mit dem Etat zu tun habe, so hat das doch insofern mit dem

Stat zu tun, als auch das Zentrum sagt: Wir müssen für die bessere Befoldung der Beamten sorgen. Wir müssen uns da auch vergegenwärtigen, was weiter kommt. Die Vorteile, die infolge der Gesetzesmaßnahmen den Agrariern zugeschanzt werden, diese Milliarden, die sie erneut erhalten, zum Schaden der großen Masse des Volkes, der Hand- und Kopfarbeiter, sind so ungerecht wie nur etwas. Das wird uns zwingen, erneut an die Gehaltsfrage der Arbeiter, Beamten und Angestellten immer mehr und mehr heranzutreten. Es werden sich überall gewaltige Lohnkämpfe entwickeln, wenn dieses Gesetz sich durchsetzt, wenn dieser Raubzug der Agrarier, auch der rheinischen, auf die Taschen des Volkes in so schlimmer Weise zum Schaden des Volkes vor sich geht. (Dobruße rechts.) Wenn wir sehen, wie demgegenüber die Gemeindefinanzen so schlimm stehen und andererseits auch die Provinzfinanzen so schlimm sind und mit Recht Herr Dr. Jarres von der Provinz als der Kostgängerin der Gemeinden spricht, so ist es schlimm, wenn wir uns diese Verhältnisse vor Augen führen. Es ist tatsächlich ein finanzieller Kladderadatsch, den wir haben. Wenn nun in dieser Richtung steuerliche Maßnahmen in die Erscheinung treten sollten, die indirekt erneut das Volk belasten, wie gerade die Bewucherung des Volkes durch die erhöhten Brotpreise, hervorgerufen durch die Prämien an die Agrarier, so müssen wir uns mit aller Entschiedenheit dagegen wenden. Wenn man sieht, wie schlimm es mit den Opfern des Krieges steht, so muß man sich sagen, daß auch da eingegriffen werden muß. Und da ist es selbstverständlich, daß auch die Provinz ihr Teil zu tragen hat, weil nicht alles auf die Gemeinden abgewälzt werden kann. Auf die Gemeinden trifft ja das Wort zu: Den Letzten beißen die Hunde; auf die wird alles abgewälzt. Auch die Provinz hat alle Veranlassung, an gewissen Stellen zu sparen, um eben an den richtigen Stellen eingreifen zu können.

Wenn uns die Provinz eine Vorlage bezüglich Gedenktafeln für die im Kriege Gefallenen aus der Provinzialverwaltung bringt, so meine ich, ist das etwas, was wir sparen können. Wenn wir die große Masse der Kriegsbeschädigten draußen sehen, die noch nicht einmal das Notwendigste haben, können wir hier nicht Ausgaben für Gedenktafeln machen. Das hat doch mit dem Gedanken des Vaterlandes wenig zu tun. Man trägt damit der Phrase des bekannten Nationalismus Rechnung. Wir haben doch keine Veranlassung, hier Leuten Gedenksteine zu setzen, die nicht mehr geleistet haben als alle diejenigen, die keine Gedenksteine gesetzt bekommen, die als Opfer des Krieges noch nicht einmal das Existenzminimum haben. Das Geld, was hierfür vorgesehen ist, ist weit besser — sagen wir einmal — für Säuglingsfürsorge angewandt.

Da muß ich noch eine Bemerkung machen, die die Säuglingspflege im speziellen betrifft, obwohl sich der Provinzialausschuß, soweit ich informiert bin, in dieser Richtung den Gemeinden gegenüber, die Provinzialanstalten haben, etwas entgegenkommend gezeigt hat. Es ist so: Wo Hebammenlehranstalten sind, sind die Gemeinden mehr belastet als andere, weil eben dann auf die Gemeinden allerhand Lasten entfallen, die die Ortsarmenverbände usw. eigentlich zu bezahlen hätten. Aber wir sehen, daß in solchen Gegenden, wo eine Hebammenlehranstalt besteht, weil dort eine Lehranstalt ist, alle diejenigen, die dort untergebracht werden, Lehrstoff für die Hebammen sind, also als Lehrobjekte dort sind. Daß da die Provinz für die Aufgenommenen nicht enorme Summen verlangen kann, wie sie es tut, ist selbstverständlich. Wir haben alle Veranlassung, in dieser Richtung für die Gemeinden, die diese Anstalten haben, einzutreten, weil sie in ganz enormer Weise nicht nur durch diese Anstalten belastet werden, sondern auch durch die vorhandenen Säuglingsheime, deren Ausnutzung in ganz enormem Maße erfolgt, ganz gewaltige Zuschüsse erfordern. Trotzdem Zuschüsse gewährt worden sind, hat z. B. die Stadt Elberfeld gegenüber anderen Armenverbänden prozentual 114 000 Mark mehr zu bezahlen. Das können die Gemeinden, wo überall so enorme



Anforderungen an sie gestellt werden, nicht ertragen, und wir haben alle Veranlassung, dahin zu wirken, daß hier eine Besserung eintritt. Wie die Dinge stehen, ist es notwendig, daß wir uns dagegen wenden, daß hier eine Politik getrieben wird, die keineswegs im Interesse der Allgemeinheit liegt, sondern wir müssen hier eine Politik nach sozialistischen Grundsätzen treiben, damit endlich auch hier die Verhältnisse sich so gestalten, wie es unseren Grundsätzen entspricht.

Es wird immer vom Christentum gesprochen. Meine Damen und Herren, der Sozialismus ist praktisches Christentum (Heiterkeit in der Mitte), der Sozialismus ist das Christentum der Tat. Sie mögen handeln, wie Sie wollen, Sie mögen zur Rettung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung anwenden, was Sie wollen, die Entwicklung halten Sie nicht auf, die Entwicklung hält keiner auf. In der Provinz wie in Reich, Staat und Gemeinden kann uns nur der Sozialismus retten. (Beifall.)

Vorsitzender Gieles: Das Wort hat Herr Geheimrat Schmidt.

Geheimrat Schmidt: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte vorhin mit dem Herrn Landeshauptmann verabredet, daß ich als Dezernent der Fürsorgeerziehung erst antworten wollte, wenn sämtliche Redner gesprochen und nachdem die Angelegenheiten der Fürsorgeerziehung in der Sachkommission erörtert seien. Der bisherige Verlauf der Verhandlungen bis auf den Herrn Vorredner schien mir auch recht zu geben. Ich habe mich — gestatten Sie mir, dies zu sagen, trotzdem ich nicht Abgeordneter, sondern nur Beamter bin — über die ruhige, durchaus sachliche Erörterung der Angelegenheiten der Fürsorgeerziehung durch sämtliche Redner gefreut, und ich habe mich auf den Moment gefreut, wo ich morgen in der Sachkommission über verschiedene zweifelhafte Fragen an der Hand von Statistiken und sonstigen Unterlagen würde Auskunft geben können. Die zuletzt gehörte Rede aber, meine Damen und Herren, hat mich veranlaßt, das Konzept zu ändern. Der letzte Herr Redner hat sich zu Behauptungen gegen die Fürsorgeerziehung so ungeheurerlicher Art verstiegen, daß sie unter keinen Umständen unwidersprochen bleiben können. (Sehr richtig! rechts.) Der Herr Vorredner wird von mir nicht verlangen können, daß ich jetzt auf die Flut von Schmähungen vollständig eingehe; ich habe natürlich das Material in sämtlichen Angelegenheiten hier nicht zur Hand, ich konnte nicht annehmen, daß ein Redner eine Angelegenheit wie die von Gemünd zur Sprache bringt, die heute über 10 Jahre zurückliegt. (Hört! Hört! rechts.) Nebenbei bemerkt, war die Angelegenheit anders, als er sie dargestellt hat. (Hört! Hört! rechts.) Ich bin damals in der Gerichtssitzung in Aachen gewesen und bin auf Verlangen bereit, Ihnen näher zu erzählen, wie es da zugegangen hat.

Einige Behauptungen, meine Damen und Herren, habe ich mir aber notiert und bin imstande, Antwort zu geben.

Zunächst hat der Herr Vorredner, anknüpfend an Gemünd, behauptet, er habe ein ganzes Bündel von Beweisen dafür, wie in den Anstalten geprügelt würde und wie die Zöglinge mißhandelt würden. Herr Vorredner, ich bestreite Ihnen die Richtigkeit dieser Behauptung, Sie haben keine Beweise. (Hört! Hört!) Ihr Lachen beweist hier gar nichts. (Sehr gut! rechts.) Bringen Sie die Beweise, bringen Sie sie morgen in der Sachkommission; solange bestreite ich Ihre Behauptungen. — Das Lachen hört allmählich auf.

Der Herr Vorredner hat dann von Braunweiler gesprochen. Ja, meinen Sie denn, meine Damen und Herren, wir hätten die Zöglinge gern nach Braunweiler getan? Wie ist das mit Braunweiler gekommen? Ich muß aus dem Kopf berichten; ich bin ja auf alle diese Sachen nicht so vorbereitet. In den Kriegsjahren konnten eine ganze Reihe von Fürsorgeerziehungsanstalten nicht voll belegt werden, weil das Personal zu den Fahnen eingezogen war, und dabei stieg die Zahl der Ueber-

weisungen außerordentlich. Der Herr Landeshauptmann hatte im Jahre 1918 — ich glaube, es war 1918 — ganze Listen von bedauernswerten Minderjährigen, die wegen Mangel an Platz nicht untergebracht werden konnten. Und gleichzeitig stand die Provinzial-Arbeitsanstalt in Brauweiler auch leer. Nun frage ich Sie, meine Damen und Herren, was war einfacher, als daß wir die Zöglinge dahingetan haben? Von zwei Uebeln haben wir das kleinere gewählt. Daß Brauweiler ein Uebel ist, wissen wir und wußten wir, bevor der Herr Abgeordnete Hoffmann uns das sagte. (Abgeordneter Hoff: Es ist durchaus ungehörig, daß Sie einem Abgeordneten gegenüber derartige Redewendungen gebrauchen!) Dann nehme ich sie zurück. Aber Sie werden es einem nicht übelnehmen, daß einem einmal das Blut zu Kopfe steigt. (Abgeordneter Hoff: Dann liegt es in Ihrem Interesse, daß Sie sich mäßigen!) Was blieb aber anders übrig, als die Zöglinge nach Brauweiler zu tun? Das ist geschehen nach vorheriger Zustimmung des Oberpräsidenten und des Ministers. Im übrigen waren die Zöglinge dort durchaus gut und richtig aufgehoben.

Meine Damen und Herren, noch eins. Auf wie schwachen Füßen die Behauptungen des Herrn Vorredners stehen, zeigt Ihnen folgende Statistik. Er hat, wenn mich mein Gehör nicht trügt, wörtlich gesagt: Wer in die Fürsorgeerziehung hineinkommt, der läßt alle Hoffnung fahren, heraus kommt er vor dem vollendeten 21. Lebensjahre nicht mehr. Und was sagt die Statistik? Ich hatte sie nicht bei mir, ein liebenswürdiger Kollege hat sie mir aber rasch zugesteckt. Im vorigen Jahr sind aus der Fürsorge entlassen worden: 2456 Fürsorgezöglinge. Davon sind mit 21 Jahren entlassen worden nur 424. (Hört! Hört! rechts.) Vorher sind entlassen worden 2032. (Hört! Hört! rechts.) Von diesen vorher entlassenen 2032 sind 1798 auf Widerruf und 234 endgültig entlassen worden. Bedenkt man nun noch, daß unter den Zöglingen, wie der Herr Vorredner vorhin selbst sagte, eine ganze Masse geistig minderwertig sind, und daß, was ich noch hinzufüge, eine ganze Masse von ihnen auch körperlich in irgendeiner Weise defekt ist, so daß sie in Krankenanstalten ist, und daß diese zwei Gruppen selbstverständlich bis zum 21. Lebensjahre behalten werden müssen, dann gehe ich nicht zu weit, wenn ich behaupte, daß, von diesen ganz selbstverständlichen Ausnahmen abgesehen, in der Rheinprovinz so zu sagen kein einziger Fürsorgezögling das 21. Lebensjahr in der Anstalt erlebt. (Abgeordneter Krawinkel: Hört! Hört!) Also die Sache liegt etwas anders. Ich darf noch hinzufügen — ich habe aber die Statistik nicht bei mir, ich bin selbstverständlich gern bereit, sie zur Verfügung zu stellen —, daß die Rheinprovinz in der vorzeitigen Entlassung aus der Fürsorgeerziehung mit an der Spitze von ganz Preußen steht. (Abgeordneter Krawinkel: Hört! Hört!) Wohl keine andere Provinz in Preußen ist der Rheinprovinz in der Beziehung über. (Beifall rechts.)

Vorsitzender Gielen: Meine Damen und Herren! Von jeder Fraktion hat ein Hauptredner gesprochen. Der Ältestenausschuß schlägt Ihnen vor, die zweiten Herren Redner der Fraktionen nur 30 Minuten in maximo sprechen zu lassen. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß das Haus damit einverstanden ist.

Zum Wort ist gemeldet der Herr Abgeordnete Knab.

Abgeordneter Knab: Meine Damen und Herren! Ich verstehe sehr gut Ihr beifälliges Schmunzeln, wenn Sie mich die Rednertribüne beschreiten sehen. Ich will Ihnen schon im voraus versichern, daß ich Ihre Erwartungen nicht enttäuschen werde. (Sehr gut! Heiterkeit.)

Zunächst möchte ich aber einmal meinem Erstaunen ganz allgemein darüber Ausdruck verleihen, daß der Herr Vorsitzende, als eben der Beamte der Provinzialverwaltung gegen den Abgeordneten Hoffmann ausfällig wurde, den Ton nicht gerügt hat.

Vorsitzender Gielen (den Redner unterbrechend): Meine Damen und Herren! Ich muß mir die Kritik meiner Geschäftsordnung verbitten.

Abgeordneter Knab: Ich werde mir meine Meinung über unstatthafte Äußerungen eines Provinzialbeamten erlauben dürfen, Herr Vorsitzender. Die Art, in welcher der Provinzialbeamte gegen den Abgeordneten Hoffmann gesprochen hat, nahm schon den aggressiven Ton einer Polemik an und war durchaus unangebracht.

Wir denken nicht — das sage ich offen und frei —, daß wir als Menschen unbedingt von Natur aus von besserer Qualität seien als die bürgerlichen Menschen. (Heiterkeit.) Wenn Sie lachen, meine Herren, so ist das jedenfalls darauf zurückzuführen, daß Sie von Ihrem Standpunkte, von dem Standpunkte des Individualismus aus, unsere Politik betrachten und auch beurteilen. Wir gestehen, wie gesagt, offen ein: Wir nehmen nicht das Recht für uns in Anspruch, als Menschen besser zu sein. Aber etwas unterscheidet uns von Ihnen: das Prinzip einer anderen Wirtschaftsauffassung, als das, was Sie von der Rechten, von der Mitte und heute auch von der S. P. D. hier vertreten. (Heiterkeit.) Dieses Prinzip werden wir auch heute grundsätzlich zum Ausdruck bringen gegenüber dem, was Sie uns als Ihre Meinung hier vorbringen. Herr Dr. Jarres wie auch Herr Heß haben ja wiederholt ausgesprochen, daß Sie dem Gegner vollauf seine Meinungsfreiheit lassen. (Sehr richtig! rechts.) Hören Sie also einmal ganz ruhig zu.

Wir sollen zu dem Haushaltsplan 1921/22 Stellung nehmen. Das sind in erster Linie vier Druckfachen, die ungefähr 650 Seiten umfassen. Da ist es selbstverständlich, daß 90% der anwesenden Abgeordneten nicht in der Lage waren oder es auch nicht für notwendig gefunden haben, sich diese 650 Seiten von A bis Z einmal gründlich durchzulesen. Sie haben es ja auch glattweg eingestanden. Sie können also nicht sagen, daß dieser Plan von Ihrer Seite so eingehend studiert worden ist, wie es unbedingt notwendig wäre, wenn Sie vom bürgerlichen Standpunkte aus Ihre grundsätzliche Auffassung zum Etat klarlegen wollen. Das haben aber Ihre bisherigen Redner nicht für notwendig erachtet; sie haben nur etwas allgemeines dahergeredet, das übrige weisen sie in die Kommissionen.

Der Etat wird uns erst vorgelegt im zweiten Quartal des Rechnungsjahres. Wir befinden uns also bereits in der Wirtschaftsperiode, die im Etat theoretisch niedergelegt ist. Heute haben wir den Etat vor uns und da mögen die Redner der Linken selbst mit Engelszungen in Anführungszeichen (Heiterkeit) reden, sie werden kein Jota an dem ändern, was in diesem Etat steht. Darüber sind Sie, meine Damen und Herren von der Rechten und der Mitte, sich längst klar: Was die reaktionäre Verwaltung Ihnen vorproduziert, ist nach Ihren Wünschen. Sie stimmen nachher in summa summarum darüber ab, und damit ist die Geschichte für Sie erledigt. Sie betrachten das Parlament nur als eine Abstimmungsmaschine. Das Ganze ist ein plummes Täuschungsmanöver Ihrerseits gegenüber den Massen, die vom Parlament positive Arbeit erwarten. Ich brauche da nur auf etwas Bezeichnendes hinzuweisen: Als eben ein Redner der Arbeiterschaft sprach, da war von der Rechten und der Mitte fast niemand zu sehen, und die wenigen anwesenden Herren betrachteten gelangweilt ihre Fingernägel. (Zuruf Haas: Sie haben aber doch ein volles Haus! Heiterkeit.) Sie sind wohl neidisch? Es ist eine Komödie, die Sie hier aufführen. Der Parlamentarismus ist durch die ökonomische Entwicklung zu einer Farce geworden, die aber zur Täuschung der Masse noch ständig produziert wird. Letzten Endes sind Sie sich doch genau so wie wir darüber klar, daß die wirklichen ökonomischen Verhältnisse nicht durch dieses Parlament bestimmt werden, sondern daß dies draußen durch die Herrschaft der Finanzmagnaten geschieht, und daß hinter den Kulissen der parlamentarischen Demokratie Ihre Stinnes und in Frankreich Ihre Loucheurs stehen, von denen Sie geschoben werden. (Heiterkeit.) Meine Damen und Herren, wenn der Name Loucheur Sie amüsiert, so glauben Sie nur: Die Richtung, die Sie vertreten, ist

um kein Jota besser als die, die der Herr Loucheur vertritt. Wir sagen heute: Nicht nur der Haushaltsplan und der Vorbericht, den Herr Loenarz für 1919—1920 gegeben hat, sind eine historische Tatsache, nein, der ganze Parlamentarismus gehört schon längst in die historische Kumpelkammer. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Sie werden nun sagen: Wenn das Ihre Ansicht ist, warum gehen Sie denn überhaupt in das Parlament hinein? (Sehr richtig! Heiterkeit, Zurufe.) Ich höre Ihre Zurufe, Sie sagten gewiß: „Um Krach zu schlagen“, ich hatte mir das schon „rot“ vermerkt. (Abgeordneter Falk: rot?) Rot, Herr Falk, das ist zwar nicht demokratisch. Jawohl, wir gehen in die Parlamente, um Krach zu schlagen über die Unfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft, über den bürgerlichen Klüngel und die Korruptionswirtschaft, die sich den Arbeitervertretern hier zeigt. Sie haben uns ja auch im Provinzialausschuß gezeigt, mit welchem Eifer Sie eintreten, wenn es sich um Angehörige der bürgerlichen Klassen und insbesondere des Christentums handelt. (Lachen im Zentrum.) Wir haben hier die Aufgabe, den arbeitenden Massen die Korruption bezw. die Unfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaftsordnung zu zeigen, die Lebensverhältnisse der gesamten Menschheit auf eine gesunde wirtschaftliche Basis zu bringen; das ist die erste Aufgabe, die wir hier haben. (Große Heiterkeit.) Herr Abgeordneter Heß bezeichnete den Wiederaufbau des erschütterten Kontinents als eine der Hauptaufgaben, die sich besonders die Herren Stinnes und Loucheur gesetzt hätten. Er sagte, das Rheinland sei die gegebene Verbindungsbrücke zwischen Deutschland und dem übrigen Westeuropa, und er gab sich dabei der angenehmen Hoffnung hin, daß die Ententediplomatie endlich zur Erkenntnis dieser Tatsache komme und eine versöhnlichere Haltung gegen das Rheinland einnehmen werde. Dann seufzte er weiter über die seelischen und sachlichen Leiden, die wir armen Rheinländer hier auszustehen hätten. Er sagte, daß Ruhe und Besonnenheit bisher gewahrt worden seien, sei lediglich zurückzuführen auf die Erkenntnis der tatsächlichen Macht der Entente auf der einen und unseres wirtschaftlichen Niedergangs auf der anderen Seite. Lediglich diese Erkenntnis habe zu einer äußeren Selbstbeherrschung geführt. Das ist ein wertvolles Eingeständnis von der Rechten. Also innerlich würden Sie ganz anders reden und ganz anders handeln, wenn Sie nicht Angst hätten vor den Vertretern der Entente, die hier sitzen (Große Heiterkeit, Zuruf: Sehr richtig!) Sie von der Mitte sagen jetzt auch „sehr richtig“; es ist zwar ironisch gemeint, doch will ich Sie fragen: Wo blieb der Einspruch des christ-katholischen Zentrums, als während des 4½-jährigen Krieges die besetzten Gebiete von Frankreich, Rußland, Italien und Belgien auch unter „seelischen und sachlichen Leiden“ standen? Hat da das christliche Zentrum es für notwendig gefunden, an das Weltgewissen zu appellieren? Da haben Sie geschwiegen. (Zuruf Dr. Dichgans: Da war Krieg!) Herr Dr. Dichgans, Sie können schreien was Sie wollen, Sie schaffen die Tatsache nicht aus der Welt, daß besonders Ihre „K. V.“ eines der größten Kriegsheftblätter gewesen ist. Sie kennen vielleicht auch das Sprichwort: Die „K. V.“, sie heißt „k. v.“ Wenn die Feldgeistlichen den Fronttruppen gepredigt haben: Ihr müßt durchhalten den heiligen Kampf fürs Vaterland, so hieß das letzten Endes nichts anderes als: Geht hin, mordet, schießt weiter zum höheren Ruhme des Vaterlandes. (Pfeifflügel.) Etwas anderes war es nicht, sind Sie doch ehrlich und nicht feige. Das sind die Vertreter des Christentums, die einen besonders hohen moralischen Standpunkt einnehmen, wenn es sich darum handelt, Vergehen aus Arbeiterkreisen zu verurteilen. Wenn Sie sagen, wir Kommunisten besitzen keine Religion und keine Sittlichkeit, so sage ich Ihnen: Mir ist ein Karl Liebknecht, der Krieg dem Kriege rief, lieber als Ihre tausende Feldgeistlichen, die zum Morde aufgefördert haben.

Vorsitzender Bielen (den Redner unterbrechend): Ich möchte den Herrn Redner doch bitten, endlich zum Haushaltsplan zu sprechen. (Abgeordneter Dr. Jarres: Sehr richtig!)

Abgeordneter Knab (fortfahrend): Ich gehe genau so wie die Vorredner auf die allgemeinpolitischen Fragen ein. Ich habe deshalb heute morgen nicht soviel Zwischenrufe gemacht, wie Sie vielleicht erwartet haben. (Heiterkeit.) Mit Grund! Herr Heß hat sich auf das politische Gebiet begeben, Herr Haas ist ihm gefolgt; infolgedessen steht es auch mir vollständig frei, auch unsere grundsätzliche Auffassung in politischer und wirtschaftlicher Beziehung klarzulegen. (Zuruf rechts: Die kennen wir!) Scheinbar nicht!

Wenn Herr Heß heute morgen in scharfer Weise gegen die Kleinlichkeit der Reichsregierung polemisierte und sagte: „Das ist Kuttwerei“, so möchte ich feststellen, daß das Zentrum durch die Wirtschaft seiner Vergangenheit nicht bewiesen hat, daß es großzügig handeln kann. Es hat vielmehr alle wirtschaftlichen und Erziehungsfragen immer vom engsten Parteistandpunkte aus beurteilt und tut es noch heute. (Sehr richtig! links.) Wenn Herr Heß sagt, das Staatssekretariat für die besetzten Gebiete funktioniert nicht so, wie wir es uns vorstellen — also, wie Herr Abgeordneter Heß und seine Freunde —, so können wir heute schon feststellen: Das würde ein nettes Klügelsekretariat werden. (Heiterkeit.)

Herr Dr. Jarres sagte: Das Trennende soll endlich einmal fallen gelassen werden, wir müssen uns einigen. Das mag vielleicht ganz gut und auch vom Standpunkte des Herrn Jarres ehrlich gemeint sein. (Heiterkeit.) Aber, Herr Dr. Jarres, wenn Sie auf die Tränendrüsen der Arbeitervertreter spekulieren, so richten Sie damit wenig aus. Es war ja in die Hand Ihrer Klasse gegeben, gesündere wirtschaftliche Verhältnisse zu schaffen. Zwischen Ihnen und dem Teil der Arbeiterklasse, der auf dem Standpunkte des Klassenkampfes steht, wird es niemals eine wirtschaftliche Einheitsfront geben. (Zuruf Dr. Jarres: Aber mit der anderen Arbeiterschaft!) Das können Sie vorläufig noch tun. Aber auch diese Arbeiterschaft wird sich unter dem Drucke der wirtschaftlichen Entwicklung zu einer anderen Auffassung bekehren müssen, und sie wird eines Tages unter diesem Drucke zu unserer Auffassung kommen. Wir können nicht darauf warten, bis Sie, meine Herren von der Rechten, das Rheinland glücklicheren Zeiten entgegenführen. Sie haben uns in diesen Mist hineingeritten, und heute spekulieren Sie darauf, daß die Arbeiterklasse Sie auf ihren breiten Schultern aus dem Mist wieder hinausträgt. (Sehr richtig! links.)

Herr Abgeordneter Haas hat die Ausführungen der beiden Redner von rechts vollständig unterstrichen. Er hat sich bemüht, den Beweis zu erbringen, daß er in nationaler Gesinnung tatsächlich nicht zurückbleibt hinter den Herren der Rechten. (Bravo! rechts.) Er hat gesagt, er unterschreibe das alles vollständig. Es freut mich, endlich einmal dieses offene Eingeständnis von dem Abgeordneten Haas, also auch von dieser Parteirichtung zu hören. Es beliebt auch einer seiner Parteigenossen, den Zwischenruf zu machen: „Die Internationale ist Kappes!“ Soweit ist es also schon gekommen. Wenn Herr Haas hier feststellt, daß die Arbeiterschaft durch die Sanktionen zum Haß gegen die Ententetruppen gekommen sei, so ist das, wenigstens für den größeren Teil der Arbeiterschaft, der in der Erkenntnis des Sozialismus lebt, eine Lüge.

Vorsitzender Bielen: Das Wort „Lüge“ gegenüber einem Abgeordneten muß ich rügen und den Redner zur Ordnung rufen.

Abgeordneter Knab: Die Ausführungen des Abgeordneten Haas entsprechen nicht den Tatsachen, denn die Massen der Arbeiterschaft empfinden keinen Haß gegen die Ententesoldaten, denn das sind doch letzten Endes nur die Hampelmänner, die die Ententebourgeoisie an der Schnur hat. (Heiterkeit.)

Vorsitzender Sielen: Ich rufe den Herrn Redner wegen der beleidigenden Äußerungen gegen den anwesenden Offizier der Entente streng zur Ordnung.

Abgeordneter Knab: Ich muß feststellen, daß es mir vollständig ferngelegen hat, gegen den anwesenden Vertreter der Entente persönlich beleidigend vorzugehen.

Vorsitzender Sielen: Ich kann auch keine Beleidigung gegen abwesende Offiziere und gegen das Offizierskorps der Entente zulassen. Wenn Sie sagen, dies seien Hampelmänner, so ist das aufs strengste zu rügen.

Abgeordneter Knab: Ich habe das Wort „Offizier“ nicht gebraucht, sondern nur das militärische System bezeichnet und das wird doch letzten Endes von der Ententebourgeoisie dirigiert. Die Militärs der Entente müssen so handeln, wie es Ihre Bourgeoisie vorschreibt. (Sehr richtig! links.) Die Arbeiterklasse empfindet nur Haß gegen die Bourgeoisie der Entente, genau so wie gegen die deutsche Bourgeoisie. Gegen diese Ausbeuter, ohne Unterschied der Nation, steht unsere Front.

Wenn Sie sagen, selbst die Kinder in der Schule empfinden Haß, so entspricht das auch nicht den Tatsachen. Die Kinder empfinden keinen Haß, wenn wir sie keinen Haß lehren. Es ist die Pflicht jedes rechtlich denkenden Menschen, besonders eines Erziehers (Zuruf: wie Sie!) — ich nehme Ihre Anerkennung gerne entgegen —, jede Saat des Hasses, die in die Kinderherzen hineingebracht wird, auszurotten. Das müßte vor allen Dingen auch Ihre Pflicht sein, die Sie Vertreter des Christentums sein wollen. Sie kennen wahrscheinlich nur Christen nach den verschiedenen Nationen getrennt; Ihr internationaler Begriff beginnt wahrscheinlich erst dann, wenn es sich darum handelt, die Vorherrschaft der römisch-katholischen Kirche zu vertreten.

Vorsitzender Sielen: Ich muß den Redner doch wiederholt bitten, endlich zum Haushaltsplan zu sprechen.

Abgeordneter Knab: Die Behauptungen betreffend Abtrennungsbestrebungen, die Herr Haas anführte, sind bereits durch unseren ersten Parteiredner, meinen Parteifreund Koch, klargestellt worden. Die kommunistische Partei nimmt auf das schärfste Stellung gegen alle Abtrennungsbestrebungen, mögen sie kommen von clerikaler Seite, von seiten der Finanz oder der Entente. Wir kennen nur eins: vereint mit unseren Arbeitsbrüdern des unbefestigten Deutschland und der Welt den gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Klassenfeind.

Der Bericht des Herrn Landeshauptmanns umfaßt eigentlich zwei Hauptteile. Im ersten Teil gibt er uns eine Uebersicht des Vermögensbestandes der Rheinprovinz. Doch ist diese Aufstellung, wie sie im Vermögensbericht gegeben ist, durchaus irreführend; ob mit Absicht, will ich nicht sagen. Es kommt bei der Aufstellung nicht zum Ausdruck, wie der Vermögensbestand eigentlich eingeschätzt worden ist, namentlich der Grund und Boden. Die Gebäude sind mit einer Summe von rund 75 Millionen eingeschätzt worden. Genau so sind mit einer Summe von ungefähr 62 Millionen die vorhandenen Wertpapiere und Gelder eingeschätzt worden. Es ist nicht erkennlich, ob die Summe von 75 Millionen Friedenswerte darstellt, oder ob der heutige Geldwert zugrunde gelegt ist. Ich nehme an, daß es Friedenswerte sind. Dann dürften aber meines Erachtens nachher sowohl Vermögenszuwachs wie Verminderung des Vermögens nicht von der Gesamtsumme des Vermögens in Wertpapieren und in Grund und Boden abgezogen werden, denn das letztere repräsentiert im Verhältnis zu den Wertpapieren den zehnfachen Betrag. Es darf also nicht von der Gesamtsumme Verminderung oder Zuwachs ab- oder zugezogen werden, sondern nur von der Summe von 62 Millionen an Wertpapieren und Geldern. In der jetzigen Form ist es für die meisten Abgeordneten durchaus unverständlich. Es müßten also die realen Grund- und Bodenwerte, die

jetzt mit 75 Millionen Mark angelegt worden sind, so gekennzeichnet werden, daß jeder sieht: Es sind Friedenswerte.

Der Haupthaushaltsplan schließt mit einer Gesamtausgabe von 326 Millionen gegenüber einer Einnahme von 176 Millionen. Es wären also noch ungefähr 150 Millionen zu decken. Davon sollen 50 bis 60 Millionen durch den Anteil an der Reichseinkommensteuer und 80 bis 90 Millionen durch Realsteuern gedeckt werden. Das neue Kommunalabgabengesetz soll regeln, wie sich diese Realsteuern auf die Kommunen bezw. auf den Staat verteilen. Wie, das ist uns heute noch nicht bekannt. Doch es ist für meine Parteifreunde selbstverständlich: Mag dieses Kommunalabgabengesetz ausfallen wie es will; in Konsequenz der bestehenden Wirtschaftsordnung werden letzten Endes die Lasten auf die Schultern der Arbeitermassen abgebürdet. Das ist für uns klar, ebenso klar ist infolgedessen auch unsere Stellung zu jedem Kommunalabgabengesetz, mag es beschaffen sein wie es will.

Wenn Sie einmal nachlesen — ich will jetzt keine längeren Ausführungen darüber machen —, was die Sanktionen bezw. die jetzigen Verpflichtungen Deutschlands pro Kopf der Bevölkerung künftig ausmachen, so sehen Sie, daß ungefähr 1800 Mark an Reichseinkommensteuer auf den Kopf der Bevölkerung fallen. Das heißt, auf eine 4-köpfige Familie entfielen ungefähr 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> tausend Mark, und zwar an direkten und indirekten Steuern. Das ist erst der Anfang, denn Sie wissen, daß wir vorläufig nur die Summe von 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Goldmilliarden jährlich zu zahlen haben. Das Reich wird daher gezwungen sein, eine ständig schärfere Erfassung aller Steuerquellen vorzunehmen. Die Folge wird sein, daß Staat, Provinz und Kommune in immer größerem Umfange Steuermöglichkeit aus den Händen genommen bekommen zugunsten des Reichs. Da können Sie, meine Herren von der Rechten und der Mitte, mit allen Flickmittelchen versuchen, was Sie wollen, Sie stehen letzten Endes ratlos da und wissen nicht, wo hinaus. Sie bringen Palliativmittelchen, die auf kurze Zeit genügen, aber einen Ausweg können Sie uns heute nicht zeigen. Mögen Sie noch so viel Stats aufstellen, wie Sie wollen, solange Sie nicht die Substanz angreifen bezw. das Verfügungsrecht über die Produktionsmittel den einzelnen entziehen, werden Sie niemals diese ungeheueren Lasten tragen können.

Nun noch einiges zu der konfessionellen Erziehung in den Provinzialanstalten. Herr Abgeordneter Heß machte mir heute den liebenswürdigen Juruf, ich sei noch zu jung dazu, um darüber zu urteilen. Daß ich zu jung bin, ist nicht meine Schuld. Es zeugt jedenfalls nicht von Dummheit, daß ich hier anwesend bin. (Rufe: Na, na! Heiterkeit.) Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Heß sagen: Es gibt auch Leute, die alt geworden sind und doch nicht schlau wurden. Für objektive Betrachtung kommt hier lediglich die Tatsache in Frage: Was habe ich mir als eigene Ueberzeugung errungen. Bin ich als Katholik geboren oder war schon Katholik, ehe ich geboren wurde, werde katholisch erzogen und sterbe mit 80 Jahren als Katholik, so ist das kein besonderes Verdienst. Wäre derselbe Mann als Mohammedaner geboren worden, so würde er jetzt wahrscheinlich „Allah illa Allah“ brüllen, nach Mekka ziehen und als Mohammedaner sterben. (Heiterkeit.)

Wenn Sie für die Erhaltung des Religionsunterrichts in den Provinzialanstalten besonders den sittlichen Einfluß der konfessionellen Erziehung anführen, so hat Ihnen ja schon Herr Abgeordneter Haas durch seine Zahlen glatt bewiesen, wie weit Sie damit einen wirklichen Einfluß auf die sittliche Hebung der Zöglinge haben. Die sittliche Entwicklung oder der sittliche Stand des einzelnen Menschen hängt von ganz anderen Tatsachen ab, als von einer rein äußerlichen Beeinflussung durch die Religion.

Es ist durchaus unverständlich, wenn man auf der einen Seite sagt: Wir müssen sparen, und auf der anderen Seite aus Mitteln, die die Allgemeinheit, also auch die sozialistische Arbeiter-

schaft in der Provinz, aufbringen muß, nicht weniger als 280 000 Mark zur Bezahlung von katholischen oder evangelischen Geistlichen, die die Amtshandlungen in den Anstalten vornehmen, auswirft. Man sollte doch tatsächlich glauben, daß diese Herren, die auch sonst noch ihr gutes Einkommen haben, soviel Idealismus aufbringen, daß sie diese Berrichtungen für die Ärmsten der Armen kostenlos tun und nicht den Provinzialetat mit 300 000 Mark belasten würden. Trotzdem geht der Provinzialausschuß dazu über, wieder zwei neue Geistliche anzustellen, obwohl das verfassungsrechtlich nicht zulässig ist, da ja die sogenannten Rechtsansprüche der Kirche an den Staat durch Reichsgesetz aufgehoben werden sollen. (Zuruf: sollen!) Trotzdem schickt man noch einen Pfarrer namens Neumann an Stelle eines Lehrers in die Anstalt Waldbrohl. Obwohl dort schon der Direktor Geistlicher ist, will man stillschweigend den Herrn Pfarrer Neumann noch einschleusen, so daß dann zwei Geistliche an dieser Anstalt wären. Auf der einen Seite weiß man nicht, was man mit den überflüssigen Lehrern, die der Provinzialverwaltung zur Verfügung stehen, anfangen soll; auf der anderen Seite nimmt man einen Geistlichen und will ihn an Stelle eines Lehrers in diese Anstalt hineinschleusen. Es ist selbst vom bürgerlichen Standpunkte durchaus unverständlich, wie man etwas derartigem zustimmen kann.

Wir sind ferner nicht damit einverstanden, daß man 70 000 Mark für die Errichtung von Kriegergedächtniszeichen vorsieht. Geben Sie das Geld lieber den Waisen der gefallenen Provinzialbeamten, Angestellten und Arbeiter, damit sie sich von der Unterernährung erholen können, die ihnen Ihr kapitalistischer Krieg gebracht hat. (Sehr gut! links.) Damit tun Sie etwas Besseres.

Wenn Sie 300 000 Mark zur Bezahlung der Geistlichen übrig haben, mutet es lächerlich an, daß Sie auf der anderen Seite ganze 56 000 Mark zur Säuglingsfürsorge in den Provinzialetat einsetzen, eine direkt lächerliche Summe gegenüber dem, was Sie den Herren von der Kirche zuschustern. Ebenso schamlos ist es, wenn Sie 3,7 Millionen Mark in verschiedenen Posten für landwirtschaftliche Angelegenheiten in den Etat einsetzen, für die Bucherbauern im Rheinlande. (Heiterkeit.) Wenn Sie darüber lachen, so lachen Sie eigentlich nur über Ihre eigene trostlose Geistesverfassung. Wissen Sie denn nicht, in welcher schamloser Art und Weise die Bauern während des Krieges die Städte ausgebeutet haben, wie sie die Frauen, wenn sie um etwas Lebensmittel betteln kamen, weggeschickt haben? Gewiß, solche Leute wie Herr Landrat Saassen hatten es nicht notwendig, sich so zu versorgen; es stand ja in allen Blättern zu lesen, daß Sie, Herr Landrat, bedeutend besser versorgt worden sind. Wir müssen uns jedenfalls auf den Standpunkt stellen, daß man diese 3,7 Millionen Mark nicht ohne weiteres in den Etat einsetzen kann, wir lehnen das ab. Es ist uns unverständlich, wie Herr Abgeordneter Haas von der S. P. D. dafür eintreten kann, daß diese Summe nicht gestrichen wird. Er will zwar nicht höher gehen, aber er will doch zum Besten der „notleidenden“ Landwirtschaft diese 3,7 Millionen Mark im Etat stehen lassen.

Zu den mittelalterlichen Anstaltsordnungen haben wir bereits unsere Meinung gesagt. Doch möchte ich kurz auf die Provinzial-Hebammenlehranstalt Köln zu sprechen kommen. Sie wissen, daß von seiten der Kommunisten und der Sozialdemokratie wiederholt der dortige Leiter angegriffen worden ist. Vor wenigen Wochen noch hat Herr Stadtrat Neuhäuser den Direktor Frank in öffentlicher Sitzung als einen Verbrecher und Mörder bezeichnet. Es ist notwendig, daß endlich einmal klargestellt wird, was für Anklagen gegen diesen Direktor Frank vorliegen. (Zuruf des Herrn Landeshauptmanns: Es ist Strafantrag gestellt!) Der Herr Frank mußte wenigstens soviel Ehrgefühl besitzen, gegen sich selbst die Einleitung eines Disziplinarverfahrens zu beantragen, damit klargestellt wird, was gegen ihn vorliegt. Die bürgerlichen Herren von der Universität Bonn sind sich vollständig einig darüber, daß Herr Direktor Frank auf diese Weise endlich einmal die



Sache klären muß. Es hat zwar der Herr Landeshauptmann einen Strafantrag gestellt; wir glauben aber nicht daran, daß die Untersuchungen bis zur letzten Konsequenz verfolgt werden. Es wird für gewisse Leute immer gewisse Hintertürchen geben, die es für Mitglieder der Arbeiterklasse nicht gibt, weil ihnen die nötigen Mittel nicht zur Verfügung stehen.

Zur Besoldungsordnung kurz das: Die jetzige Besoldungsordnung kann nicht die Not und das Elend in der unteren und mittleren Beamtenschaft mildern. Von Rechts wegen müßten die ganzen untern sechs Besoldungsgruppen verschwinden, denn sie gewähren nicht das Existenzminimum. Und wenn Sie von Ihrem bürgerlichen Standpunkte aus etwas tun wollen, so machen Sie es so, daß Sie die Ausgleichszulagen für untere, mittlere und obere Beamte gleichmäßig gestalten, denn die unteren und mittleren Beamtengruppen leiden unter derselben allgemeinwirtschaftlichen Not und Teuerung wie auch die oberen Beamten der Provinzialverwaltung.

Vorsitzender Gielen: Ich darf den Herrn Abgeordneten Knab darauf aufmerksam machen, daß die 30 Minuten Redezeit abgelaufen sind. (Rufe: Schade! Leider!)

Abgeordneter Knab: Ich bemerke nur noch zum Schluß, daß unsere Fraktion grundsätzlich den Etat ablehnt, weil wir keine Mittel bewilligen zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Staates und der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, denn in letzter Konsequenz sind es die Hand- und Kopparbeiter, die die Lasten zu tragen haben, auch von dem, was Sie verschuldet haben. (Ironisches Bravo! rechts.)

Vorsitzender Gielen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Gerlach.

Abgeordneter Gerlach: Meine Damen und Herren! Bevor ich auf die einzelnen Angriffe eingehe, die von den verschiedenen Rednern gegen meinen Freund Haas hier ausgesprochen worden sind, gestatten Sie mir, daß ich noch mit ein paar Worten auf den Haushaltsplan selbst eingehe.

Unser diesjähriger Haushaltsplan, der erste Haushaltsplan nach dem Kriege, hat das Gesicht, das die Nachkriegshaushaltspläne in Reich, Staat und Gemeinde ganz allgemein haben: Trotzdem sich die Endsummen außerordentlich erhöht haben, genügen die Einnahmen kaum, um die notwendigsten Aufgaben zu erfüllen. Die Decke ist zu kurz. Für neue Kulturaufgaben, deren wir auch im Rahmen der gegenwärtigen Provinzialordnung noch außerordentlich viele zu erfüllen hätten, sind absolut keine Mittel da. Das ist nach meiner Auffassung und nach der Auffassung meiner Freunde die Folge des kulturvernichtenden Krieges, des berühmten Stahlbades, das die ganze Welt in ein Meer von Elend und Sorgen gestürzt hat. Ich will hier nicht die Schuldfrage erörtern, die steht auf einem anderen Blatt. Aber ich möchte doch die Tatsache auch in diesem Zusammenhange konstatieren, weil es nicht oft genug unseren Volksgenossen ins Gewissen gehämmert werden kann, wie verderbenbringend dieser Krieg gewesen ist, damit unsere Volksgenossen immer wieder daran denken und denen mit Energie entgegentreten, die es jetzt schon wieder unternehmen, neue Kriegsbege zu schüren.

Meine Damen und Herren! Wir müssen, wenn wir den Haushaltsplan betrachten, leider mit der Tatsache rechnen, daß die Decke zu kurz ist. Wir sind in den Einnahmen durch die Reichssteuergesetzgebung außerordentlich beschränkt. Wir können auch in der Provinz, genau so wie in den Gemeinden, unsere Steuergesetzgebung nicht mehr so gestalten, wie wir es gerne möchten. So kommen wir auch schließlich in der Provinz nur immer wieder auf das alte Rezept zurück, daß wir uns bei unseren Ausgaben äußerste Sparsamkeit auferlegen müssen. Dabei kommt es aber sehr darauf an, wie insbesondere die Verwaltung das Prinzip des Sparens auffaßt. Ich persönlich würde es für außerordentlich falsch halten, wenn man sich etwa auf den Standpunkt stellte, daß bei Fürsorgezöglingen und Landarmen gespart werden müsse, während man der Landwirtschaft, wie das ja leider im Etat wiederholt ersichtlich ist, gewissermaßen Liebesgaben hinstreut.

Es wird ganz wesentlich auf den Geist ankommen, der die Verwaltung durchweht, wenn wir eine zielbewusste Wiederaufbauarbeit in der Provinz leisten wollen. Da muß ich schon sagen, meine Damen und Herren, der Geist, den ich jetzt im Auge habe, ist an sich nicht identisch mit dem Geiste jener Verwaltungsbeamten, die glauben, hier von diesem Pulke aus die Landtagsabgeordneten schulmeistern zu dürfen, wie wir das eben gesehen haben. Es ist auch nicht der Geist, der die Landtagsabgeordneten mit Schweinehund bezeichnet, genau so wenig, wie es der Geist ist, der uns eine Hausordnung bringt, wie die für das Frauenarbeitsheim Freimersheim; diese Hausordnung — Herr Kollege Haas hat sie eben auch schon erwähnt — nimmt sich in ihrer mittelalterlichen Gestaltung in unserer neuen Zeit doch recht merkwürdig aus. Meine Damen und Herren, es ist auch nicht der Geist, der immer wieder, wie wir das leider in der Provinzialverwaltung sehen, neue Konflikte mit den Beamten, Angestellten und Arbeitern heraufbeschwört. Es ist nicht der Geist, der unsere Verwaltung veranlaßt, heute noch tüchtige alte Beamte hier bei der Provinz etwas hintanzustellen, ihnen zu sagen, für den Aufstieg nach dem Grundsatz „Freie Bahn dem Tüchtigen“ seien sie nicht geeignet, der Geist, der ein offenes Unrecht tut, dann aber, wenn ihm nachgewiesen wird, daß Unrecht getan wurde, nicht bereit ist, dieses Unrecht aus den Personalakten zu löschen. Meine Damen und Herren, erspriehliche Arbeit kann nach meiner Auffassung nur geleistet werden, wenn in der Verwaltung ein harmonisches Handinhandarbeiten vor sich geht. (Sehr richtig!) Das ist allerdings zurzeit nicht vorhanden, wie ich aus den vielen Klagen, die mir besonders von den Düsseldorfer Beamten und Angestellten zugetragen worden sind, erkennen konnte. Hier wird es nach meiner Auffassung Aufgabe des neuen Landeshauptmanns sein, Besserung zu schaffen, des Landeshauptmanns, der ein Mann sein muß, der wenigstens einigermaßen die Zeichen der Zeit versteht und einen modernen Geist in die Verwaltung hineinbringt.

Da ist vor allen Dingen ein großes Arbeitsfeld in der inneren Verwaltung. Wir haben noch die alte Provinzialordnung, und es könnte daraus geschlossen werden, die Herren, die bisher nach dieser alten Provinzialordnung — verzeihen Sie den Ausdruck — immer weiter gewurfelt haben, könnten sich darauf berufen, es sei noch keine neue gesetzliche Basis vorhanden. Aber, meine Damen und Herren, wir haben auch in den Gemeinden noch keine neue Gemeindeverfassung, und die großen und bestgeleiteten Gemeinden haben sich doch längst auf die neue Form eingestellt; sie haben längst, auch trotz der fehlenden Gemeindeverfassung, ihren Apparat wesentlich einfacher und der Neuzeit entsprechender gestaltet. Deshalb, meine ich, müssen wir auch hier bei der Provinz, wenn die Provinzialordnung auch auf sich warten läßt, trotzdem insbesondere bei der inneren Verwaltung mit Reformen vorangehen. Mein Kollege Haas hat schon auf einige dieser Reformen, die notwendig sind, hingewiesen, besonders auf die Zentraleinkaufsstelle. Die Tatsache, daß heute durch die Verzettelung außerordentlich viel Gelder verschleudert werden, ist nicht von der Hand zu weisen.

Ich möchte weiter anregen, daß man, wenn man den neuen Landeshauptmann bestellt, gleichzeitig dafür sorgt, daß er nicht mehr mit den finanziellen Dingen belastet wird. Die Mittel, die heute der Provinz zur Verfügung stehen, sind so gewaltig groß, daß ich mir vorstellen kann, daß die ganze Verwaltung nach der Richtung reorganisiert wird, daß wir bei der Provinz, genau so wie bei der Kommunalverwaltung, einen besonderen Finanzdezernenten über die gesamten Finanzverhältnisse der Provinz wachen lassen.

Ein paar Bemerkungen zum Haushaltsplan selbst. Der Haushaltsplan der Provinz erscheint mir wenig übersichtlich. Er setzt sich zusammen aus dem Haushaltsplan, in dem die Zuschüsse an die Sonderhaushaltspläne, wenig übersichtlich geordnet, enthalten sind, und ferner aus

einer ganzen Reihe Sonderhaushaltspläne, in denen die Fehlbeträge nicht besonders kenntlich gemacht, sondern als Anteile an den Provinzialsteuern unter den Einnahmen mitaufgeführt sind, so daß sich Einnahmen und Ausgaben nominell ausgleichen. Ein Nachteil ist ferner, daß das Rechnungsergebnis vom vorvorigen Jahre nicht im Haushaltsplan, sondern in einer besonderen Anlage, kurz zusammengedrängt, angegeben ist. Ein Vergleich ist dadurch besonders erschwert. Es wäre zweckmäßiger — das möchte ich der Provinzialverwaltung doch für die Zukunft zur Berücksichtigung geben —, statt der im Haushaltsplan vorgesehenen Spalten: „mithin jetzt mehr bzw. weniger“ das Rechnungsergebnis des vorvorigen Haushaltsplans anzugeben. Die Abweichungen des neuen Etatsanlasses gegenüber dem Vorjahre sind nicht so wichtig wie das Rechnungsergebnis des vorvorigen Jahres, das zum Vergleich mit herangezogen werden müßte.

Meine Damen und Herren! Eine besondere Steigerung ist beim Etat der Provinzialstraßenverwaltung zu verzeichnen. Der Zuschuß beträgt 52 Millionen; das sind 37% des gesamten Steuerfehlbetrages. Hier muß ich bedauern, daß auf die Anfrage, die mein Kollege Haas vorhin in seiner Etatsrede gestellt hat, von der Verwaltung keine Antwort gegeben worden ist. Es ist uns außerordentlich wichtig, zu wissen, wie sich die Lasten für die Provinzialstraßen auf Stadt- und Landkreise verteilen, weil wir der Meinung sind, daß heute auch die ländlichen Bezirke viel mehr zu diesen Kosten herangezogen werden. Wir haben die Auffassung, daß der größte Teil des 52 Millionen betragenden Zuschusses tatsächlich an die Landkreise geht und daß hier eine Bevorzugung der Landbezirke stattfindet, die in der gegenwärtigen Zeit gar keine Berechtigung hat. Wir haben immer bestritten, daß etwa die Landbezirke gegenüber den Stadtkreisen ärmere Bezirke sind. Heute, wo die Landwirtschaft im Gelde schwimmt — das hat uns der Geschäftsführer des Rheinischen Heims kürzlich an einem drastischen Beispiel auseinandergesetzt —, ist es eine Ungerechtigkeit, daß man die Mittel, die von der Gesamtheit der Provinz aufgebracht werden, einer besonderen Gruppe gewissermaßen als Liebesgabe zur Verfügung stellt. (Sehr richtig! links.)

Meine Damen und Herren! Dann habe ich an die Verwaltung noch eine Anfrage zu richten. Es fehlt eine Einnahmeposition, wo der Anteil der Provinz an der Kohlenwegeabgabe verbucht ist. Ich möchte doch bitten, daß die Verwaltung uns darüber Mitteilung macht, ob sie auf diese Kohlenwegeabgabe verzichtet oder in welcher Position diese Einnahme zu suchen ist.

Meine Damen und Herren! Wenn ich nun zu dem, was gegen unsere Fraktion im allgemeinen und unseren Fraktionsredner insbesondere hier gesagt worden ist, übergehe, so möchte ich dem Kollegen Koch erwidern, daß er, um überhaupt einigermaßen etwas gegen den Kollegen Haas sagen zu können, die Worte des Kollegen Haas einfach umgekehrt hat. Das ist ihm ja schon von unseren Fraktionskollegen zugerufen worden. Ich will aber eine überflüssige Polemik vermeiden und nur sagen: Wir freuen uns der Erklärung der Kommunisten, daß sie genau wie alle anderen Fraktionen den Lösungsbestrebungen energisch entgegenzutreten wollen. Ich möchte allerdings bitten, daß Sie das in allen Fällen tun, auch da, wo sich, wie in Moers, solche Anfänge zeigen.

Was der Herr Landeshauptmann über den besonderen Fall von Brauweiler gesagt hat, war eigentlich noch weniger als wenig und bestätigte im wesentlichen nur das, was unser Kollege Haas gesagt hat. Der Herr Landeshauptmann hat zwar versucht, eine Ehrenrettung des Herrn von Szogy vorzunehmen. In Wirklichkeit hat er ihn uns aber in seiner etwas vornehmen Art als einen Mann geschildert, der absolut nicht in diese Anstalt hineingehört, als einen Offizier der alten Zeit, der vielleicht auf dem Kasernenhof Gelegenheit hatte, Rekruten aus bäuerlichen Bezirken zu drillen, der aber nicht die Fähigkeit hat, in einer solchen Anstalt den Ton zu finden, der unbedingt gefunden werden muß, wenn die Anstalt überhaupt einen Erfolg haben soll.

Meine Damen und Herren! Was den einen Fall anbetrifft, so bedauere ich außerordentlich, daß der Herr Landeshauptmann hier in einem schwebenden Verfahren dem Richter bereits zuvorgekommen ist, indem er erklärt hat: Die Dinge sind so, obwohl sie noch Gegenstand der Untersuchung sind. (Sehr richtig! links.) Das ist ein Verfahren, wie es mir bisher noch nicht vorgekommen ist. Solange ein solches Untersuchungsverfahren schwebt, kann der Herr Landeshauptmann nicht erklären: Da ist eine Zeugin vorhanden, die kann das unbedingt bejahen. Sie wissen doch, wie oft in solchen Prozessen, besonders bei solch kniffligen Dingen, die Zeugen schon umgefallen sind. Die Methode, die von der Provinzialverwaltung in dieser Angelegenheit beliebt worden ist, ist unter keinen Umständen zu rechtfertigen. Wenn man so weiter vorgeht, wird es immer möglich sein, daß irgendein Denunziant einen mißliebigen Beamten denunziert, der Herr Landeshauptmann unterstellt diese Denunziation als wahr, und der Mann wird von seinem Amte suspendiert und auf halbes Gehalt gesetzt. Ich möchte wissen, was der Herr Landeshauptmann machen wird, wenn das Gericht spricht und erklärt: Der Mann ist nicht schuldig, weil sich die Zeugenaussagen so stellen, daß von der Geschichte nichts übrig bleibt. Dann muß der Herr Landeshauptmann die Summe nachzahlen, die dem Manne eingehalten worden ist. Ob das zur Stärkung der Disziplin und all der Dinge, die der Herr Landeshauptmann ja sonst gerne in den Vordergrund stellt, richtig ist, möchte ich dahingestellt sein lassen.

Im übrigen hat der Herr Kollege Haas an diesem Spezialfall uns bewiesen, daß hier eine unterschiedliche Behandlung beliebt wird. Das möchte ich dick unterstreichen. Herr Kollege Haas hat ausdrücklich darauf hingewiesen, daß man bei diesem einen Beamten, von dem vorausgesetzt wird, daß er bei Herrn von Jarosky nicht besonders beliebt ist, sofort eingeschritten ist, während bei 3 anderen Beamten, gegen die ebenfalls solche Beschuldigungen vorliegen, bis heute noch nichts geschehen ist. (Hört! Hört! links.)

Wir bedauern außerordentlich, daß der Herr Landeshauptmann sich nicht zu der Beschränkung der staatsbürgerlichen Freiheit geäußert hat, die darin liegt, daß Herr von Jarosky sich erlaubt hat, einen Beamten wegen einer Äußerung in einer Wahlversammlung zur Rede zu stellen. Wir müssen unter allen Umständen für unsere Beamten das Recht verlangen, daß sie sich außerhalb des Dienstes in ihren staatsbürgerlichen Rechten unter keinen Umständen und von niemandem, selbst vom Herrn Landeshauptmann nicht, beeinträchtigen zu lassen brauchen. (Sehr richtig! links.)

Meine Damen und Herren! Dann ein paar Worte zu dem, was Herr Kollege Hoffmann über die Ausführungen meines Freundes Haas gesagt hat; er hat sie total mißverstanden. Glauben Sie sicher, Herr Kollege Haas ist — genau so wie die ganze sozialdemokratische Fraktion — der letzte, der etwa eine besondere Freude oder eine innerliche Genugtuung darüber empfinden würde, daß hier in Düsseldorf und Duisburg, wie im anderen besetzten Gebiet, sich ein gewisser Groll gegen diejenigen bemerkbar macht, die als Sieger hier in unser Land gekommen sind. Wir als Sozialisten bedauern das außerordentlich, denn wir sehen unsere Hauptaufgabe darin, zur Verhinderung des Krieges und zur Verhinderung des Blutvergießens eine Versöhnung der Völker herbeizuführen, so daß nicht mehr das Schwert, sondern der Geist allein spricht. Meine Damen und Herren! Aber das müssen wir doch sagen: Wie die Dinge heute liegen, bedauern wir außerordentlich die Entwicklung, und es hieße den geschichtlichen Tatsachen Gewalt antun, wollte man das, was der Herr Kollege Haas hier einfach konstatiert hat, als unwahr bezeichnen. Ich habe kürzlich in einer Besprechung mit einem französischen Offizier in Presse-Angelegenheiten auch erklärt: Meine Herren, die Bevölkerung von Düsseldorf ist bei Ihrem Einzug außerordentlich loyal und zurückhaltend gewesen,

sie hat die Sache ruhig hingenommen. Aber wir sehen doch auch in unseren Versammlungen, was los ist. Wir sehen doch, wie langsam ein Groll in der Bevölkerung emporsteigt, den wir nicht mehr bekämpfen können, so sehr wir im Interesse der Völkerveröhnung diesen Groll und diese neue innere Verhegung bedauern. Und, meine Damen und Herren, ich spreche nicht zuviel aus, wenn ich erkläre: Das, was sich hier in Sanktionen und Besetzungen zeigt, ist uns das schwerste Hindernis auf dem Wege der Völkerveröhnung. Das ist praktische, positive Arbeit für die Deutsch-Nationalen. (Zustimmung links.)

Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Knab hat dann versucht, in eine ähnliche Kerbe zu hauen und, nachdem er den bürgerlichen Parteien ihre Anhängerschaft zur kapitalistischen Wirtschaftsweise attestiert hat, hat er sich den Scherz geleistet, unseren Kollegen Haas als einen Anhänger des kapitalistischen Wirtschaftsprinzips hier vorzuführen. Zu den Zwischenrufen, die sich dabei ergaben, meint der Herr Kollege Knab, wir würden uns ja eines Tages auch einmal zu seiner Auffassung bekehren. Meine Damen und Herren! Daran glaube ich allerdings kaum, denn wir würden, wenn wir uns die Mühe geben wollten, in seinen krausen Gedankengang einzubringen, doch Gefahr laufen, daß, wenn wir am Schlusse seiner Gedanken angelangt sind, er schon wieder eine andere Auffassung hat. (Heiterkeit. Zuruf Knab: Wir rechnen auch nicht auf Sie, sondern auf die Arbeiterschaft!)

Herr Kollege Knab hat dann — dem muß entschieden entgegengetreten werden — unseren Fraktionsredner gewissermaßen als einen Redner hingestellt, der nicht im Interesse der Arbeiterschaft sprach. Herr Knab hat immer von der Masse der Arbeiterschaft geredet. Ach, meine Herren, wo ist denn die Masse der Arbeiterschaft, die Sie zu Ihren Anhängern zählen? Wo sind denn diese Massen der Arbeiterschaft? Sie laufen Ihnen massenweise davon (Heiterkeit), wenn Sie sie überhaupt jemals gehabt haben. Ich brauche doch wohl nicht auf die letzten Gemeindewahlen hinzuweisen, die hier im Rheinlande gewesen sind. (Unruhe bei den Kommunisten.) Meine Damen und Herren! Die Massen der Arbeiter haben sich in einer momentanen Gefühlsaufwallung vielleicht auch einmal bei Ihnen sehen lassen. Aber die große Enttäuschung, die die Massen der Arbeiterschaft, soweit sie sich überhaupt bei Ihnen gezeigt haben, erlitten haben, treibt sie langsam, aber sicher auf die Linie zurück, die die Sozialdemokratie seit fast 60 Jahren mit Erfolg beschritten hat. Ja, meine Damen und Herren, wir sehen in der deutschen Arbeiterschaft immer mehr und mehr einen Gesundungsprozeß, der sich frei macht von Phrasen, der verlangt, daß man auch schon hier im Gegenwartsstaat praktische, positive Arbeit leistet. Die Arbeiterschaft verzichtet auf das Sowjet-Himmelreich, das Sie ihnen versprechen, sondern verlangt, daß sie auch schon hier auf Erden im Gegenwartsstaat glücklich ist. Diesen Entwicklungsgang hat die Sozialdemokratie vorhergesagt. Diesen Weg wird die Sozialdemokratie unbeirrt weiter gehen, die Sozialdemokratie, die in der Rheinprovinz längst wieder, wie im ganzen Deutschen Reich, zur stärksten sozialistischen Gruppe geworden ist. Wir konnten das nur werden, weil das Vertrauen der Arbeiterschaft gerade durch unsere positive Tätigkeit gestärkt worden ist. Und mit dieser positiven Arbeit wollen wir auch in der Provinz unser Teil dazu beitragen, für die Gesamtheit des Volkes das Möglichste heranzuzuholen. (Beifall.)

Vorsitzender Sielen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Wallraf.

Abgeordneter Wallraf: Meine Damen und Herren! Manchem der Redner, die vor mir sprachen, kam unwillkürlich eine bittere Klage in den Mund über die nationale Not, in der wir in Deutschland und vor allem hier am Rheine leben. Das war natürlich, denn das Gefühl dieser bitteren Not besetzt uns alle und drängt sich leicht vom Herzen auf die Lippen. Aber,

meine Damen und Herren, neben der nationalen Not, die von außen her über uns hereingebrochen ist, gibt es eine andere nationale Not, die wir uns selbst schaffen: das ist die unselbige Zerrissenheit, das alte Erbübel der Deutschen (Abgeordneter Dr. Jarres: Sehr richtig!), das selbst vor der Not der heutigen Zeit noch immer nicht ein Ende findet. Es ist nicht nur im rheinischen Provinziallandtag so, daß bei jeder Gelegenheit das Parteischwert gezückt wird, daß jede Partei behauptet, sie allein besitze den echten Ring; auch im Reichs- und im Landtag können Sie das gleiche beobachten. Und doch stehe ich unter dem Eindruck, und vielleicht viele von Ihnen mit mir, daß die Trennungslinien zwischen den Parteien nicht so tief eingegraben sind, als daß sie mit Ruhe, Sachlichkeit und gegenseitigem Entgegenkommen nicht überwunden werden könnten. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe speziell in der Arbeit hier im Provinziallandtag einen neuen Beweis dafür gefunden: In der Arbeitsgemeinschaft sitzen Männer zusammen, deren politische Grundanschauungen in vielen Dingen weit auseinander gehen, und doch ist es einer geschickten Leitung und allseitigem guten Willen geradezu spielend gelungen, in allen sachlichen Fragen zu einer übereinstimmenden Meinung zu kommen. Es mag sein, daß die Brücke zu den Herren, die Herr Knab so temperamentvoll vertreten hat, sich noch nicht schlagen läßt. Vielleicht kommt die Zeit einmal, wenn die Herren den Vorzug der Jugend, dessen sie sich nicht mit Unrecht rühmen, einmal ersetzt haben durch den Vorzug der Lebenserfahrung. (Sehr gut! rechts. Zuruf Knab: Bei Ihnen ist alles Lebenserfahrung!) Meine Damen und Herren! Mein Glaube, daß es uns vor allem nützt, unter den verschiedenen Parteien nicht überflüssigen Streit zu erregen, wird für mich auch die Grenze sein und die Auswahl der Themen bestimmen, die ich hier vorzutragen habe.

Der Herr Abgeordnete Haas hat nun an eine Denkschrift erinnert, die im Jahre 1913 veröffentlicht worden ist, als wir der hundertjährigen Zugehörigkeit der Rheinprovinz zu Preußen gedachten. Er meinte, es würden wohl manche der damaligen Redner sich nicht mehr zu ihren damaligen Worten bekennen. Ich habe die Schrift nicht mehr im Gedächtnis; aber ich vermute, daß sie u. a. und im wesentlichen eine Anerkennung der großen Erfolge enthält, die Preußen und auch die rheinische Provinzialverwaltung im Laufe der hundert Jahre zu verzeichnen hatten. Wenn das der Fall ist, dann bekenne ich mich heute noch voll und ganz zu dem Inhalt der damaligen Kundgebung. (Bravo! rechts.) Unsere Zeit, meine Damen und Herren, wird erst ihren Befähigungsnachweis zu erbringen haben. (Sehr richtig! rechts.) Der Befähigungsnachweis auf dem Gebiete der Verwaltung ist für eine frühere Zeit erbracht worden. (Zuruf Knab: Den erbringt Ihre Klasse nicht!) Wir können uns freuen, daß dieser Beweis bei uns steht in Stein und Schrift, in Anstalten und Unternehmungen aller Art. Wenn wir nicht auf einem solch hohen Kulturstande gestanden hätten, bevor der Weltkrieg ausbrach, um uns und unsere Kinder und Kindeskinde wäre es schlecht bestellt, denn diese Zeiten der Gegensätze und der finanziellen Not sind zu einer geradezu furchtbaren Unfruchtbarkeit verurteilt. (Zuruf links: Hätten Sie das vor dem Kriege gesagt!) Ich gelte in den Augen mancher als schwarzer Reaktionär. Das wird mir oft noch von meiner alten Freundin, der Rheinischen Zeitung, bestätigt. Ich trage das mit dem Gleichmut, den Männer des öffentlichen Lebens bewahren müssen auch gegenüber offenbaren Unwahrheiten, gewollten und ungewollten. (Abgeordneter Dr. Röttgen: Sehr gut!) Ich habe mich seinerzeit für das allgemeine Wahlrecht eingesetzt, als die Frage noch nicht brennend und es nicht so leicht war, diesen Standpunkt zu vertreten wie später. Ich habe mich auch über die Einführung einer Arbeitslosenversicherung auf einem Städtetage in Breslau und anderweitig geäußert, als diese Frage noch von vielen anderen Herren, die auf anderem Standpunkte standen, einfach belächelt wurde. Aber nehmen Sie an, ich sei ein „Reaktionär“. „Reagere“ heißt „zurückführen“. Und, meine Damen

und Herren, wenn man sieht, daß ein Wagen zum Abgrund rollt, dann erwirbt sich der ein Verdienst, der dem ungeschickten Kutscher in die Zügel fällt und den Wagen wieder auf den sicheren Boden zurückleitet. In diesem Sinne nehme ich das Wort „Reaktionär“ als Ehrentitel gern in Kauf. Aber ich stehe auf dem Standpunkt, daß es unser aller Aufgabe und Pflicht ist, die Gedanken der neuen Zeit nicht von der Schwelle abzuweisen, sondern zu prüfen, was von ihnen sich als dauerhaft erweist, und so alte und neue Zeit zu versöhnen. (Abgeordneter Dr. Röttgen: Bravo!)

Aber, meine Damen und Herren, vor manchen Rezepten — ich kann bei der Kürze der Zeit nur auf wenige eingehen —, die heute so allgemein beliebt sind, möchte ich warnen. Ich finde, man sieht das Heil unserer Zeit und auch das Heil unserer Verwaltung heute vielfach in der Vielköpfigkeit der Berater. Meine Damen und Herren, wenn wir zu einer Reform der preussischen Verwaltung kommen, dann möchte ich ihr das Motto mit auf den Weg geben, daß sie einfach und gemeinverständlich sei. (Abgeordneter Dr. Jarres: Sehr richtig!) Aber in der heutigen Zeit fügt man einfach dem komplizierten Räderwerk ein neues Rad nach dem andern zu; ob sich das nun Ausschuß, Beirat, Kommissar, Ueberwachungskommissar usw. nennt (Zuruf links: Staatsrat! Reichsrat!), das tut nichts zur Sache. Sie werden dadurch weder die Verwaltung beschleunigen, noch verbilligen. Daher warne ich vor dem leider heute zu konstatierenden Bemühen, immer wieder neue Organe und Aufsichtsinstanzen zu schaffen. Stellen Sie an wichtige Stellen den Mann, der Ihr Vertrauen hat — die Verfassung ist derartig, daß Sie Ihren Willen durchsetzen können —, aber dann lassen Sie diesem Manne auch Ellenbogenfreiheit, lassen Sie ihm Zeit zur Arbeit, geben Sie ihm Gelegenheit, zu zeigen, was er selbst kann! Sonst wird jede Persönlichkeit und jedes Arbeitstalent unterdrückt. (Zustimmung rechts.)

Meine Damen und Herren! Wenn ich diesem neuen Mittel widerrate, so rede ich alten anderen Grundsätzen ebenso dringend das Wort. Ohne Autorität und Ordnung geht es nicht auf der Welt (Sehr gut!), und jedes Bestreben, diese beiden Säulen des menschlichen Zusammenlebens zu schädigen, wird immer zu einer Verschlechterung der ohnedies unleidlichen Zustände führen. Ich rechne zu diesen Säulen — das auszusprechen fühle ich mich veranlaßt durch manche Aeußerung, die von der Linken gefallen ist — meinerseits auch das Christentum. Der Herr Abgeordnete Haas hat geglaubt, durch eine Statistik von Trier nachweisen zu können, daß gerade in dem frommen katholischen Trier die Zahl der Fürsorgezöglinge außerordentlich groß ist. Der Herr Abgeordnete Haas vergißt aber eins: Zu einer Vergleichsstatistik eignet sich nicht eine Maßnahme, die von dem individuellen Ermessen eines einzelnen Beamten abhängig ist. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Herren wissen, daß die Fürsorgeerziehung beantragt werden muß, und es ist eine in den Kreisen der Provinzialverwaltung bekannte Tatsache, daß gerade der Herr, der in Trier darüber zu entscheiden hatte, mit besonders strengem Maßstabe maß. So folgt aus dieser Statistik nicht das, was Sie daraus herleiten wollen, sondern eben nur das, daß man in Trier den Wert und die Früchte der Fürsorgeerziehung höher taxierte, als es in den anderen Kreisen geschah.

In einem, meine Damen und Herren, finden wir vielleicht einen gewissen Berührungspunkt: Ich bin allerdings der Auffassung, daß das Christentum kein äußerer Mantel sein darf, den man, wenn man zur Kirche geht, in der Sakristei abholt und in der Sakristei zurückläßt, wenn man wieder ins Leben tritt. Die ethischen Grundsätze des Christentums sollen das Leben beherrschen. In diesem Sinne ist das Christentum eines der wichtigsten Fundamente für unsere heutige und sicher auch für die zukünftige Zeit. (Beifall im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Die Herren Abgeordneten Heß und Haas haben von dem kaufmännischen Geist gesprochen, der in die Verwaltung hineinkommen mußte. Ich habe diesen Ruf schon früher vernommen, als ich noch im städtischen Dienste stand. Er war vor allem da laut

wahrnehmbar, wo die Städte eine große Reihe von Dingen an sich genommen hatten. Ich muß gestehen, ich habe nach meinen Erfahrungen in diesem Rufe hauptsächlich auch ein nicht ausgesprochenes, zum Teil sogar unbewusstes Eingeständnis gefunden, daß viele dieser Betriebe sich überhaupt für die Verwaltung durch Beamte nicht eignen. Das bezieht sich namentlich auf die Kommunalverwaltung. Einen Beamten, der gelernt hat, die Vorschriften zu erfüllen, genau korrekt den Weisungen seiner Vorgesetzten nachzukommen, werden Sie nicht so leicht zum kaufmännischen Denken erziehen. Ich folgere aus diesem Ruf nach kaufmännischen Köpfen vor allem, daß man die öffentlichen Betriebe nicht übermäßig ausdehnen darf, sondern der privaten Initiative den weitesten Spielraum lassen muß. (Zustimmung rechts.)

Herr Abgeordneter Haas und nach ihm noch andere Herren der Linken haben mit mehr oder weniger Entschiedenheit eine Lanze gegen die Landwirtschaft gebrochen. Nun, meine Damen und Herren, die Landwirte sind selbst Meister des Worts; sie verfügen durchweg über kräftige Ellenbogen, und sie werden sich, glaube ich, in den Sachausschüssen ihrer Haut wehren. (Zuruf links: Hier sollen sie es tun!) Aber das eine muß ich doch sagen: Wenn auch die Landwirtschaft große Verdienste aufweist, so legen Sie doch bitte auf die andere Seite der Waagschale eine in Preußen und der Rheinprovinz manches Jahr hindurch bestehende Minderachtung der landwirtschaftlichen Betriebe; es war das die Zeit, wo unsere Provinz sich mehr und mehr zu industrialisieren begann. Legen Sie weiter in die Waagschale die ungeheueren Drangsalierungen, die für die Landwirtschaft mit der Zwangswirtschaft verbunden waren. (Lachen links.) Meine Herren, Sie lachen; ich weiß nicht, ob Sie so die Gelegenheit gehabt haben, die Sache zu beobachten, wie es mir zufälligerweise möglich war. Ich kann Ihnen versichern, mancher Landwirt hätte in der damaligen Zeit gern seinem schönen Berufe Balet gesagt, wenn er nur die wirtschaftliche Möglichkeit dazu gehabt hätte. (Zuruf links: Das glauben Sie selbst nicht!) Ich pflege nur das zu sagen, was ich glaube. Nun ist aber doch das Alpha und das Omega unserer ganzen Staatsweisheit, daß wir dafür sorgen müssen, von unseren eigenen Fluren ernährt zu werden. Wenn Sie unter diesen Umständen die bescheidenen Mittel — statistisch noch nicht 1% des Ausgabebetats — streichen wollen, die für die Aus- und Fortbildung der Landwirte bestimmt sind, so reißen Sie das Gewebe wieder auseinander, das wir im Interesse des gesamten Vaterlandes eng gewebt sehen möchten.

Ich habe in dem Augenblick besondere Aufmerksamkeit auf die Ausführungen des Herrn Haas verwandt, als er von den möglichen Mehreinnahmen sprach. Da habe ich gedacht: jetzt kommts, jetzt können wir alle etwas lernen. Aber Herr Haas hat mich etwas enttäuscht, als er davon sprach, daß man die Obstbäume auf den Chaussees besser pflegen möchte. Vergessen Sie doch nicht, daß heutzutage zwischen Mein und Dein wenig Unterschied mehr gemacht wird. (Zuruf Haas: Das kommt darauf an, welche Klasse man meint!) Die schönen Früchte auf den Obstbäumen würden schwerlich in die Hände der Provinzialverwaltung kommen. Wenn Herr Haas wünscht, daß aus den Chausseebäumen eine höhere Einnahme erzielt wird, so kann ich nur davor warnen, daß man stärker mit dem Fällen der Chausseebäume vorgeht. Die Gefahr lag vor. In manchen unserer Flachlandschaften bilden diese Bäume nicht nur eine Erquickung des von der Sonne geplagten Wanderers, sondern auch einen Reiz, durch den das Landschaftsbild verschönt wird.

Ich würde nicht einen Akt der Sparbarkeit darin sehen, daß man die Gedentzeichen für die Gefallenen nicht bewilligt. Mag sein, daß der Gefallene kein größeres persönliches Verdienst hat als der, der am Leben geblieben ist. Aber das Leben ist auch ein Gut, und dem, der sein Leben für das Vaterland geopfert hat, ziemt sicherlich ein schlichtes Gedentzeichen. (Beifall, Zuruf Hoffmann: Die Wittwen und Waisen haben nichts zum Leben!)



Ich komme noch kurz auf ein Kapitel, das mir besonders am Herzen liegt und von dem ich hoffe, daß sich ihm gegenüber im ganzen Haus kein Widerspruch erhebt, das ist die Pflege der Kunst, die Fürsorge für die rheinischen Denkmäler, die Fürsorge für die rheinische Landschaft. Meine Damen und Herren, uns sind nur wenige materielle Güter geblieben. Infolgedessen müssen wir erst recht dafür sorgen, daß die ethischen Güter unserer schönen Rheinprovinz, die in den künstlerischen Gedenzzeichen einer bewegten Vergangenheit und den landschaftlichen Schönheiten bestehen, nicht auch verschwinden. Ich stehe an der Spitze des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Heimatschutz, und ich kann Ihnen sagen, es vergeht kaum ein Tag, ohne daß nicht an einer Ecke der Provinz ein gewaltiger Ansturm materialistischer Interessen gegen diese Dinge entsteht: Da will man einen Steinbruch eröffnen, da will man in irgendeine bisher rein landschaftliche Gegend eine große Fabrik legen. Alles an seiner Stelle! Es liegt im Gesamtinteresse der Rheinprovinz, daß man auch noch Distrikte hat, wo man frei von Rauch und frei von Geräusch Gottes Natur bewundern kann. Gerade so, wie ein kluger Stadtbaumeister, wenn er einen Stadtbebauungsplan aufzustellen hat, sich klar macht: dahin gehören die Fabriken und dahin gehören die Erholungsstätten, so sollten wir auch in der Provinz dafür sorgen, daß für jeden von uns — und der Arbeiter ist nicht zuletzt daran interessiert — Stellen bleiben, wo er ungestört von dem Lärm des Tages seine Erholung suchen kann. (Abgeordneter Dr. Röttgen: Bravo!)

Die Mittel, die zur Unterstützung dieser Bestrebungen zur Verfügung stehen, sind gering. Die Lage der Provinz verbietet es mir, eine Erhöhung zu beantragen. Aber, meine Damen und Herren, diesen Appell richte ich an Sie alle: Sorgen Sie dafür, daß der Wunsch, alles zu erhalten, was wir auf diesem Gebiete zu wahren haben, Gemeingut jedes Rheinländers wird! Daß er sich auflehnt — und in früheren Zeiten ist viel gesündigt worden — gegen jede Verschandelung, die seiner Heimat droht, denn in der Heimatliebe liegt auch eine Wurzel der Vaterlandsliebe, die wir zu pflegen alle Veranlassung haben. (Abgeordneter Dr. Röttgen: Bravo!)

Nur wenige Worte noch zu den politischen Fragen, die erörtert worden sind. Ich habe mich außerordentlich gefreut über den Dreiklang der vaterländischen Treue, der emporklang aus den Ausführungen der Herren Heß, Haas und Dr. Jarres. Die Beschwerden des Herrn Heß gegen Berlin hätte auch ich lieber an anderer Stelle gesehen. Er hat doch als prominentes Mitglied der Zentrumsfraktion nahe Verbindungen zu den entscheidenden Stellen, dem Reichskanzler, dem Ministerpräsidenten und schließlich auch dem Präsidenten des Staatsrats. Da wären die Klagen berechtigt; hier bergen sie die Gefahr, daß man wieder von neuem in den Ruf: „Los von Berlin!“ losbricht, und, meine Damen und Herren, Berlin ist nicht nur die Hauptstadt von Preußen, sondern auch die Hauptstadt des Deutschen Reiches.

Wenn endlich Herr Abgeordneter Heß — nach meiner Ansicht mit Fug und Recht — die sehr schnelle, überhastete Art der neuen Steuererhebung und Steuerverteilung bemängelte, so weiß er vielleicht, daß die Autorschaft dieser Gesetze einem Manne zukommt, dem Herr Heß parteipolitisch nicht fernstand; das gegenwärtige Verhältnis vermag ich nicht zu beurteilen. (Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Nun haben die Herren nur vom Deutschen Reich gesprochen. Ich füge nicht nur als meine Auffassung, sondern auch als die Auffassung meiner Fraktion hinzu: Wir halten auch fest an Preußen! (Bravo! rechts.) Mag sein, daß die Entwicklung einmal zu dem großen Einheitsstaate führt. Vergessen Sie aber nicht, daß es deutscher Eigenart entspricht, daß die verschiedenen Stämme in irgendeiner engeren Verbindung sich zusammenschließen und gewissermaßen ein besonderes Zimmer in dem großen Hause beanspruchen. Ich sehe noch nicht, wo sie diese einzelnen Gemächer finden sollen. Die Provinzen wollen Sie nicht dazu machen, und

das mit Fug und Recht. Glauben Sie nun etwas Künstliches an die Stelle des historisch Gewordenen setzen zu dürfen, glauben Sie, daß diese Gebilde in stürmischer Zeit Bestand haben? Ich glaube das nicht. Deshalb sage ich: Bleiben wir im preussischen Zimmer! Denn wenn Sie das abreißen, stürzt das Haus des Reichs zusammen. (Sehr gut! rechts.)

Ich komme zum Schluß. Der Herr Landeshauptmann hat bei der Besprechung der geringen Dotierung der Straßen davon gesprochen, daß die Bevölkerung draußen im Lande sich künftig damit begnügen müsse, statt schöner glatter Straßen Knüppeldämme und Flechtwerk zu benutzen. So, meine Damen und Herren, ist auch die Bahn und der Weg, den das deutsche Volk in absehbarer Zeit zu gehen hat. Aber, wenn uns die Vaterlandsliebe auf diesem Wege leitet, dann wird auch dieser Weg zu einer besseren Zukunft führen. (Lauter Beifall.)

Abgeordneter Freiherr von Los: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man am Schluß eines so langen und arbeitsreichen Tages wie des heutigen noch ein kurzes Wort sprechen soll, so werden Sie mir gestatten, daß ich möglichst kurz die einzelnen Punkte, die ich noch nachzulesen habe, zusammengreife.

Herr Abgeordneter Haas hat grundsätzlich die Verhältnisse zwischen Stadt und Land gestreift und insbesondere betont, daß die Lastenverteilung zwischen Stadt und Land anfangs, eine ungerechte zu werden. Meine Damen und Herren, es wird gerade den jüngeren Abgeordneten im Hause dienlich sein, sich einmal über die Gedanken klar zu werden, die hier in der Provinzialverwaltung längst zu Hause sind und die wir bisher hier stets vertreten haben. Wenn man die Verhältnisse zwischen Stadt und Land, wie sie gerade in der Provinzialverwaltung gepflegt worden sind, würdigen will, so muß man die einzelnen inneren Zusammenhänge sich einmal klarmachen.

Meine Damen und Herren! Der Straßenbau — an diesen Punkt fing Herr Abgeordneter Haas besonders an, seine Exemplifikationen anzuknüpfen — ist kein Ding, welches heute dem flachen Lande besonders zur Last geschrieben werden kann. Wir müssen bedenken, daß die großen Straßen, die die Provinz unterhält, mehr interurbane Straßen sind, als daß sie dem kommunalen Verkehr nutzbar sind. Die leichten Lastfuhrwerke der Dorfbewohner sind nicht diejenigen Gefahre, die die Straßen heute ruinieren. Es sind dies die Lastautomobile, der gewaltige Verkehr, der sich zwischen den großen Städten abspielt. Ich brauche nur besonders darauf hinzuweisen, daß die Kohlenversorgung sich in ganzen Perioden über die Straßen hingewälzt und dadurch unsere Straßen in besonderem Maße in Anspruch genommen hat. Meine Herren, wenn wir aber gerade das Konto der Straßen hier betrachten, müssen wir auch die großen Zusammenhänge zwischen Stadt und Land im Auge behalten. Die Verkehrswege im Lande sind nicht nur die Straßen, wir haben auch Eisenbahnen und Schiffsfahrtswege. Diese werden vom Staate unterhalten, und die schneiden den Verkehr auf die großen Städte zu. Es sind Wohlthaten, die der Staat in erster Linie den großen Städten zuwendet. Das Straßenbaukonto, die Unterhaltung der Landstraßen, ist Sache der Provinz, und hier ist ganz gewiß eine Verpflichtung, daß die Provinz den ärmeren und weniger leistungsfähigen Teilen der Provinz die Entwicklung ermöglicht, die sie zum Leben unbedingt haben müssen.

Meine Damen und Herren! Es ist wiederholt, nicht nur von Herrn Abgeordneten Haas, sondern auch von Herrn Gerlach von der Sozialdemokratie, behauptet worden, die ländlichen Gemeinden schwämmen jetzt im Gelde. Ich muß dem entschieden widersprechen. (Rufe: Na! Na! links.) Wenn Sie heute die Geldinstitute, welche mit dem Lande in Verkehr stehen und in denen sich das Kontokorrent der Landwirtschaft abspielt, betrachten, so werden Sie sehen, daß sich auf der ganzen Linie heute ein starker Geldabfluß bemerkbar macht. Es ist eben der große Prozeß zu beobachten, der seit Beginn des Krieges Inventarien aus der Landwirtschaft herausgezogen und

kapitalisiert hat und der jetzt umgekehrt wieder diese damals aus der Landwirtschaft liquidierten Kapitalien jetzt von den Banken herunternimmt und wieder in die Landwirtschaft zurückbringt. Wenn Sie von größeren Gewinnen der Landwirtschaft sprechen, so wollen Sie eins bedenken: Die Inventarisierung, welche heute die Landwirtschaft wieder vornehmen muß, geschieht doch zu ganz anderen Preisen, als vor dem Kriege die Liquidierung der Inventarien geschehen ist. Da können Sie nicht von 10 oder 15% sprechen, sondern es sind ganz gewaltige Steuerungs-Prozentsätze, die heute angelegt werden: 100, 200, 300, 400%, die heute die Landwirtschaft für die Inventarisierung mehr aufwenden muß als damals bei der Herausziehung der Dinge. Meine Damen und Herren, ich meine, gerade die Erfahrung der letzten Zeit hat doch gezeigt, daß wir eine leistungsfähige Landwirtschaft haben müssen. Das sage ich hier besonders im Interesse der Konsumenten, denn diese haben ein Interesse daran, daß die Landwirtschaft die Produkte bringt, die jene erwarten.

Meine Herren! Die Landwirtschaft gibt auch andere Leistungen an die Industriebevölkerung und die großen Städte ab. Ich brauche nur darauf hinzuweisen, daß die Landwirtschaft der Jungbrunnen ist, der in den Städten und in der Industrie die Lücken wieder ausfüllt, welche durch die Natur der Dinge dort entstehen. Die Städte und die Industrie konsumieren Menschen, und die Landwirtschaft ist doch immer wieder der Jungbrunnen, aus dem die Menschen produziert und als Blut den Köpfen des Landes, den Städten, wieder zugeführt werden müssen.

Wenn man gerade an dieser Stelle die relativ kleinen Mittel bemängelt, die seitens der Provinz der Landwirtschaft gegeben werden, so darf ich darauf hinweisen, welche Leistungen wir auf der anderen Seite gewähren. Wenn wir schon einmal den Ueberschuß von Menschen den Städten und der Industrie bieten, so darf ich weiter hinzufügen: Wir haben diese Kinder zu erziehen und zu kleiden, wir haben die Schullasten zu tragen und geben sie nachher als fertige Menschen in Großstädte und in die Industrie. Das sind ganz erhebliche Leistungen, die wohl zu berücksichtigen sind, wenn wir hier kleine und wahrhaft geringe Mittel seitens der Allgemeinheit in Anspruch nehmen.

Meine Damen und Herren! Ich bin gewiß nicht derjenige, welcher Gegensätze zwischen Stadt und Land provoziert. Im Gegenteil, wir wissen in der Landwirtschaft, besonders in der Rheinprovinz, wo wir so enge Beziehungen zwischen der Industrie und der Landwirtschaft haben, ganz genau, daß wir nur im Burgfrieden zurechtkommen. Wir wollen in Frieden und Verständigung miteinander leben. Aber erst, wenn diese Beziehungen gepflegt und von allen Seiten erkannt werden, werden wir zu einem guten und praktischen Zusammenarbeiten kommen.

Meine Damen und Herren! Die Schullasten sind ganz gewaltige. Wir steht gerade eine Statistik aus dem Jahre 1911 zur Verfügung. Da darf ich darauf hinweisen, daß auf dem Lande bei 21 Millionen Menschen 4,3 Millionen Schulkinder waren, während in der Stadt bei 19 Millionen nur 2,5 Millionen Schulkinder waren. (Hört! Hört! rechts.) Wir hatten damals auf dem Lande 29 000 Schulorte, während wir in den Städten nur 1275 hatten; wir hatten auf dem Lande 34 000 Einzelschulen und in den Städten nur 5000. Nun, meine Herren, wollen Sie die Zahl der Lehrkräfte einmal ansehen, da kommt ein ganz anderes Bild zum Vorschein. Die Zahl der Lehrkräfte auf dem Lande ist damals 65 000 gewesen, während in den Städten 51 000 Lehrer angestellt waren. Sie sehen also, daß die Städte in weit höherem Maße in der Lage waren, ihre Kinder besser und gründlicher erziehen zu können, als wir auf dem Lande.

Nun wird uns immer gesagt, heute schon zu wiederholten Malen, die Landwirtschaft schwimme augenblicklich im Gelde. Der Geldabfluß, meine Herren, ist heute auf der ganzen Linie da. Ich darf des weiteren noch hinzufügen: Nicht nur als Zufallserscheinung ist der Abfluß von den Banken in die Landwirtschaft da, wir können es auch als allgemeines Symptom betrachten,

daß der Geldabfluß vom Lande eine ständige Erscheinung unserer Volkswirtschaft darstellt. Meine Herren, wenn das Geld, das auf dem Lande verdient wird, auf dem Lande bliebe, würden wir auf dem Lande zu Steuerquellen kommen. Aber das ist ja gerade der Krebsbissen der Landgemeinden, daß das auf dem Lande verdiente Geld regelmäßig in die Verkehrszentren abfließt und wir niemals zu Steuerquellen kommen.

So wäre es sehr verkehrt, wollte man, wie es von seiten der Redner der Sozialdemokratie geschehen ist, sich auf den Standpunkt stellen, daß man den Landgemeinden keine Wohlthaten mehr zuwenden dürfe. Meine Herren, das ist nicht zu rechtfertigen. Sie wollen es schon allein an den kolossalen Steuerumsätzen erkennen, die wir auf dem Lande zu tragen haben. Es sind nicht Steuerumsätze von 100, 200, 300%, es sind Steuerumlagen von 1000, 2000, 3000 und 4000% auf dem Lande. Das sind Sätze, die einfach zum Erliegen bringen.

Nun hat Herr Abgeordneter Haas gesagt, von den Steuern könne sich bekanntlich die Landwirtschaft am besten drücken. Meine Herren, dieser Ausspruch war mir neu. Wir haben auf dem Lande immer das Gegenteil angenommen, wir haben immer der Meinung gelebt, daß es nicht möglich sei, einen Acker der Steuerbehörde zu verheimlichen. (Zuruf links: Aber den Ertrag!) Die Aecker liegen nun einmal unter Gottes blauem Himmel, sie sind genau zu sehen. Man sieht, wie groß sie sind; man kann ihre Bonität feststellen; sie sind als Steuerobjekte nicht über die Grenze zu tragen. Man hat gerade in den letzten Jahren viel von Steuerflucht gesprochen; von einer Flucht der Aecker habe ich aber noch nie etwas sagen hören. Nun, meine Herren, die Erfassung der Objekte. Den Acker können Sie erfassen, auch die landwirtschaftlichen Gebäulichkeiten. Und wie gering werden die Abschreibungen nur zugelassen! Wenn wir von unseren landwirtschaftlichen Gebäuden  $\frac{1}{2}$  —  $\frac{3}{4}$ % abschreiben dürfen, so sind das wirklich kleine und maßvolle Abschreibungen. Ich brauche damit nicht zu vergleichen die großen Abschreibungen, die in gewerblichen und sonstigen Unternehmungen üblich sind.

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Haas ist dann weiter speziell auf die Landwirtschaftsschulen eingegangen und hat bemängelt, daß die Provinz für diese Einrichtungen Gelder aufwendet. Vor allem hat er bemängelt, daß die bisher üblichen Zuschüsse noch erhöht werden sollen. Meine Herren, auch hier müssen wir auf die großen Zusammenhänge eingehen. Ich glaube, meine Herren, ich spreche nicht im Namen der Landwirtschaft, sondern im Namen der Konsumenten, wenn ich sage: Es kann nichts Nützlicheres geschehen für die Konsumenten, als wenn die Landwirtschaftsschulen gut dotiert werden, wenn möglichst viele Landwirtschaftsschulen errichtet werden.

Wenn wir den Krieg bezüglich der Ernährung noch so leidlich haben überstehen können und nicht zusammengebrochen sind — schwere Zeiten haben wir ja durchgemacht, wir haben alle gehungert (Rufe: Na! Na! links) —, so glaube ich, das eine behaupten zu dürfen: Meine Herren, daß wir viel früher zusammengebrochen wären, wenn (Zuruf Knab: die Zwangswirtschaft nicht gewesen wäre!) wir nicht die Schulen gehabt hätten, wenn wir nicht schon frühzeitig Landwirtschaftsschulen eingerichtet gehabt hätten in guter Erkenntnis der letzten Ziele für die Konsumenten. Gerade die Landwirtschaftsschulen hier in der Rheinprovinz waren eine Errungenschaft; gerade in dieser Frage ist die Rheinprovinz in kluger Weise allen anderen Provinzen des preussischen Staates und des ganzen Deutschen Reiches vorausmarschiert. Gerade bei der Dichtigkeit der Städte wollen wir aus dem Boden, den die Rheinprovinz hat, möglichst viel herausholen. Ich will nicht weiter darauf eingehen. Sie werden, wenn Sie sich mit der Materie befassen, erkennen, daß es für viele Dinge zur Versorgung der Städte absolut notwendig ist, daß Sie im Herbst Ihre Waren direkt aus der Provinz beziehen können. Ich weise nur auf die Kartoffelversorgung hin. Sie können

nicht Ihre Kartoffeln im Herbst alle aus dem Osten hereinholen. Wenn Sie vor dem Winter nicht rheinische Kartoffeln im Keller haben, wird die Versorgung der Städte auf große Schwierigkeiten stoßen.

Wenn Sie u. a. auch die kleinen, bescheidenen Zuschüsse bemängeln, welche unseren Versuchsanstalten gegeben werden, so betone ich demgegenüber: Wir haben früher 3000 Mark für jede der beiden großen Anstalten bekommen; das sind, mit einer Null dran, heute 30 000 Mark, die Geldentwertung spricht doch auch hier mit. Die Anstalten haben allgemeine Interessen zu vertreten. Sie müssen bedenken, diese Anstalten sind durch die Zwangswirtschaft geradezu in Not geraten. Es waren keine Untersuchungen mehr zu leisten, weil eben alles rationiert worden war. Die Zahl der Untersuchungen ist von 12000 auf knapp 2000 zurückgegangen. Anstalten von der Bedeutung derjenigen von Bonn und Kempen lassen sich nicht mit so kleinen Untersuchungszahlen mehr führen. Daneben haben diese Anstalten auch der Wissenschaft zu dienen; sie haben gerade die Düngungsversuche in der Landwirtschaft durchzuführen und eine ganze Reihe hochwichtiger Dinge zu erledigen.

Meine Herren, dann wurde weiter von der Sozialdemokratie noch bemerkt, daß die Fürsorgezöglinge, welche in der Landwirtschaft untergebracht würden, von der Landwirtschaft, von den Bauern ausgebeutet würden. Meine Herren, es ist leicht, ein solches Wort der Anschuldigung unter die Masse zu werfen. Ich meine, man sollte eine solche Behauptung beweisen. Es sollte auch hier anerkannt werden, daß es doch schon ein Opfer der Landwirtschaft und gerade der Kleinbauern ist — denn die kommen hier in Betracht, die allein nehmen Fürsorgezöglinge auf —, solche armen Jungen und Mädchen in ihrer Familie aufzunehmen und die Last einer solchen Erziehungsaufgabe noch mit zu übernehmen. Sie wollen auch daraus die Art erkennen, wie die Landwirtschaft, wie gerade der kleine Bauer es versteht, sich mit diesen Dingen abzufinden und selbst unter schwierigen Verhältnissen zu wirtschaften.

Weiter, meine Damen und Herren, wurde der Westfonds bemängelt. Ich wundere mich, daß gerade von der Sozialdemokratie gegen den Westfonds hier gesprochen worden ist. Von Ihnen ist doch das Siedlungsgesetz verabschiedet worden. Meine Herren, in ideellem Zusammenhange mit dem Siedlungsgesetz steht doch auch der Westfonds. Es kommt nicht darauf an, Leute auf das Land zurückzuführen — das ist das zweite Stadium der Entwicklung —, es kommt zunächst darauf an, die Leute auf dem Lande überhaupt festzuhalten. Dazu dient gerade der Westfonds, um gerade in den armen und ärmsten Gegenden den kleinen Bauern ihre Existenz zu ermöglichen und ihnen kleine kulturelle Vorteile zu geben. Wenn Sie etwa glauben, daß größere Landwirte aus solchen Fonds irgendwelche Vorteile ziehen können, muß ich hier ausdrücklich nochmals in Ihr Gedächtnis zurückrufen, daß der größere Grundbesitz ausdrücklich ausgeschlossen ist von der Teilhaftigkeit dieser Fürsorge.

Nun hat Herr Abgeordneter Haas bemängelt, daß es zu den Aufgaben der Winterschulen gehöre, auch die sittliche und religiöse Erziehung zum Gegenstande ihrer Stundenpläne und ihrer Arbeit zu machen. Er meinte sogar, das stände im Widerspruch mit der Verfassung. (Sehr richtig! links.) Sehr unrichtig! Denn die Verfassung sagt, daß allerdings die Kinder in einem gewissen Alter zu bestimmen haben, welcher Religion sie angehören wollen. Die Winterschulen sind aber nicht etwa Zwangsschulen; es sind keine Volksschulen, in die alle Kinder zwangsläufig hineingebracht werden, sondern die Winterschulen sind solche Schulen, in die die Eltern ihre Kinder hineintun können, wenn sie es wollen. Und, meine Herren, da wir im Bauernstande gottlob noch auf christlichem Boden stehen, so legen die Eltern dieser Kinder vom Lande Wert darauf, daß ihre Söhne, wenn sie in den technischen Schulen der Landwirtschaft ihre Studien machen, zugleich auch angehalten



Meine Damen und Herren! Dann hat der sozialistische Abgeordnete Haas auch noch gelaunt von Wucherbauern sprechen zu müssen. Es ist eigentlich schade um die Zeit, die man mit einer solchen Replikation verliert. Wir verdammen ganz gewiß jeden Wucher in den Reihen der Bauern; wir weisen jeden, der bei uns wuchert, unweigerlich aus unseren Reihen heraus. (Zuruf Hoffmann: Aber Wahrheit bleibt Wahrheit!) Wenn jemand Wucher treibt, sind wir zufrieden, wenn er vom Wuchergericht erfaßt wird. Das haben wir ymal gesagt, und auf dem Standpunkt stehen wir als christlicher Bauernstand. (Zuruf Knab: Dann sind Sie ein weißer Habel!) Sie scheinen nicht zu wissen, was der Bauernstand geleistet hat in den schwierigen Zeiten des Krieges und nach dem Kriege, wo alle Männer draußen an der Front waren und die Weiber und halbwüchsigen Kinder die schwere Arbeit der Aekerschaft hatten. (Zuruf Hoffmann: Das trifft nur auf die kleinen Bauern zu!) Wir haben auch nicht einen Ahtstundentag wie Sie, sondern es wird bei uns gearbeitet, solange die liebe Sonne scheint. Diesem Stande gegenüber mit einem solchen Schimpfwort zu kommen, muß ich auf das entschiedenste zurüekweisen. (Bravo!)

Der sozialistische Abgeordnete Gerlach hat dann noch ein Wort gesprochen, das ich gerne unterstreiche. Er hat von dem Gesundungsprozeß gesprochen, der in der Arbeiterschaft anfängt Platz zu greifen. Meine Herren, wir begrüßen das. Wir haben besonders diesen Gesundungsprozeß in guter Blüte gesehen in den christlichen Gewerkschaften, in der Arbeiterschaft, die sich auf christlicher Grundlage zusammengesunden hat. Wir werden das von den christlichen Berufsständen und nicht zum wenigsten vom Bauernstande aus aufs herzlichste begrüßen und werden Ihnen ganz gewiß in jeder Form entgegenkommen und die Verbindung mit der christlich organisierten Arbeiterschaft aufnehmen. Nach der kulturellen und nach der wirtschaftlichen Seite hin, meine ich, lassen sich sehr viele wirtschaftliche Anknüpfungspunkte finden, die recht wohl geeignet wären, uns einander näher zu führen.

Meine Herren, wir haben heute über den Etat gesprochen. Unsere Provinz ist die reichste Provinz der Monarchie. (Lachen links.) Sie ist groß geworden in einer beispiellos glücklichen Zeit, in einer Zeit des Aufstiegs, wie ihn die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat. Meine Herren, unsere Provinzialverwaltung ist auch aus dieser Zeit zu datieren. Sie hat eine glückliche, eine wirtschaftlich prosperierende Zeit erlebt, und wenn sie in bequemen Verhältnissen sich seinerzeit eingerichtet und damals nicht eine ärmliche Sparsamkeit ausgeübt hat, so kann man dies aus den Verhältnissen heraus recht gut verstehen. Wir wissen gut zu würdigen, was uns die Provinzialverwaltung in all der Zeit Gutes geleistet hat, und sind ihr herzlich und aufrichtig dankbar dafür. Aber die Zeiten haben sich geändert. (Zuruf links: Das ist richtig!) Wir sind nicht mehr in den glücklichen Zeiten von damals, wir sind ein armes Volk geworden; die großen Zahlungsverpflichtungen werden sich auch in unserer Provinzialverwaltung ausdrücken müssen. (Zuruf Hoffmann: Das seid Ihr ja selber schuld!) Nun heißt es bei der Neuorientierung der Dinge, daß wir die Sparsamkeit bis zum äußersten durchführen. Hier müssen wir eben den Strich machen zwischen früher und jetzt. Den Geist der alten Provinzialverwaltung werden wir gerne anerkennen und auch die Fortsetzung, ohne größere Erschütterungen in die Wege zu leiten. Aber, meine Herren, die neue Zeit erfordert, daß wir den Schritt der Sparsamkeit in der Provinzialverwaltung bis zum äußersten durchführen. Das verlangen vor allem auch die kleineren Gemeinden auf dem Lande. Wir können bei den Steuerlasten, die wir auch heute wieder von der Provinz aufgebürdet bekommen, nicht mehr weiterbestehen. Wir müssen dafür sorgen, daß wir hier unsere Dinge wieder auf das Allernotwendigste einschränken. Wir werden in den Einzelberatungen, die wir nunmehr in den Kommissionen vollziehen werden, uns auch die Frage vorlegen, ob wir nicht mit weniger Mit-

arbeitern die Arbeit bewältigen. Wie wir es im Staate unternommen haben, den Beamtenkörper langsam zu reduzieren, indem wir nicht mehr neue Beamte einstellen, sondern erst einmal versuchen, ohne Neueinstellungen auszukommen, so wird auch hier die äußerste Sparsamkeit nötig sein. Meine Herren, Preußen ist groß geworden, indem es sich, wie wir alle wissen, groß gehungert hat. (Zuruf: Die Beamten!) Meine Herren, auf diesen Boden werden wir zurückkehren müssen. Wenn wir nicht auf die altpreussische Sparsamkeit zurückkommen, werden wir nicht wieder hochkommen. Der Wille zur Sparsamkeit und zum Zurückschrauben der Anforderungen auf das absolut Notwendige scheint bei den bürgerlichen Parteien und den Mehrheitssozialisten vorhanden zu sein. Wir hoffen deshalb, daß die Provinzialverwaltung auch in der neuen Zeit ihren Aufgaben gewachsen sein wird. (Bravo!)

Vorsitzender Gieles: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hauck.

Abgeordneter Hauck: Meine Damen und Herren! Wir waren eigentlich der Ansicht, daß wir auf die zweite Rednergarnitur verzichten könnten. Nachdem aber noch die verschiedenen Ausführungen hier von bürgerlicher Seite gemacht worden sind, ist es denn doch notwendig, daß auch wir noch einmal das Wort ergreifen. Insbesondere darf ich dies wohl behaupten, nachdem mein Vorredner zu dem Kapitel Landwirtschaftsschulen ein sehr abschweifendes Thema gewählt und uns hier in allen Variationen die Not der Landwirtschaft geschildert hat. Ich glaube, in einem traurigeren Licht, als es mein Herr Vorredner getan hat, hat auch vor dem Kriege Kardorf im Reichstage die Not der Landwirtschaft nicht schildern können, und es war wohl ein weiches veranlagter Abgeordneter leicht geneigt, seine Tränenröhren spielen zu lassen.

Nichtsdestoweniger möchte ich insbesondere das zurückweisen, was meinem Fraktionskollegen Hoffmann von dem Herrn Vorredner gesagt worden ist in bezug auf diejenigen Beamten, welche aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden sind. Ich glaube wohl, ohne daß ich mich mit meinem Fraktionskollegen über diese Frage habe verständigen können, annehmen zu dürfen, daß mein Kollege Hoffmann hiermit ausdrücklich diejenigen gemeint hat, die als sogenannte Kriegsverbrecher aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden sind. In dieser Beziehung vertreten wir allerdings den Standpunkt, daß für diese Leute einzutreten das Reich, die Allgemeinheit kein besonderes Interesse haben kann, denn sonst müßte ja dieser Kreis noch viel weiter gezogen werden, so daß auch denjenigen, welche jetzt in Leipzig abgeurteilt werden, der Schutz des Reiches zuteil wird. Soweit kann doch die Loyalität nicht gehen, und ich glaube auch wohl nicht, daß das im Sinne der Kollegen ist, welche hier zu dieser Frage gesprochen haben. Insofern möchte ich dies zurückgewiesen haben.

Des ferneren hat mein Herr Vorredner es als ein ganz besonderes Verdienst der Landwirte hingestellt, daß sie sich der Fürsorgezöglinge so sehr warm annehmen. Ich gebe zu, daß es einzelne Idealisten unter den Landwirten geben mag, die aus reinem Idealismus sich der Fürsorgezöglinge annehmen. Aber ich glaube auch wohl sagen zu dürfen, daß dies sicher weiße Raben bleiben werden. (Zustimmung links.) Wir sind in einer Anzahl von Fällen Klagen darüber zugegangen, daß an den Fürsorgezöglingen auch auf dem Lande die unverschämteste Ausbeutung getrieben wird (Sehr richtig! links), weil die Fürsorgezöglinge nicht dem Arbeiterschutz unterstehen und nicht den Arbeiterschutz zugeteilt bekommen, der ihnen auf Grund der Landarbeitsordnung zusteht. Wir brauchen da nicht auf den Achtstundentag der Industriearbeiter zurückzugreifen. Aber zum mindesten könnte man doch die doch gewiß den landwirtschaftlichen Verhältnissen dienende Landarbeitsordnung den schwächlichen und zum Teil körperlich sehr zurückgebliebenen Fürsorgezöglingen zuteil werden lassen. Ich glaube, das können wir billigerweise verlangen. In dieser Beziehung haben wir von den Vorwürfen, die hier erhoben worden sind, sicherlich nichts zurückzunehmen, sondern müssen ver-



langen, daß die Provinzialverwaltung eine ständige Kontrolle der Arbeitsstellen unterhält, welche für die Fürsorgezöglinge in der Landwirtschaft ausgesucht werden. Da darf man selbstverständlich nicht Beelzebub wählen, um den Teufel auszutreiben, sondern da wird man Leute zur Kontrolle bestimmen müssen, die auch das Vertrauen der breiten Masse des Volkes haben. Ich glaube, daß da die Gewerkschaften mit ihren Einrichtungen und deren Mitglieder wohl die geeignetsten Leute wären, die diese Arbeitsstellen kontrollieren könnten. In dieser Beziehung wäre ein einheitliches Zusammenarbeiten zwischen Landarbeiterverband und Provinzialverwaltung, soweit es die Kontrolle der Zöglinge in den landwirtschaftlichen Betrieben anbelangt, sicherlich am Platze.

Hierbei möchte ich allerdings auch eins richtigstellen. Meinem Kollegen Hoffmann ist wohl in seinen Ausführungen, wie er mir dies auch vorhin bestätigt hat, ein falscher Zungenschlag unterlaufen, als er behauptete, daß überhaupt keine Zöglinge unter 21 Jahren aus der Fürsorgeerziehung entlassen werden. Ich gebe ohne weiteres zu, daß das ein falscher Zungenschlag gewesen ist. Nichtsdestoweniger will ich auch andererseits hier ausdrücklich aus meiner Praxis, aus meiner Erfahrung als Arbeitersekretär bestätigen, daß es sehr oft schwer hält, Kinder, welche einmal der Fürsorgeerziehung verfallen sind, wiederum aus der Fürsorgeerziehung herauszubekommen.

Da ich nun einmal bei der Fürsorgeerziehung bin, möchte ich, um mich ihrer ganz besonders anzunehmen, besonders darauf hinweisen, daß die Fürsorgeerziehung doch ein Kapitel ist, das einer Remedur an Haupt und Gliedern bedarf, nicht nur in der Durchführung, sondern meiner Auffassung nach auch in der Verhängung der Fürsorgeerziehung selbst, die ja nicht zur Kompetenz des Herrn Landeshauptmanns gehört. Es sind vielmehr die Ortsbehörden im Verein mit den sogenannten Vormundschaftsgerichten, welche die Fürsorgeerziehung verhängen. Nichtsdestoweniger ist es Aufgabe der Provinzialverwaltung, wenn ihr diese Neulinge überwiesen werden, recht eingehend zu prüfen, ob denn wirklich diese Ueberwiesenen derartig sittlich verdorben sind, daß sie mit den tatsächlich sittlich verdorbenen Zöglingen sofort in eine Gemeinsamkeit kommen und von diesen schließlich noch angesteckt werden. Nach dieser Richtung hin wäre eingehend zu prüfen, ob man nicht da eine Remedur vornehmen will.

Um nur ein Beispiel von mehreren anzuführen, möchte ich einen drastischen Fall hier vorbringen. Ein Kind, das bisher in der Schule sehr begabt gewesen ist, das sich durch Fleiß, Treue und Anhänglichkeit gegenüber dem Elternhause und der Schule auszeichnete, wurde einerseits auf Grund dieser Vorzüge und andererseits auf Grund seines schwächlichen Körpers dazu bestimmt, zu den Ferienkolonien nach Westpreußen zu kommen. Das Kind freute sich natürlich königlich, daß es einmal über die herrliche Reichshauptstadt Berlin fahren konnte — das ist ja ein Märchenland für ein Kindergemüt —, und im letzten Moment wird nun dem Kinde das Spiel verdorben, es tritt ein anderes Kind an seine Stelle, das vom Lehrer zum Mitfahren bestimmt wird. Nun kommt das Tragische an diesem Kinde: Das Kind hat sich dies so zu Gemüte genommen, daß es einige Tage die Schule schwänzte. Dafür bekommt es Prügel, es wird störrisch — es ist dies ein besonderes Merkmal, das an einem Kindergemüt zum Ausdruck kommt —. Es bekommt wieder Prügel und bleibt wieder einige Tage aus der Schule, ohne daß das Elternhaus hiervon irgendwelche Kenntnis hatte. Es wird dann ohne weiteres hinweggeholt und in Fürsorgeerziehung geschleppt. In diesem Falle mußte selbst das Amtsgericht, dessen Beschluß mir bekannt geworden ist, sagen: Gegen die Eltern ist nicht das geringste einzuwenden. Trotz alledem wird dieses Kind nicht aus der Fürsorgeerziehung entlassen (Hört, hört! links), weil es sich bisher der Unterbringung in die Anstalt entzogen hat; es ist an anderer Stelle insgeheim untergebracht, wo es sich sehr gut führen soll. Das ist so ein Fall unter mehreren, der aber recht drastisch und für dieses einzelne Kinder-

gemitt recht tragisch ist. Ich meine, bei unserer warmen Anhänglichkeit am Kinde bedarf es recht eingehender Prüfung, ob man denn solche Härten aufrecht erhalten will, selbst wenn es sich, wie in diesem Falle, nicht dem Willen beugt und der Autorität insofern ein Schnippchen schlägt, als es sich diesen Zwangsmaßnahmen entzieht.

Werte Versammlung! Damen und Herren! Ich möchte hier auf den Kollegen Wallraf zu sprechen kommen, der es in seinen Ausführungen dem Kollegen Hoffmann ganz besonders verübelt hat, daß er sich gegen die Vorlage bezüglich der Kriegergedenkzeichen gewandt hat. Wenn wir im Ueberfluß lebten und wirklich Geld übrig hätten, würden wir sicherlich nicht dieses Lamento gemacht haben, daß dafür Mittel aufgewandt werden sollen. Aber kommen wir mit der kleinsten Anregung, Verbesserungen zu schaffen, so wird uns immer entgegengehalten: Das geht aus finanziellen Gründen nicht. Also, wenn schon gespart werden muß, dann müssen wir auch an diesen kleinen Ausgaben sparen. Und mit Recht hat mein Kollege Hoffmann ausgeführt, daß es viel richtiger ist, wenn für dieses Geld ein dauerndes Erinnerungszeichen in den Herzen der Angehörigen dadurch gesetzt wird, daß für diese Angehörigen in besserem und ausreichenderem Maße gesorgt wird, als es bisher der Fall ist. Daß heute bei den Kriegshinterbliebenen die bitterste Not herrscht, bedarf wohl in diesem Kreise keiner besonderen Erörterung, sondern ich bin der Meinung, daß es wohl jedem bekannt sein dürfte, mit welchen überaus traurigen Verhältnissen unsere Kriegshinterbliebenen rechnen müssen; die heutigen Renten reichen, obwohl sie wiederholt gesteigert worden sind, durchaus nicht aus, um auch nur das Allernotwendigste davon zu beschaffen, was zum Leben notwendig ist.

Herr Kollege Wallraf brach auch eine Lanze für die Landwirtschaft, indem er von den außerordentlichen Drangsalierungen sprach, denen die Landwirtschaft unter der Zwangswirtschaft während des Krieges unterworfen gewesen ist. Werte Versammlung! Damen und Herren! Ich glaube, diese Drangsalierungen haben aber goldene Früchte getragen. (Sehr gut! links.) Es ist doch durch allgemeine Statistiken erwiesen worden, daß sich die Spartassenguthaben insbesondere der so notleidenden Landwirte während des Krieges in einer Weise vermehrt haben, wie es wohl in keinem anderen Berufskreise, abgesehen von den großen Schiefern bei den sogenannten Reichswucherämtern usw., zu verzeichnen gewesen ist. Also, eine große Not kann ich da nicht zugeben. Es ist wirklich einer so reich bedachten Landwirtschaft nicht würdig, wenn sie bei ihrem großen Reichtum hier um einen Pfennig feilscht und verlangt, daß ihre landwirtschaftlichen Versuchsanstalten und Winterschulen erhalten bleiben. Die Landwirte sollten es sich nicht nehmen lassen, den Großmütigen zu markieren und zu sagen: Wir haben's ja.

Des weiteren möchte ich hier noch einiges zu den Ausführungen des Kollegen Heß als Fraktionsredner sagen. Ich glaube hier wohl sagen zu dürfen, daß Herr Kollege Heß von der Kollegin Köhl sehr schlecht bemuttert worden ist, wie sie dies uns gestern anlässlich der Geschäftsordnungsdebatte zum Vorwurf gemacht hat. Ich glaube, er ist schlecht bemuttert worden, weil er aus der Reihe getanzt ist und zugegeben hat, daß die Etats tatsächlich zu spät zugestellt werden. Also hätte unser Antrag zur Geschäftsordnung doch eine ganz gute Berechtigung gehabt, wenn wir in der Geschäftsordnung festlegen wollen, daß unter allen Umständen in einem bestimmten Zeitabschnitt uns die Haushaltspläne vor Beginn der Tagung zugestellt sein müssen. Ich glaube, wenn wir das Muß haben, bekommen wir auch zweifellos die Etats zugestellt, denn das eiserne Muß ist ja bekanntlich für einen preussischen Beamten etwas, was er nicht brechen darf, sondern dem er sich fügen wird. Ich glaube, dann auch annehmen zu dürfen, daß wir in Zukunft bei den Etatsberatungen um ganz bedeutende Erfahrungen reicher sein werden. Dann wird sich keiner der Abgeordneten beklagen können, daß er zu wenig zum Etat selbst sagen kann, weil er nicht die nötige

Zeit hat finden können, sich durch diesen Wust von Material hindurchzuarbeiten. Es ist hier mit Recht angeregt worden, daß eine Vereinheitlichung, eine bessere Durcharbeitung, eine andere Konstellation des Etats notwendig wäre, um eine größere Uebersichtlichkeit zu schaffen. Ueber die Anregungen, die hier gegeben worden sind, zu beraten, wird Sache der Kommissionen sein. Meines Erachtens müßte z. B. das ganze Armenwesen unter einen Etat fallen; alles das, wodurch der Landarmenetat belastet wird, müßte in diesem Etat untergebracht sein. Nur dann würde man meiner Auffassung nach ein einheitliches Bild von dem Etat überhaupt bekommen können.

Ein Fehler ist wohl dem Kollegen Heß unterlaufen, als er der Provinzialverwaltung empfahl, die Landesversicherungsanstalten etwas besser auszugestalten, so daß sie rentabler würden. Ich glaube, daß dies wohl ein falscher Zungenschlag war. Mich wundert übrigens, daß es der Landeshauptmann nicht berichtigt hat, denn es war doch wohl die Feuerversicherungsanstalt gemeint. Ich möchte dies nur gesagt haben, um keine Unrichtigkeiten aufkommen zu lassen. Aber auch bei der Landesversicherungsanstalt könnte gespart werden. Mit dem früheren Redner zum Etat stimme ich vollständig darin überein, daß an dem meines Erachtens allzu großen Verwaltungsapparat, den wir dort haben, gespart werden könnte, indem man ihn einschränkte. Damit würde allerdings weniger zugunsten der Provinz, als im Interesse der Versicherten eine Entlastung eintreten. Das möchte ich hierzu gesagt haben.

Beim Etat wäre auch zu erwähnen, inwieweit es möglich ist, bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften eine bessere und gerechtere Beitragsregelung durchzuführen. Auf diese Berufsgenossenschaften hat ja allerdings die Provinzialverwaltung nur einen ganz bedingten Einfluß; sie hat aber einen Einfluß darauf insofern, als ja doch der oberste Beamte dieser Genossenschaft der Provinzialverwaltung unterstellt ist und dort seinen immerhin entscheidenden Einfluß geltend machen kann. Nach dieser von mir angedeuteten Richtung zu wirken, wäre sicherlich eine recht dankbare Aufgabe, denn hier könnten wirklich die kleinen Bauern, die Sie ja zu schützen vorgeben, geschützt werden.

Dann, werthe Versammlung, möchte ich noch kurz auf eins eingehen, was der Kollege Haas hier mit angeführt hat. Der Kollege Haas war ja in Uebereinstimmung mit der Mehrheit des Hauses der Meinung, daß wir unter allen Umständen die Sanktionen aufgehoben haben müssen. Was die Aufhebung der Sanktionen betrifft, so darf ich wohl auch im Namen meiner Fraktionskollegen sagen, daß wir diese Sanktionen durchaus nicht billigen. Aber wir haben insofern einen anderen Standpunkt in dieser Beziehung, indem wir sagen: Zunächst einmal müssen wir diejenigen fassen, welche die Sanktionen verschulden. (Sehr richtig! links.) In dieser Beziehung hätten wir alle Veranlassung, das auch ohne weiteres einzusehen, denn nur dadurch können wir in Zukunft vor weiteren Sanktionen bewahrt werden, die unseren Provinzialetat so außerordentlich belasten. Ich will in Anbetracht der besonderen Verhältnisse und der Kürze der Zeit nicht auf das Nähere eingehen. Jedenfalls aber will ich dies zur Begründung unseres Standpunktes hier noch kurz erwidern. Wenn auch wir hier im besetzten Gebiet dies nicht verschulden, so müssen wir doch von der Regierung verlangen, daß unter allen Umständen dasjenige, was im Friedensvertrage erfüllbar ist und was insbesondere eine Entlastung der Ausgaben der breiten Oeffentlichkeit darstellen würde, durchgeführt wird. Das betrifft insbesondere die Entwaffnung, außer sonstigen Fragen, die eventuell noch zu erörtern wären.

Aber einen Ratschlag können Sie von uns annehmen, wenn überhaupt Ratschläge von unserer Seite angenommen werden. Ich möchte doch darauf hinweisen, inwieweit durch inniges Zusammenarbeiten schließlich etwas Praktisches herauskommen kann. Das ist meiner Auffassung

nach insbesondere beim Landarmenetat möglich. Wir werfen so außerordentliche Summen für Erwerbslosenunterstützungen hinaus, die allerdings nicht von der Provinz getragen werden. Aber gerade durch die Erwerbslosigkeit wird der Armenetat, nicht nur der Provinz, sondern auch der Kommunen, in außerordentlicher Weise belastet. Insofern hätten wir alle Veranlassung, zu erwägen, wie die Erwerbslosenfürsorge produktiv ausgestaltet werden kann und inwieweit sich auch die Landarmenpflege produktiv ausgestalten läßt. Hier scheint man allerdings den Krebsgang zu gehen, denn die einzige Armenanstalt, die wir zuletzt noch in Trier gehabt haben, ist aufgehoben worden. Es müßte vor allen Dingen die Möglichkeit geschaffen werden, daß wir Armenhäuser errichten. Ich möchte übrigens den Ausdruck „Armenhaus“ vermieden wissen und lieber sagen „Unterkunftsräume“. Für die infolge unserer heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse obdachlos Gewordenen müssen wir diese Unterkunftsräume schaffen, Räumlichkeiten, die ähnlich ausgestaltet werden müßten, wie die uns von dem Kollegen Steinmeyer gestern vorgeführten Gartenanlagen, wodurch auch erreicht werden könnte, daß wir die Leute, die immerhin noch einen bestimmten, wenn auch kleinen Prozentsatz von Arbeitskraft haben, in der Weise mitverwenden, daß produktiv gearbeitet, daß produktive Armenpflege getrieben wird. Ich meine das selbstverständlich nicht in dem Sinne, wie dies in der Arbeitsanstalt Brauweiler geschieht.

Ich sehe, daß meine Zeit zu Ende geht und möchte deshalb zum Schluß kommen. Ich bemerke nochmals, daß wir alle Veranlassung haben, in dieser Beziehung andere Wege einzuschlagen. Ich möchte aber auch insbesondere darum ersuchen, die von uns zum Etat gestellten Anträge, soweit sie mit der Statsberatung zusammenhängen, zu besfürworten und anzunehmen. Ich glaube, damit werden wir einen guten Schritt zur Verständigung tun können auf dem Wege, der uns ja doch zu gemeinsamer Arbeit zusammenführen muß.

Vorsitzender Gielen: Wortmeldungen liegen zum Hauptetat nicht mehr vor. Ich nehme an, daß Sie mit der Ueberweisung des Haushaltsplans an die Kommission einverstanden sind.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter Knab: Meine Damen und Herren! Ich nehme Veranlassung, meine Ausführungen über die Ententetruppen richtig zu stellen, weil ich vor kurzer Zeit draußen Zeuge eines Gesprächs zwischen einigen Abgeordneten wurde, die meinen Ausführungen nationalistische und auch persönliche Beweggründe unterschoben, bezw. der Auffassung waren, als wenn das meine Absicht gewesen wäre.

Mit dem etwas drastischen Ausdruck „Hampelmann“, den ich gebraucht habe, wollte ich bildlich darstellen: Die Truppen der Entente werden von der herrschenden Klasse der Ententestaaten, von der Bourgeoisie und deren Regierungen gewissermaßen an einem Fädchen gezogen. Was für ein Vertreter der Entente hier ist, was für Truppenkörper hier sind, ist dabei vollständig gleich. Das trifft nicht den betreffenden Vertreter, sondern das richtet sich gegen das Prinzip, das bei den Militärverwaltungen der Ententestaaten genau dasselbe ist wie bei der deutschen; sie unterstehen der dortigen Zivilverwaltung, der dortigen Bourgeoisregierung. Das wollte ich zum Ausdruck bringen. Die nationalistischen oder persönlichen Beweggründe, die mir einige Herren unterschieben wollen, haben mir ganz ferngelegen. Das ist aber auch aus meinen ersten Ausführungen ersichtlich. Ich muß es aber ausdrücklich noch einmal richtigstellen, damit es nicht in der Öffentlichkeit entstellt wird.

Vorsitzender Gielen: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter Haas: Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Hoffmann und der Herr Kollege Knab haben in ihren Reden behauptet, daß ich es hier so dargestellt hätte, als

wenn auch die Arbeiter heute den Völkerhaß ihren Kindern predigten. Ich lege Wert darauf, klarzustellen, daß ich das Gegenteil gesagt habe. (Sehr richtig!) Ich habe bedauert, daß durch die Maßnahmen der Entente der Völkerhaß großgezogen würde, und ich muß vollkommen aufrecht erhalten, daß sich das auch in sozialistischen Arbeiterkreisen bemerkbar macht. Ich darf wohl hinzufügen: Ich habe den übergroßen Teil der gut organisierten sozialistischen Arbeiter Kölns in den Tagen vom August 1914 beobachtet und habe nicht wahrnehmen können, daß sie im geringsten einen nationalen Haß gegen Frankreich hatten. Ich habe auch die ersten Gefangenen in Köln ankommen sehen. Ich habe aber niemals gemerkt, daß das Gefühl, das heute gegen französische Truppen in der Arbeiterschaft besteht, damals bestanden hat. (Sehr richtig!) Das bedaure ich, weil ich als Sozialdemokrat auf dem Boden des Völkerfriedens stehe. Deshalb habe ich gesagt: Durch diese Maßnahmen, durch dieses Vorgehen wird der Völkerhaß großgezogen. (Sehr richtig!)

Nun hat Herr Kollege Wallraf — dem muß ich auch noch einiges sagen — hier behauptet, ich hätte von einer Denkschrift zur hundertjährigen Zugehörigkeit der Rheinlande vom Jahre 1913 gesprochen und, daran anknüpfend, gesagt, daß viele der Redner oder der Schreiber von damals das von ihnen Zusammengeschriebene nicht mehr aufrecht erhalten könnten, wenn Sie es noch einmal durchlesen sollten. Das trifft nicht zu. Ich habe ausdrücklich vom Jahre 1913 als einem Jubiläumsjahre gesprochen und von den Reden, die hier im Parlament zur 25. Wiederkehr des Regierungsantritts Wilhelms II. gehalten worden sind. Ich will jetzt hinzufügen: Wenn Sie dieses Protokoll nachlesen, dann werden Sie von dem hundertjährigen Gedenktage in allen Reden nichts finden, sondern nur Lobhudeleien auf Wilhelm II.

Vorsitzender Gieles: Es sind verschiedene Anträge eingegangen. Herr Schriftführer Hauck wird die Anträge verlesen.

Schriftführer Abgeordneter Hauck: Antrag der Zentrumsfraktion des 61. Rheinischen Provinziallandtags:

Der 61. Rheinische Provinziallandtag wolle an die Reichsregierung folgende Entschließung senden:

„Der 59. Rheinische Provinziallandtag hatte auf Grund des Berichts der von ihm bestellten und aus allen Fraktionen des Hauses zusammengesetzten Monschau-Kommission sich einstimmig an die Reichsregierung mit der dringenden Bitte gewandt, daß sie auf der vollen Wahrung der uns nach dem Friedensvertrage verbliebenen Rechte beharre.

Entgegen dem klaren Wortlaut des Artikels 37 des Versailler Friedensvertrages, nach welchem der Kreis Monschau ungeteilt bei Deutschland verbleiben soll, hat der Botschafterrat die einzige Bahn des Kreises Monschau mit den ca. 3 000 ha — das ist ungefähr ein Drittel des Kreises — westlich der Bahn liegenden Wald-, Weiden- und Streuflächen Belgien zugesprochen.

Dadurch ist die wirtschaftliche Existenzfähigkeit des Kreises, seiner fast sämtlichen Gemeinden, der Landwirtschaft und Industrie in Frage gestellt.

Der 61. Rheinische Provinziallandtag ersucht darum die Reichsregierung, mit größter Beschleunigung Maßnahmen verkehrstechnischer und finanzieller Art zur wirtschaftlichen Existenzfähigkeit des Kreises Monschau, seiner Gemeinden usw. einzuleiten, insbesondere die durch den Krieg unterbrochene, wirtschaftlich notwendige, aber für den Kreis finanziell unausführbare Elektrifizierung zu ermöglichen“.

Antrag der sozialdemokratischen Fraktion (S. P. D.):

„Der Provinziallandtag wolle beschließen:

Von den Stellen für Schülerinnen an den Hebammenlehranstalten sind 20 % Freistellen für geeignete unbemittelte Personen vorzusehen. Die Bewerberinnen für diese Freistellen sind von den Gemeindevertretungen vorzuschlagen.“

Antrag der sozialdemokratischen Fraktion (S. P. D.):

„In den Aufnahmebedingungen für die Schülerinnen in den Provinzial-Hebammenlehranstalten sind im § 2 Ziffer 2 unter Satz b folgende Worte zu streichen: „und insbesondere“; Satz c ist ganz zu streichen.“

Antrag der sozialdemokratischen Fraktion (S. P. D.):

„In allen Anstalten der Provinz ist für die Beamten, Angestellten und Inassen nur eine Tischklasse einzurichten.“

Antrag der sozialdemokratischen Fraktion (S. P. D.):

„Der Provinziallandtag beauftragt eine besondere Kommission mit einer schleunigen Neubearbeitung der „Vorschriften des Rheinischen Provinzialverbandes für die Ausföhrung der Fürsorgeerziehung Minderjähriger“. Insbesondere sind Änderungen in den §§ 4, 6, 9 und 11 vorzunehmen.“

Diese Kommission hat auch das Reglement für die rheinischen Provinzial-Fürsorgeerziehungsanstalten neu zu bearbeiten.“

Vorsitzender Gieles: Ich bitte, die Anträge den zuständigen Kommissionen zu überweisen. Da sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich Ihr Einverständnis an.

Von den Fraktionen sind Mitglieder für die Kommission zur Vorbereitung der Wahl eines neuen Landeshauptmanns namhaft gemacht worden, und zwar:

seitens des Zentrums:

die Abgeordneten Dr. Adenauer, Elfer, Farwick, Lenjing, Loenarz, Mönning, Frau Niediek;

seitens der Arbeitsgemeinschaft:

die Abgeordneten Falk, Dr. Jarres, Wallraf, Dr. Wesensfeld;

seitens der mehrheitssozialistischen Fraktion:

die Abgeordneten Eberle und Haas;

seitens der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion:

Abgeordneter Orlopp;

seitens der vereinigten kommunistischen Fraktion:

Abgeordneter Koch.

Die Kommissionenmitglieder werden gebeten, sich zu einer Besprechung um 9<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr im Provinzialauschufsaal einzufinden.

Es werden tagen:

die I. Sachkommission morgen (Mittwoch) um 10<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr,

„ IIa „ „ „ 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> „

„ IIb „ „ „ 11 „

„ III. „ „ „ 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> „

„ IV. „ „ „ 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> „

die Geschäftsordnungskommission am Donnerstag vormittag um 10 Uhr.